Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement 112,- . Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

Nr. 12/2. Jahrgang 9. Juni 1977

Nieder mit dem parlamentarischen Betrug!

Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen!

Aufruf des KB Österreichs zu der von der IÖAG beschlossenen Sternfahrt nach Zwentendorf am 12. Juni

Für den 12. Juni hat die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner in ganz Österreich zu einer Sternfahrt nach Zwentendorf aufgerufen. Diese Sternfahrt ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung der Forderung nach Nicht-Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf, des gegenwärtigen Hauptziels im Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung. Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt diesen gerechten Kampf mit all seinen Kräften und ruft alle seine Freunde und Sympathisanten, alle klassenbewußten Arbeiter und alle Menschen, die nicht tatenlos der skrupellosen Durchsetzung der reaktionären und volksfeindlichen Atomkraftwerkspolitik zusehen wollen, zur Teilnahme an dieser Sternfahrt und am Aufmarsch in Zwentendorf auf.

Daß das Volk keine Atomkraftwerke will, zeigte die rasche Ausdehnung der selbständigen Bewegung gegen das AKW-Programm in ganz Österreich in den letzten Monaten deutlich genug. In zahlreichen Städten und Dörfern sind Komitees und Bürgerinitiativen entstanden und entstehen weiter. Die betrügerische „Aufklärungskampagne" der Regierung ist vollkommen gescheitert. Jede einzelne dieser Veranstaltungen wurde zum Forum der entschiedenen Ablehnung der AKW-Politik durch tausende Menschen. Am Aktionstag gegen Atomkraftwerke am 24. März demonstrierten 4.500 Menschen in mehreren Städten gegen die AKW-Politik. In den unmittelbar betroffenen Gebieten entwickelt sich der Widerstand schwungvoll. Über 90 Prozent der Bevölkerung St. Pantaleons, dem Standort des zweiten geplanten Atomkraftwerks, sprachen sich bereits vor Jahren dagegen aus. 96 Prozent der Bevölkerung Allensteigs sagen Nein zur Lagerung des Atommülls vor ihrer Haustür. Und auch in Zwentendorf haben Betrug und massiver Druck das Anwachsen des Widerstandes in der letzten Zeit nicht verhindern können, was den Gemeinderat veranlaßte, sich gegen eine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks zu stellen, solange der Atommüll mangels Ausweichstellen auch in Zwentendorf gelagert bliebe.

Die herrschende Klasse und ihre Regierung setzen derzeit alles daran, um angesichts dieser rasch anwachsenden selbständigen Volksbewegung ihr „Recht" durchzusetzen, gegen den Willen des Volkes zugunsten der reaktionären Interessen der Ausbeuterminderheit ihre Entscheidung für ihr AKW-Programm durchzusetzen. Zu nichts anderem dient das gegenwärtige Spektakel von „kritischen" Äußerungen einiger führender Politiker, die die Hoffnungen des Volkes auf das Parlament lenken sollen. In Wahrheit sind die Entscheidungen wie in allen Fragen längst außerhalb des Parlaments gefallen und dient die Komödie im Parlament nur dem Betrug und der Entmündigung des Volkes. Wenn es der Bewegung gegen die Kernkraftwerke bisher schon recht gut gelungen ist, die Durchsetzung des beschlossenen AKW-Programms zu behindern, die Widersprüche im Lager des Gegners zu nutzen und die Regierung in ernste Bedrängnis zu bringen, so nur auf Grund der Kraft der selbständigen Bewegung. Auch zu Fall bringen kann sie das AKW-Programm nur im Vertrauen auf die eigene Kraft – nicht im Vertrauen auf das käufliche Gewissen von parlamentarischen „Volksvertretern", denen die bürgerliche Demokratie das „Recht" gibt, gegen die Interessen des Volkes zu entscheiden und dem Volk das Recht abspricht, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Skrupellosigkeit und Menschenverachtung der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen, wenn sie Extraprofite riecht und ihre Basis für ihre imperialistische Expansions- und Aggressionspolitik auszubauen hofft. Obwohl sie weit davon entfernt ist, die Atomenergiegewinnung bis zur Atommüllagerung und Entsorgung der ausgebauten Atomkraftwerke zu beherrschen, scheut sie keine Minute davor zurück, diesen Prozeß in Gang zu setzen und damit Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft größten Gefahren auszusetzen. Das „Restrisiko" rechnet sie in ihren Prognosen in der Zahl der möglichen Toten auf gegen den Profit, den sie an sich zu raffen hofft. Das ist die Art von „technischem Fortschritt", den die Bourgeoisie auf ihrer Jagd nach Extraprofiten zustandebringt und an dessen Propagierung in der Arbeiterklasse sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen und die KPÖ-Revisionisten derzeit mit Eifer machen. Zeigt sich darin nicht deutlich genug, daß die herrschende Produktionsweise, daß das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Unterordnung der Gesellschaft unter die Schmarotzerminderheit der Kapitalistenklasse und ihre Profitinteressen überreif zur Beseitigung und

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt:

Neuer Aufschwung des Protests und Widerstands gegen die geplante Wehrgesetznovelle

Gegen die geplante Wehrgesetznovelle, gegen die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie, haben am 3. Juni in ganz Österreich hunderte Menschen auf Kundgebungen und Demonstrationen protestiert. Die große Bedeutung dieser Protestaktionen liegt darin, daß der Widerstand gegen diese reaktionären Maßnahmen erneut offen auf die Straße getragen wurde.

Ein Jahr lang hatte die SP-Regierung die Wehrgesetznovelle scheinbar „aufs Eis gelegt" und totgeschwiegen und mit einer großangelegten Kampagne des Betrugs und des Drucks in ihren Jugendorganisationen versucht, den Widerstand der Jugend zu unterdrücken und zu spalten, der bei Bekanntgabe der in der neuen Novelle enthaltenen Bestimmungen entflammt war. Mit zahllosen Versprechungen auf „Entschärfung der Novelle" u.ä. lieferte sie der Führung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen das entsprechende Material zur Indoktrinierung der Jugend auf der Linie der Mitverantwortung für den bürgerlichen Staat und sein Heer. Diese Abwiegelungs- und Totschweigetaktik der bürgerlichen Kräfte ist nicht ohne Früchte

Fortsetzung auf Seite 2

Gegen das Komplott der Belgrader Konferenz der Kampf den Völker für Frieden und Sozialismus!

Am 16. Juni soll in Belgrad die Nachfolgekonferenz der KSZE („Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa") eröffnet werden. Als im Sommer 1975 in Helsinki mit viel Pomp und Trara die „Schlußakte" der KSZE unterzeichnet wurden, wurde auch vereinbart, sich zwei Jahre später in Belgrad wieder zu treffen, um über die Verwirklichung dieser „Schlußakte" Bilanz zu ziehen. Seither hat sich im Hinblick auf Krieg und Frieden auf der Welt viel verändert. Auf der einen Seite sind die Faktoren für die Revolution - der Befreiungskampf der unterdrückten Völker der Dritten Welt, der Klassenkampf des Proletariats in den entwickelten Ländern, der Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Ländern - weiter angewachsen und damit bzw. auf dieser Grundlage auch die Faktoren für den Frieden. Auf der anderen Seite hat sich die Kriegsgefahr beträchtlich erhöht: Das Hegemoniestreben, die Rivalität und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte haben immer heftigere Formen angenommen.

Wir Kommunisten haben schon 1975 darauf hingewiesen, daß die KSZE an der Kriegsgefahr nicht das Geringste ändert, aber einen Rauchvorhang von „Frieden" und „Entspannung" vor die Kriegsvorbereitungen legen soll und daher ein gefährliches und schädliches Manöver der Supermächte ist, um die Völker zu betrügen. Aber damals stimmten die wenigsten Menschen dieser Einschätzung zu. Zugleich haben wir damals daraufhingewiesen, daß die KSZE nur scheinbar auf die Konsolidierung des Status quo, d.h. auf die gegenseitige Garantie des sowjetischen und amerikanischen Einflußbereiches in Europa, hinzielt und diese Einflußbereiche vielmehr nur Brückenköpfe und Aufmarschgebiete für den Kampf der Supermächte gegeneinander um das Ganze sind. Deshalb haben wir auch gesagt, daß die KSZE in Wahrheit als europäische „Unsicherheitskonferenz" bezeichnet werden müßte. Auch das fand damals noch keine breite Zustimmung. Unter dem Druck eines wahren Trommelfeuers voll Lüge und Betrug glaubten damals die meisten Menschen, der KSZE - wenn sie vielleicht auch nicht den Honigmond ewigen Friedens bedeutete - doch etwas Positives abgewinnen zu können. Heute, unter dem Druck harter Tatsachen, hat das bereits anders zu werden begonnen.

Die Konferenz von Helsinki war der Höhepunkt der „Entspannungspolitik"

Helsinki war Ergebnis eines jahrelangen zähen Ringens der Supermächte. Dabei war die Konfrontation der Supermächte damals sowohl weniger heftig, als auch wurde sie weniger offen ausgetragen, als das heute der Fall ist. Helsinki war ein Meilenstein in dieser Form der Konfrontation. Die Supermächte hatten sehr viel auf die Karte der „Entspannungspolitik" gesetzt. Umso deutlicher ist seither der Gegensatz zwischen ihren Worten und ihren Taten hervorgetreten. Die „Entspannungspolitik" hat gewaltig an öffentlichem Kredit eingebüßt. Viele Illusionen unter den Völkern sind ins Wanken geraten. Mit der Verschärfung der Konfrontation der Supermächte ist auch der Spielraum, den sie bei ihren Verhandlungen haben, immer kleiner geworden. Sowohl der Zweck, gemeinsam die Völker zu betrügen, als auch der Zweck, sich gegenseitig zu übervorteilen, wurde mit der „Entspannungspolitik" schwerer und schwerer realisierbar. Die „Entspannungspolitik" kam in eine schwere Krise und hat mit Helsinki zweifellos ihren Höhepunkt überschritten. Seither und insbesondere in den letzten Monaten, seit dem Amtsantritt von US-Präsident Carter, hat die immer heftigere Konfrontation der Supermächte deutlich auch immer offenere Formen angenommen. Aus allen diesen Gründen besteht ein großer Unterschied zwischen dem, was Belgrad werden sollte, und dem, was Belgrad werden wird. Vergegenwärtigen wir uns aber zunächst noch einmal, was die KSZE war.

Fortsetzung auf Seite 3

Gegen das Komplott der Belgrader Konferenz der Kampf der Völker für Frieden und Sozialismus!

Fortsetzung von Seite 1

Die Sowjetunion war der Hauptinteressent und Hauptnutznießer der KSZE

Der Sozialimperialismus war durch Jahre hindurch die treibende Kraft der sogenannten „Entspannungspolitik“ und insbesondere der KSZE-Pläne gewesen. Er wurde auch zu ihrem Hauptnutznießer. Für ihn war die KSZE ein Mittel der Offensive gegen seinen Rivalen, die USA, sowie zu dem Zweck, „Westeuropa einzuschläfern, zu spalten und zu zersetzen, Stück für Stück zu schlagen und schließlich ganz Westeuropa an sich zu bringen“ (Rede des chinesischen Sprechers bei der UNO-Vollversammlung 1976). Der Sozialimperialismus stand einem Rivalen gegenüber, der ihm gegenüber erstens in der strategischen Defensive und zweitens darüber hinaus angesichts der Beschwichtigungspolitik unter der Ford-Kissinger-Administration auch auf der ganzen Linie in hohem Maß in seinem Handeln beeinträchtigt war. Offensive Vorstöße, wie es sie heute in verschiedenen Ländern bzw. Regionen oder auf verschiedenen Gebieten der Politik gibt - natürlich aus der strategischen Defensive heraus und ohne an dieser Situation des US-Imperialismus etwas ändern zu können - gab es damals im Großen und Ganzen nicht. Trotzdem haben die USA ihre imperialistischen Zwecke verfolgt und wurde erbittert um die KSZE gerungen, so daß sie sich trotz ständigen sowjetischen Drängens auf Beschleunigung über einige Jahre hinzog und der sowjetische Sozialimperialismus schließlich auch einige ihm unliebsame Zugeständnisse machen mußte.

Dazu hat außer dem US-Imperialismus freilich auch die Tatsache beigetragen, daß die Kreise der Supermächte immer wieder von manchen kleinen und mittleren Ländern Europas gestört wurden. Zwar haben sich mit Ausnahme des sozialistischen Albaniens, das die KSZE boykottiert und angeprangert hat, alle europäischen Länder letztlich der „Entspannungspolitik“ und dem Treiben der Supermächte unterworfen, aber es waren immer wieder Vorschläge aufgetaucht, die wirklich auf den Frieden zielten und daher gegen die KSZE gerichtet waren. In der allerletzten Phase hatte Malta verlangt, die Supermächte sollten - als wirklichen Beitrag zum Frieden - ihre Flotten aus dem Mittelmeer abziehen, andernfalls wäre es nicht bereit, pompöse Worte über den Frieden zu unterzeichnen. Man erinnert sich sicher noch an die wahre Hexenjagd und an die Orgien von Großmachtchauvinismus, die gegen das Land entfesselt wurden: daß ausgerechnet dieser Zwerg die Friedensbemühungen der Großmächte und ganz Europas sabotiere...

Das üble Spiel der KSZE wäre nicht möglich gewesen ohne Beschwichtigungspolitik des Westens, d.h. ohne einen politischen Kurs, der die Offensive des Sozialimperialismus durch schrittweises Zurückweichen vor ihm und kleine Zugeständnisse eindämmen will.

Wenn auch die Rivalität zwischen den Supermächten das Absolute und Entscheidende und die Kollaboration nur relativ und zeitweilig ist, so ist die Kollaboration doch ein maßgeblicher Faktor der „Entspannungspolitik“. Gemeinsam wollten die Supermächte mit der KSZE den Völkern Sand in die Augen streuen, um sie zu täuschen und vom Widerstand gegen ihr Treiben abzuhalten, denn gemeinsam ist den Supermächten das Interesse daran, daß ihnen die Völker nicht „ihre Kreise stören“. Gemeinsam wollten die Supermächte mit der KSZE auch solchen Komplotten wie z.B. der Nichtweitergabe von Atomwaffen, um ihre Exklusivität aufrechtzuerhalten, den Boden bereiten. Das ist aber nur die eine Seite der KSZE.

Die zweite Seite ist die erbitterte Rivalität der Supermächte, die sie auch auf und mit der KSZE (wie mit allen „Friedensverhandlungen“ usw.) ausgetragen haben. Beide Supermächte haben sich neue Infiltrationswaffen gegen das Lager des Rivalen verschafft, seien es die „Menschenrechte“, seien es die „wirtschaftliche, technische, kulturelle usw. Zusammenarbeit“, der SU liebstes Kind, weil zugleich Mittel der Infiltration, Mittel zur Subventionierung, Kreditierung und Effektivierung des Aufbaus der sowjetischen Kriegswirtschaft und schließlich angeblicher Beweis für die Fortschritte von „Entspannung“ und „Zusammenarbeit“ und somit Mittel zur Förderung von „Enspanungs“illusionen. Schließlich war die KSZE seitens der SU auch der Versuch, die Beschwichtigungspolitik in der Politik der USA zu stärken und den US-Imperialismus auf diese Politik festzulegen, um sich so Tür und Tor für die Offensive zu öffnen. Mittel der Rivalität war die KSZE zuletzt auch insofern, als sie von beiden Seiten der Versuch war, das „eigene Lager“ zu formieren und auszurichten.

Eine dritte Seite der KSZE liegt schließlich darin, daß sie seitens des Sozialimperialismus direkt ein Angriff auf Westeuropa war, um ihm ein falsches Gefühl der Sicherheit zu geben, es politisch und psychologisch zu entwaffnen, es auf die Beschwichtigungspolitik festzulegen, jede Spur von Widerstand zu denunzieren sowie die USA aus Westeuropa hinauszudrängen.

Was die Belgrader Konferenz werden sollte und was sie wird

Vereinbart wurde die Nachfolgekonferenz von Helsinki zur Weiterverfolgung aller dieser Zwecke und um die „Bedeutung“ und „Ernsthaftigkeit“ von Helsinki zu unterstreichen. Das selbst ist also schon ein gewaltiger Betrug. Auch hinsichtlich dieser Nachfolgekonferenz war es so, daß beide Supermächte daran interessiert waren, aber die SU der Hauptinteressent war, weil sie und nicht die USA mit ihrer damaligen Politik daraus maximalen Nutzen zu ziehen hoffte.

Inzwischen hat sich aber vieles geändert. Die Belgrader Konferenz findet in einer veränderten weltpolitischen Situation statt. Auf der Grundlage der Verschärfung der großen Widersprüche auf der Welt ist der „Geist von Helsinki“ rasch verfallen. Der Entspannungsschwindel hat an Kraft und Wirkung verloren, die Völker machen sich allmählich von Entspannungsillusionen frei, die „Entspannungsbemühungen“ sind festgefahren, SALT stagniert und MURFAAMCE ebenfalls. Daneben hat es massive und spektakuläre „Abrüstungsvorstöße“ sowohl seitens des Warschauer Paktes als auch von US-Präsident Carter gegeben. Letztere haben den Sozialimperialismus in gewissem Maß als „Abrüstungsadvokat“ ausgestochen und zur Formierung der Reihen des Westens gedient. Die USA sind von der Beschwichtigungspolitik in gewissem Maß abgegangen und haben einen Kurs der offeneren Konfrontation eingeschlagen, um aus ihrer taktischen Defensive herauszukommen. Auch in Westeuropa ist die Beschwichtigungspolitik schwer unter Beschuß gekommen. Die SU wird es viel schwerer haben als 1975. Unzweifelhaft werden alle diese Entwicklungen der Belgrader Konferenz ihren Stempel aufdrücken.

Zwar ist bis jetzt nicht bekannt, wie die Belgrader Konferenz ablaufen soll, d.h. etwa mit welcher Tagesordnung und mit welcher Beschickung und daher Bedeutung. Bekannt ist allerdings, daß bewußt kein bestimmter Zweck der Konferenz festgelegt wurde, sondern nur allgemein „Bilanz gezogen werden soll“. So wird gegenüber der Weltöffentlichkeit einem „Fiasko“ oder „Scheitern“ aufgrund der Rivalität der Supermächte vorgebeugt, was unbedingt im Interesse des gemeinschaftlichen Werkes beider Supermächte zum Völkerbetrug liegt. Zugleich läßt sie den Supermächten, deren Politik ja sowohl durch Rivalität als auch durch Kollaboration gekennzeichnet ist, einen großen Spielraum bei der Verfolgung ihrer Absichten. Um sich die Widersprüchlichkeit in der Politik der Supermächte zu vergegenwärtigen, braucht man nur bedenken, wie z.B. auf den Eclat des Vance-Besuches in Moskau das Abrüstungs- und Entspannungsgesäusel des Gromyko-Vance-Treffens im Rahmen der SALT-Verhandlungen in Genf folgte und auf dieses wiederum die massive Drohung der USA mit der Umrüstung ihrer Raketen auf neue Sprengköpfe, „wenn die Russen nicht bald ernsthaft über ein neues SALT-Abkommen mit sich verhandeln lassen“. Es versteht sich, daß man unter diesen Umständen keine Prophezeihungen über die Belgrader Konferenz anstellen kann und daß man mit Widersprüchlichkeiten, scheinbaren Schwankungen und Täuschungsmanövern in der Politik der Supermächte rechnen muß.

Trotzdem kann man einige Aussagen treffen, die aus der Analyse der gegenwärtigen Entwicklung resultieren und die den wahrscheinlichen Verlauf der Belgrader Konferenz mehr oder weniger prägen werden: Sie wird viel mehr als Helsinki im Zeichen der scharfen Rivalität der Supermächte stehen. Die USA werden sie sicherlich viel besser nutzen können, als sie in der Ford-Kissinger-Ära Helsinki nutzen konnten. Wenn auch die SU immer noch insofern Hauptinteressent des Entspannungsschwindels ist, als sie in der strategischen Offensive gegen die USA ist und am meisten zu verbergen hat, so wird Belgrad doch im Zeichen eines geänderten taktischen Verhältnisses der Supermächte, d.h. im Zeichen offensiver Vorstöße des US-Imperialismus in bezug auf verschiedene Länder und in bezug auf verschiedene Fragen der internationalen Politik stehen, wobei sich diese offensiven Ambitionen und Vorstöße bisher in erster Linie auf das ideologische Gebiet (samt der diplomatischen Begleitmanöver) konzentriert haben. Beide Supermächte betreiben auf ihre Weise die Belgrader Konferenz und beide rechnen sich Chancen aus, ihre Nutznießer zu werden. Der Vergatterungsdruck der Supermächte auf die europäischen Länder wird sicherlich noch größer sein als 1975, allerdings die Widersprüche zwischen ihnen ebenso. Insbesondere finden die Völker heute bereits viel bessere Bedingungen vor, um ihre Interessen dem Entspannungsbetrug entgegenzustellen und dadurch auch ihre jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen. Die Beschwichtigungspolitik wird schließlich in offenen Gegensatz zur Realität der Belgrader Konferenz geraten, so daß sich ihre Krise vertiefen wird.

Was ist unter diesen Umständen auf der Belgrader Konferenz von den Supermächten zu erwarten? Erstens - und das hat für die Supermächte eine große Bedeutung - werden sie gemeinschaftlich den Völkerbetrug mit der „Entspannung“ fortsetzen, wobei neue Varianten (vor allem die Propagierung des „Gleichgewichts der Kräfte“ und ähnliches) in den Vordergrund treten werden. Sie müssen besonders sorgfältig widerlegt und bekämpft werden. Zwecks Fortsetzung dieses Betruges auch über Belgrad hinaus wird sicherlich „die Tür für weitere Verhandlungen offen bleiben“ und werden als Begleitmaßnahmen Fortschritte vor allem in Richtung SALT II vorgegaukelt werden. Andrerseits sind heftige - hef-

Fortsetzung auf Seite 13

Neuer Aufschw

Fortsetzung von Seite 1

geblieben: So konnten z.B. die Maiaufmärsche und Maiveranstaltungen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsjugendorganisationen heuer nur in weit geringerem Maß dazu genutzt werden, der Wehrgesetzenovelle entgegenzutreten, als im Vorjahr.

Der Kommunistische Bund Österreichs war die einzige organisierte Kraft, die im ganzen letzten Jahr und auch am 1. Mai gegen alle Betrugsmanöver der Regierung aufgetreten ist und die die Notwendigkeit des Kampfs gegen die Wehrgesetznovelle und die ganze imperialistische Militärpolitik, sowie die Notwendigkeit der Zersetzung von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie und deren Zerschlagung in der Revolution propagiert hat.

Die Arbeiterjugend erzwingt neuerlich Beschlüsse gegen die Wehrgesetznovelle

Die brüste Ankündigung der Wehrsprecher aller drei Parlamentsparteien nach dem 1. Mai, daß am 16. Juni die Wehrgesetznovelle praktisch ohne irgendwelche Änderungen im Parlament beschlossen werden soll, hat die Widersprüche zwischen den Führern und den Mitgliedern der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsjugendorganisationen wieder scharf ans Tageslicht gezerrt. Überall dort in Österreich, wo der Inhalt und der Widerstand gegen die Wehrgesetznovelle bekannt sind, hat die Gegnerschaft der antimilitaristisch gesinnten Jugend zur Wehrgesetznovelle ihren Ausdruck in wachsender Unruhe und Unzufriedenheit gefunden. Das haben die Vorgänge in den verschiedensten sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und revisionistischen Jugendorganisationen in den letzten Wochen gezeigt.

So hat der Bundesvorstand der österreichischen Gewerkschaftsjugend neuerlich seine Bedenken gegen die geplante Wehrgesetznovelle geäußert und verpflichtende Kaderübungen abgelehnt.

So hat die 20. Landeskonferenz der oberösterreichischen Gewerkschaftsjugend am 14./15. Mai den folenden Initiativantrag zur Wehrgesetzenovelle beschlossen:

„Die Bundesregierung plant durch eine Wehrgesetznovelle die zwangsweise Weiterverpflichtung jedes 10. Präsenzdieners, der willkürlich ausgewählt wird, auf bis zu elf Monate.

Zahlreiche Jugendliche und demokratische Organisationen z.B. der 16. Jugendgewerkschaftstag der Privatangestelltengewerkschaft haben sich in schraffer Form gegen diese Absicht gewandt, die auch einen weiteren Bruch der Wahlversprechungen bedeutet.

Der weitere Ausbau des Bundesheeres zu einer Kaderarmee stellt eine Bedrohung der Arbeiterschaft dar, und er verschlingt überdies bedeutende Summen.

Die 20. Landeskonferenz der OÖ Gewerkschaftsjugend fordert von der Bundesregierung die Zurücknahme der geplanten „Kaderverpflichtung“ und beauftragt den neugewählten Landesvorstand der ÖGJ-OÖ schnellstens Kontakt mit anderen Jugendorganisationen aufzunehmen, um diese Forderung zu vertreten.“

Die Linzer Gewerkschaftsjugendgruppe „Young Life“ ist mit einem Flugblatt zur Wehrgesetzenovelle, das auch diesen Initiativantrag enthält, öffentlich aufgetreten. Der Landesvorstand der ÖGJ-OÖ hatte vergeblich versucht, das öffentliche Auftreten gegen die Wehrgesetznovelle zu verhindern. Diese ÖGJ-Gruppe hat sich auch an der Linzer Demonstration gegen die Wehrgesetzenovelle am 3. Juni beteiligt.

Ebenfalls in Linz hat sich ein „Aktionskomitee gegen die Wehrgesetznovelle“ gebildet, das bis zur geplanten Beschlußfassung öffentlich auftreten will und eine Bro-

...ung des Protests und Widerstands gegen die geplante Wehrgesetznovelle

schüre herausgeben wird. Dem Aktionskomitee gehören Arbeiterjugendliche an, die zu einem großen Teil in der ÖGJ organisiert sind.

Auf der Wiener Landeskonferenz der Sozialistischen Jugend ist es zu einer heftigen Kritik an der SJ-Führung wegen ihrer Untätigkeit in der Frage der Wehrgesetznovelle und der Atomkraftwerke gekommen. Es wurde auch eine Resolution gegen die Wehrgesetznovelle beschlossen.

Der Vorsitzende der Wiener Jungen Generation mußte in einem Bericht zugeben, daß die SP-Regierung praktisch alle Vorschläge der JG zur Wehrgesetznovelle „nicht erfüllt" hat.

In Innsbruck hat sich der VSStÖ an der Kundgebung am 3. Juni beteiligt.

In Wien wird von der Soldatenzeitung „Querschläger" für den 24. Juni eine Veranstaltung gegen die Wehrgesetznovelle vorbereitet, auf der u.a. auch eine Resolution beschlossen werden soll. Diese Veranstaltung wird von der JG, dem VSStÖ, der FÖJ, der GRM und der Ortsgruppe Wien des KB unterstützt.

Die Taktik der Sozialdemokraten und Revisionisten

Alle diese Beschlüsse, Bestrebungen und Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle wurden von den sozialdemokratischen und revisionistischen Führungen sabotiert. Das wirft ein deutliches Licht auf deren Haltung und Taktik.

Die politisch-ideologisch und durch vielfältige Posten und Privilegien mit dem bürgerlichen System verfilzten Spitzen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend haben nie die Absicht gehabt, den Willen zum ehrlichen Widerstand gegen die Militärpolitik unter den Mitgliedern dieser Organisationen zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings haben sie sich nie offen gegen diesen Willen stellen können, sondern mit verschiedensten Manövern dem entgegengewirkt, und versucht, die letztlich unversöhnlichen Widersprüche zwischen den Interessen und Bestrebungen der Arbeiterjugend und ihrer bürgerlichen Politik zu verdecken. Haben sie das ganze letzte Jahr versucht, den Widerstand gegen die Wehrgesetznovelle mit betrügerischen Versprechungen zu ersticken und auf die Mitverantwortung für den imperialistischen Staat hinzulenken, so sind sie jetzt, angesichts des offensichtlichen Scheiterns dieses Betrugs gezwungen, verschiedene Beschlüsse ihrer Organisationen gegen die Wehrgesetznovelle hinzunehmen. Ihre Ziele sind aber nach wie vor die gleichen. Deshalb versuchen sie, sowohl selbst in diese Beschlüsse ihre Linie einzuschmuggeln, als auch offen die Durchführung beschlossener Maßnahmen des Widerstands zu sabotieren.

Kaum mußten die sozialdemokratischen Führer wieder auf den Plan treten, ist auch die revisionistische KPÖ-Führungsclique aus ihren Löchern gekrochen. Auch sie steht unter einem starken Druck der Jugendlichen, auf die sie einen organisierten Einfluß ausübt. Das ganze Jahr über hat sich ihre Tätigkeit in dieser Frage darauf „beschränkt", den Demokratisierungsbetrug der SP-Führung zu propagieren und damit ihren Beitrag zur Abwiegelung des Widerstands gegen die Wehrgesetznovelle zu leisten. Gleichzeitig hat sie im Dienst des russischen Sozialimperialismus und seiner Einschläferungstaktik gegenüber den europäischen Völkern eifrig den Entspannungs- und „Abrüstungs"schwindel propagiert. Jetzt versucht die KPÖ im Kielwasser der sozialdemokratischen Bestrebungen ihre Politik fortzusetzen, mit ihren Aktionseinheitsangeboten an die Sozialdemokraten, die dem Sozialimperialismus und ihren eigenen Interessen förderlichen Tendenzen in der SPÖ zu stärken und auszunutzen. Diese ihre Bestrebungen sind naturgemäß ebenfalls auf die Spaltung und Sabotage am Kampf gegen die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie gerichtet. Von ihren ganzen Bestrebungen und Zielen her ist die KPÖ daher auch verbissen bemüht, einheitliche und konsequente Aktionen der Arbeiterjugend und des Volkes gegen die Wehrgesetznovelle zu verhindern. Mit Recht muß sie befürchten, daß in solchen Aktionen die Klarheit der Massen über die Unversöhnlichkeit der revisionistischen Politik mit ihren eigenen Interessen wächst und von uns Marxisten-Leninisten gefördert wird.

Unser konsequentes Auftreten gegen die imperialistische Militärpolitik und gegen die Taktik der sozialdemokratischen und revisionistischen Führungen hat bereits einige Erfolge gezeitigt, wenn auch die objektiv vorhandenen günstigen Bedingungen zur Bildung einer breiten Aktionseinheit aller Gegner der Wehrgesetznovelle von uns noch bei weitem nicht ausgeschöpft werden konnten.

So ist es den Reformisten und Revisionisten bei den meisten der stattgefundenen Aktionseinheitsbesprechungen in einem gewissen Ausmaß noch gelungen, eine gemeinsame Aktion, die dem Willen und den Interessen ihrer Mitglieder entsprochen hätte, zu sabotieren. Ihre Angst vor gemeinsamen Aktionen der Massen auf richtiger Grundlage ist verständlich. Bringen solche Aktionen doch den Kampf gegen die imperialistische Militärpolitik weiter und machen die heute noch unter dem Einfluß von Reformismus und Revisionismus stehenden Menschen in ihnen die praktische Erfahrung der Notwendigkeit des Bruchs mit der Sozialdemokratie und der KPÖ. Gerade deshalb werden wir weiterhin die Aktionseinheit der Massen in dieser Frage anstreben und dafür auch jede Möglichkeit der Aktionseinheit auf Organisationsebene nützen.

In unserem weiteren Auftreten müssen wir bei den gefaßten Beschlüssen und Unmutsäußerungen ansetzen, um sie zu bewußten Aktionen weiterzuführen. Das gilt auch in bezug auf die Österreichische Hochschülerschaft und die verschiedenen Studentenvertretungen, die sich ebenfalls letztes Jahr für Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle ausgesprochen haben.

Es ist von großer Bedeutung, daß die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle nicht über die Bühne geht, ohne daß möglichst starke Kräfte des Widerstands und des offenen Protests dagegen auf die Straße getragen werden, ohne daß möglichst breite Teile des Volkes aktiv für die Ablehnung der reaktionären Minderheitenpolitik der Bourgeoisie demonstrieren.

Nächste Aufgaben und Perspektiven des Kampfs gegen die Wehrgesetznovelle

So wie die Dinge liegen, muß damit gerechnet werden, daß weder die Kräfte des Widerstands gegen die Wehrgesetznovelle, noch die Widersprüche unter den drei großen bürgerlichen Parteien ausreichen werden, die Beschlußfassung zu verhindern. Zu wichtig ist der Bourgeoisie im gegenwärtigen Zeitpunkt der Ausbau des militärischen Unterdrückungsapparates, zu groß noch der ideologische Einfluß der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse und im Volk.

Mit der Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle wird diese zum Bestandteil der gesamten reaktionären Militärgesetze. Die Novellierung des Wehrgesetzes wird den Sprengstoff im Heer erweitern. Das ist die andere Seite dieser reaktionären Maßnahmen. Alle klassenmäßig bedingten Widersprüche im bürgerlichen Heer und alle Widersprüche der ganzen Gesellschaft in bezug auf die Militärfrage treiben objektiv die Zersetzung des bürgerlichen Militärwesens voran und werden von der Arbeiterklasse und allen revolutionären Menschen zur bewußten Zersetzung des Bundesheers im Interesse der sozialistischen Revolution und ihrer militärischen Vorbereitung genutzt werden.

Aber noch ist die Wehrgesetznovelle nicht beschlossen. Die bürgerlichen Parteien versuchen derzeit, das Volk über den bevorstehenden Beschluß der Wehrgesetznovelle zu täuschen. So hat die ÖVP auf die Verschiebung der Unterausschußsitzung auf den 14. Juni gedrängt, „damit sich der neue Verteidigungsminister Rösch eindeutig für die Wehrgesetznovelle deklarieren kann". Gerüchte werden ausgestreut, daß die Wehrgesetznovelle erst im Herbst ins Parlamentsplenum gehen wird. Es spricht aber viel dafür, daß sie noch vor dem Sommer zur Beschlußfassung kommt. Der „freiwillig" zurückgetretene Lütgendorf hat nicht umsonst im ORF erklärt, daß er zurückgetreten ist, „um die rasche Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle nicht durch eine Debatte um seine Person zu gefährden." Auch sein Nachfolger Rösch hat sich bereits öffentlich für die Wehrgesetznovelle ausgesprochen. Warum sollte er dagegen sein, er hat ja bereits im Ministerrat für die Regierungsvorlage gestimmt.

Es ist sogar durchaus möglich, daß es beim geplanten Termin vom 16. Juni bleibt. Wir schlagen daher vor, anläßlich der parlamentarischen Behandlung der Wehrgesetznovelle in ganz Österreich neuerlich den Protest auf die Straße zu tragen.

NIEDER MIT DER WEHRGESETZNOVELLE!
WEG MIT DER ZWANGSVERPFLICHTUNG!

W.K.

IMPERIALISTISCHER ÖKONOMISMUS IN DER MILITÄRFRAGE: KAPITULATION VOR DER BOURGEOISIE, VERSTECKT HINTER RADIKALEN PHRASEN
in: Kommunist 5/77, Preis 25,-,
zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

---

In ganz Österreich Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle

GRAZ: Am 3.6. fand am Grazer Hauptplatz eine erfolgreiche Kundgebung des KB gegen die Wehrgesetznovelle statt, an der insgesamt 150 bis 200 Menschen teilnahmen. Bei der Abschlußkundgebung sagte eine Rednerin der Ortsgruppe Graz: „Wir Kommunisten sind keine weltfremden Pazifisten! Wir sagen: Arbeiter, Werktätige, Jugendliche, übt euch im Waffenhandwerk ja! Geht zum Heer, um jene Soldaten, die die reaktionäre Funktion des Heeres noch nicht durchschauen, dazu zu bringen, daß sie im Ernstfall die Waffen auf den richtigen Feind richten. Dieser Feind ist die Kapitalistenklasse und ihr Staat.

INNSBRUCK: Ungefähr 50 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung vor dem Rathaus, zu der die Ortsgruppe des KB und die Sektion Innsbruck des VSStÖ gemeinsam aufgerufen hatten. 200 Menschen verfolgten aufmerksam die gehaltenen Reden. Immer wieder wurden die Reden von Sprechchören unterbrochen, die zum Kampf gegen Wehrgesetznovelle und Zwangsverpflichtung aufriefen: „Nieder mit dem Ausbau des Kasernensystems!", „Ob Lütgendorf, ob Rösch - nieder mit dieser Militärpolitik!", „Abgeordnete hört her: keine Aufrüstung fürs Bundesheer!" Dafür gab es breite Zustimmung.

An der Kundgebung beteiligten sich auch einzelne Mitglieder des KSV, obwohl ihre Organisation sich nicht der Aktionseinheit angeschlossen hat. Weitere Veranstaltungen in nächster Zeit – z.B. eine vom VSStÖ geplante Podiumsdiskussion mit Vertretern von Organisationen, die im letzten Jahr gegen die Wehrgesetznovelle Stellung bezogen haben, und mit Vertretern der Parlamentsparteien - können sicher genutzt werden, um den Zusammenschluß gegen die imperialistische Militärpolitik weiterzubringen.

LINZ: Gut vorbereitet durch eine Saalveranstaltung, an der 55 Menschen teilnahmen, rief die Ortsgruppe Linz des KB für den 3. Juni zu einer Demonstration auf. Die Demonstration war durchdrungen von dem Gedanken, daß sonst niemand ausreichend über die Militarisierung in Österreich informiert und dagegen aufruft und daher trotz der Stille in den bürgerlichen Medien die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden muß. Bei der Abschlußkundgebung, an der an die 100 Menschen teilnahmen, wurde anhand der bekannten Verteidigungsstellungen auf dem Hauptverkehrsweg von Linz nach dem Norden gezeigt, daß die einfachen Soldaten, aus denen die Landwehr vor allem gebildet wird, von der Bourgeoisie als Kanonenfutter verheizt werden sollen.

SALZBURG: In Salzburg führten am Nachmittag des 3. Juni Agitationstrupps der Ortsgruppe des KB an drei Stellen in der Stadt Kundgebungen durch. Mit Transparenten und Megaphondurchsagen marschierten die drei Trupps auf Gehsteigen belebter Straßen sternförmig zur zentralen Kundgebung beim Bahnhof, an der sich 60 Personen ständig und vorübergehend bis über 120 beteiligten. Es wurden im Zuge von Diskussionen, die noch lange nach Kundgebungsende weitergingen, etliche Schriften von Lenin („Drei Artikel über Krieg und Frieden", „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"), 7 Programme und der „Klassenkampf" verkauft. Am Abend des 3. Juni führte die Ortsgruppe eine Diskussionsveranstaltung in einem Gasthaus durch, wo auf die aktuelle Lage im kriegstreiberischen Ringen der beiden Supermächte sowie auf die Wehrgesetznovelle als Teil der imperialistischen Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie eingegangen wurde.

WIEN: An die 250 Menschen folgten in Wien dem Aufruf des KB unter der Forderung „Weg mit der Wehrgesetznovelle, Weg mit der Zwangsverpflichtung", gegen die bevorstehende Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle zu demonstrieren. Trotz intensiver Bemühungen war es nicht gelungen, andere Organisationen, die sich früher ebenfalls gegen die Wehrgesetznovelle ausgesprochen hatten, für ein gemeinsames Auftreten zu gewinnen.

In seiner Schlußansprache vor dem Parlament hob ein Vertreter der Ortsgruppe Wien die Notwendigkeit hervor, in Zukunft den Kampf gegen die imperialistische Militärpolitik und die Kriegstreiberei der beiden Supermächte zu verstärken. Wörtlich sagte er: „Nehmen wir die heutige Demonstration gegen die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle als Ansporn zum Aufbau einer breiten Bewegung gegen die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie und zum Ansporn für den Aufbau einer Bewegung gegen die Kriegstreiberei der beiden Supermächte Sowjetunion und USA, einer Bewegung zur Entlarvung des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte, der tatkräftig von der österreichischen Bourgeoisie unterstützt wird."

Die Bewegung gegen die Atomkraftwerke in Österreich steht vor großen Aufgaben

Die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerks kann verhindert werden

Wo sonst die Wirtschaftskammer Kader für die Kapitalisten schmiedet, hat am 6. Juni die Regierung getagt. Auf dem Schloß Herrnstein ging es, knapp eine Woche vor der großen Sternfahrt und dem Protestmarsch durch Tulln und Zwentendorf, für die Regierung nur um die Frage: wie mit dem Widerstand gegen die Atomkraftwerke fertigwerden, wie das imperialistische Energieprogramm weiter durchführen?

Das Ergebnis der Generalstabsbesprechung war vorauszusehen: Der Bundeskanzler spielt den Überzeugten und die Regierungspartei will schon in nächster Zeit die Weichen für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes stellen: Weiterhin sorgenlos kritisch dagegen reden dürfen der Wiener und der Bregenzer SP-Bürgermeister, die beide mit einem sehr starken Widerstand gegen nahegelegene Atomkraftwerke (in Vorarlberg – Rüthi, gleich hinter der Grenze der Schweiz, in Wien – Zwentendorf, kaum 30 km entfernt) konfrontiert sind. Aber die Regierung kann die Weichen stellen wie sie will, deswegen wird das Volk noch nicht von der Nutzlosigkeit seines Protests überzeugt sein, deswegen ist der Kampf noch lange nicht ausgetragen und zu Ende. Der Aufmarsch in Zwentendorf, zu dem die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) für 12. Juni im ganzen Land mobilisiert, ist aktueller denn je und kommt gerade richtig. In Verbindung mit dem Aufmarsch entwickeln sich die Bedingungen gut, um in nächster Zeit an den verschiedensten Orten die verschiedenen bürgerlichen Politiker und Parteien, insbesondere die Regierung selbst, zu stellen, sie Rede und Antwort stehen zu lassen zu den Forderungen der selbständigen Massenbewegung, der in der IÖAG zusammengefaßten Gruppen; also gerade das zu erreichen, was die IÖAG schon bei den sogenannten Aufklärungsveranstaltungen erfolglos verlangt hatte. Diese Bedingungen müssen vor und nach dem 12. Juni aber tatsächlich genutzt werden. Die Herren Politiker sollen schon mit möglichst gerupftem Gefieder dastehen, wenn sie das Stück von der großen Parlamentsentscheidung über die Atomkraftwerke zu spielen beginnen. Der Probebetrieb in Zwentendorf kann verhindert werden. Die Voraussetzung dafür ist, daß man eine klare Einschätzung der Lage sowie der Absichten und Ziele der Gegner besitzt, daß man die eigenen Kräfte richtig beurteilt und zum Einsatz bringt, also die nächsten Aufgaben richtig absteckt.

Das österreichische Monopokapital will das AKW Zwentendorf unbeding in Betrieb gehen lassen

Wie hartnäckig das österreichische Monopolkapital sein Ziel verfolgt, das AKW in Betrieb gehen zu lassen, kann man vor allem in der Politik der regierenden Sozialdemokratie und den Äußerungen ihrer führenden Vertreter erkennen. Selbst der ÖGB-Präsident wurde in die Schlacht geworfen und obwohl keineswegs auch nur die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder dafür wären, hat der Vorstand im Namen des ÖGB für die Inbetriebnahme des AKW Stellung genommen. Man sieht, so wie in vielen anderen Fragen ist auch hier die sozialdemokratische Regierung der beste Garant für das Monopolkapital, um seine Interessen durchzusetzen, ohne auf offenen Widerstand breiter Teile der Arbeiterklasse zu stoßen – vorderhand. Wie hartnäckig die Kapitalisten, vor allem die Aktionäre des AKW, für seine Ingangsetzung eintreten, bringt das Argument zum Ausdruck, daß man ja nicht sieben Milliarden Schilling umsonst investiert haben kann. Deshalb wird es scharfen Kampf erfordern, wenn unter den bestehenden Verhältnissen die Verwendung des AKW Zwentendorf verhindert werden soll. Dazu kommt, daß hinter dem im Atomkraftwerksbau engagierten Monopolkapital mehr oder weniger die gesamte Kapitalistenklasse steht, die von ihrem Staat eine Stromversorgung verlangt, die den mit der kapitalistischen Produktionsanarchie rasch wechselnden Bedarf jederzeit deckt und die Kosten für den Strom als Futter der Maschinerie möglichst gering hält. Und siehe da, der selbe Androsch, der so vehement für das Atomkraftwerk eintritt, „schlägt eine Verteuerung des Haushaltsstroms vor – die Industrie soll nicht durch Mehrkosten belastet werden" (Kurier, 25.5.1977). Der Unterschied, der jetzt schon zwischen dem Industriestromtarif und dem Haushaltsstromtarif klafft, genügt also nicht, er soll noch größer werden. Man sieht, in der gesamten Strom- und Energieversorgung spielt der Staat eine große Rolle und die Kapitalisten selber fordern dieses Eingreifen. Es war beim Atomkraftwerksbau im großen Maß von Anfang an gegeben, allein für Propagandazwecke zugunsten von Atomkraftwerken hat der österreichische Staat laut „Wiener Zeitung" in letzter Zeit und wird er in nächster Zeit insgesamt 5 Millionen Schilling ausgeben.

Aus der Sicht der österreichischen Kapitalistenklasse und ihres Staates gibt es eine Reihe wichtiger Gründe und Interessen, weshalb sie am AKW-Bauprogramm uneingeschränkt festhalten. So baut der Energieplan der österreichischen Regierung nach wie vor auf der Einrichtung dreier Atomkraftwerke in Österreich bis 1990 auf, was völlig im Einklang mit den Bestrebungen der Internationalen Energieagentur steht, der Österreich seit ihrer Gründung im Jahre 1973 angehört, und die sich gegen die Dritte Welt richtet, als auch den westlichen Imperialisten eine größere Energieversorgung im Zuge ihrer Kriegsvorbereitungen sichern soll. Hinter dem Atomkraftwerksbau in Österreich stehen natürlich auch handfeste Interessen der beiden Supermächte, die sich das Monopol auf Uranabbau und -zubereitung sichern möchten, sowie im Falle Österreichs besonders auch der westdeutsche Imperialismus, wo ja westdeutsche Konzerne wie Siemens beim Zwentendorfer Werk wesentlich mit im Geschäft waren, oder wo Pläne bestehen, bei einem Unfall des Atomkraftwerkes westdeutsches Gerät und westdeutsche Mannschaften direkt hinzuzuziehen.

Die Versuche der Supermächte, im Zuge ihrer Weltherrschaftsbestrebungen Österreich auf dem Gebiet der Uranversorgung in verstärkte Abhängigkeit zu stürzen, erschweren den Kampf gegen die Atomkraftwerke, weil sie für die Supermächte eine besonders große Bedeutung im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen besitzen. Andererseits tragen diese Bestrebungen dazu bei, den Widerstand zu verbreitern, weil für den Kampf gegen eine wachsende Abhängigkeit des Landes noch breitere Teile des Volkes gewonnen werden können.

Der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus ist ein positiver Faktor für den Kampf der Arbeiter- und Volksmassen. Umso mehr betreibt die herrschende Klasse hierzulande chauvinistische Hetze gegen diese natürlichen und engen Verbündeten der Arbeiterklasse, auch die SPÖ schwimmt auf der Linie der „problematischen Abhängigkeit von den erdölproduzierenden Ländern" (Welt der Arbeit, Juni 77, Seite 16). Obwohl also zusammenfassend eine gewaltige Macht hinter dem Atomkraftwerksbau steht, sind die Chancen auf einen Erfolg dagegen nicht schlecht.

Widersprüche im Lager des Gegners

Die schwierige Lage des Gegners drückt sich besonders deutlich aus in den wachsenden Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien selbst und im offenen Austragen dieser Differenzen, obwohl sie die längste Zeit vorher kaum ein Wort über das ganze verloren haben. Gleichzeitig zeichnet sich die genauere Vorgangsweise bis zur sogenannten Parlamentsentscheidung ab. Was Kreisky gegenüber Taus abgelehnt hatte, nämlich jetzt schon eine Drei-Parteieneinigung ähnlich wie in der Minderheitenfrage herbeizuführen, das hat der Bundeskanzler auf der Regierungsklausur für den Herbst angekündigt: Die möglichst einheitliche Vergatterung aller Parteien für den von der Regierung abgesteckten Kurs. Die Differenzen über die Vorgangsweise sind nichts als Differenzen darüber, wie man das Volk am besten an der Nase herumführt. Gegenwärtig soll jedenfalls der Eindruck erweckt werden, als ob das Parlament ein Organ des Volkswillens sei, in dem die Abgeordneten nach offener Diskussion und freier Meinungsbildung frei entscheiden. Die nicht gerade guten Eindrücke, die es an sich schon mit dem Parlament verbindet, leichter vergißt, soll für die Abstimmung über die Atomkraftwerke sogar der Klubzwang aufgehoben werden, damit gegebenenfalls jede Partei ein paar Aushängeschilder vorschicken kann und dennoch das erwünschte Resultat zustandekommt. Hoffnungen auf eine „demokratische Abstimmung" im Parlament schüren, demgegenüber das Volk nichts zu sagen hat, und mit dem Trick der größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen arbeiten, das sind gegenwärtig die Hauptmittel, mit denen dem wachsenden Widerstand im Volk begegnet wird. Der zweite Trick hat verschiedene Auflagen, z.B. jene, die eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf von der Lösung der Atommüllagerung abhängig machen. Jeder weiß, daß beim heutigen Stand der Dinge die Müllablagerung nur durch Anwendung von Gewalt gegen das Volk „gelöst" werden kann: Der Widerstand gegen die Probebohrungen im Waldviertel wächst von Tag zu Tag, der Zwentendorfer Gemeinderat wehrt sich stark dagegen, daß der Müll womöglich gleich beim Werk gelagert wird. In Tirol – wo früher von möglichen Lagerstätten die Rede war – arbeiten mehrer Bürgerinitiativen, im Burgenland hat sich der SPÖ-Landeshauptmann mit der Bereitschaft zur Übernahme des Müll bei der Bevölkerung auch nicht gerade beliebt gemacht und bald darauf wieder völlig zurückstecken müssen. Diese Variante, nämlich Inbetriebnahme erst nach Lösung der Atommüllfrage ist vor allem von den beiden nichtregierenden Parteien ÖVP und FPÖ zu hören, und soll falsche Hoffnungen über die Besorgtheit der Politiker züchten – insgesamt ist es der Ausdruck des Zusammenspiels der bürgerlichen Parteien beim Betrug des Volkes im Parlamentarismus einerseits und der großen Schwierigkeiten, die Entscheidung über Atomkraftwerke gegen den Willen des Volkes durchzusetzen andererseits. Den Tupfen auf dem I zu diesem Betrugsmanöver liefert die revisionistische KPÖ, die z.B. aus dem Mund ihrer niederösterreichischen Abteilung erklärt: „Wir sind gegen die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Werkes, solange nicht die Sicherheitsprobleme, die demokratische Kontrolle des Betriebs und Atommüllablagerung, gelöst sind." (Volksstimme 4.6.77) Darüber hinaus hat die KPÖ noch statt der Abhängigkeit Österreichs von den westlichen Imperialisten größere Abhängigkeit in der Energieversorgung vom sowjetischen Sozialimperialismus anzubieten. Vom Regen in die Traufe zu geraten wird beim Volk allerdings weniger Anklang finden als vielleicht manch einer der anderen betrügerischen und verfänglichen Vorschläge. Und die praktische Konsequenz dieser Haltung: Die KPÖ hat im Zwentendorfer Gemeinderat für das Atomkraftwerk gestimmt und jetzt wendet sie sich praktisch gegen die Sternfahrt am 12. Juni, indem sie entweder nichts darüber schreibt oder aber wütend gegen die IÖAG keift und darüber hinaus Vorbereitungen trifft, mit ein paar Gefolgsleuten, die sich – wie übrigens auch die trotzkistische GRM – nicht der Demonstrationsleitung der IÖAG unterstellen, und der Demonstration ihre schädlichen Losungen aufzwingen wollen. So erfüllt die revisionistische KPÖ ihre Rolle als bürgerliche Agentur in der Arbeiterklasse.

Die nächsten Aufgaben, die Arbeit bis zum Herbst

Darüber soll eine Konferenz der IÖAG nach dem 12. Juni einheitliche Festlegungen treffen. Dabei stehen zwei Aufgaben im Vordergrund: Erstens die angekündigte Parlamentsdebatte, die es vielleicht noch Ende Juni, auf jeden Fall aber im Herbst geben soll, zu gezielten Massenaktionen nutzen. Auf dem Weg dahin müssen alle Gelegenheiten genutzt werden, um die Politiker und die Regierung zu stellen, Rechenschaft über ihr Verhalten zu fordern. Für den vorsommerlichen Parlamentstermin sind wahrscheinlich mehrere Aktionen in verschiedenen Städten sinnvoll, im Herbst bzw. bei der geplanten endgültigen Abstimmung ist unbedingt eine zentrale Massenaktion vor dem Parlament anzustreben. Als zweite Aufgabe steht, die herrschende Klasse nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, die Widersprüche im Lager des Gegners auszunützen und zu verstärken und so eine Lage zu schaffen, daß der Behandlung der Frage im Parlament schon von vornherein möglichst weitgehend der betrügerische Schleier heruntergerissen wird. Dazu gehört vor allem, gezielte Massenaktionen in den betroffenen Gebieten, gestützt hauptsächlich auf die dortige Bevölkerung zu setzen. Zum Beispiel die Brennelementeinlagerung in Zwentendorf – sollte sie nicht bereits zu Ostern erfolgt sein – zu bekämpfen. Oder – und das wird am wirksamsten sein – im Waldviertel eine offene Front zu schaffen durch Behinderung und Verhinderung der Bohrungsarbeiten, wo selbst den bürgerlichen Zeitungen langsam aufgeht, daß die Stimmung unter den Waldviertlern äußerst explosiv ist. Knapp zwei Wochen nach dem Protestmarsch in Zwentendorf ist auch schon die erste größere öffentliche Protestaktion im Waldviertel angesetzt. Wenn die Bewegung nach diesen Schwerpunkte vorgeht, und die Kommunisten ihre politisch-ideologische Arbeit und ihr praktisches Eingreifen und An-die-Spitze-stellen in dieser Frage immer besser zu machen versuchen, dann läßt sich die imperialistische Energiepolitik der Regierung sicher erfolgreich durchkreuzen, die Aufnahme des Probebetriebs in Zwentendorf verhindern, und alle möglichen noch bevorstehenden Spaltungs- und Unterdrückungsversuche gegen die Bewegung sicher erfolgreich zurückschlagen.

J.R.

Kampf gegen Atomkraftwerke – Kampf gegen den Fortschritt?

Viel setzen die SP-Regierung und die SP-Spitzen in den Gewerkschaften heute daran, um gerade die Arbeiter vom Widerstand gegen die Atomkraftwerkspolitik der Regierung abzuhalten oder sogar gegen die Bewegung gegen die Atomkraftwerke aufzuhetzen. Eines ihrer Hauptargumente, das sie dabei unter den Arbeitern einsetzen ist, daß die Atomkraftwerke den technischen Fortschritt repräsentieren und gerade die Arbeiterklasse alles Interesse am technischen Fortschritt habe. Entwicklung der Wirtschaft, Hebung des Wohlstands und der Sicherheit der Arbeitsplätze – all das seien die Früchte des technischen Fortschritts, den die Atomkraftwerke bringen würden. Probleme und Risken dieses Fortschritts seien dagegen kontrollierbar und durchaus zu bewältigen. Wachsende Schützenhilfe erhalten sie dabei heute von den Revisionisten der KPÖ. Bekanntlich treiben die Machthaber in der Sowjetunion und den von ihr kontrollierten Staaten besonders skrupellos den Bau von Atomkraftwerken voran und versuchen überall, auch in Österreich, ins AKW-Geschäft zu kommen und damit auch ihren Einfluß im imperialistischen Westen auszudehnen und neue Abhängigkeiten zu schaffen. Dementsprechend ist auch die KPÖ, ein besonders willfähriger Knecht des russischen Sozialimperialismus und zugleich verkappter Helfershelfer der österreichischen Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, zum eifrigen Propagandisten für Atomkraftwerke geworden.

Sie alle appellieren damit bewußt an die Arbeiterklasse als produzierende Klasse, die den materiellen Reichtum der Gesellschaft schafft und mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen die größte Produktivkraft dieser Gesellschaft darstellt. Die Arbeiterklasse hat sich selbst mit der Entwicklung aller Produktivkräfte im Kapitalismus entwickelt, ist durch die Entwicklung der industriellen Großproduktion angewachsen, geschult, organisiert und zu einer disziplinierten Armee zusammengeschmiedet worden. Sie ist es gewohnt, im Produktionsprozeß täglich mit neuen Bedingungen und Anforderungen fertig zu werden, vielfältige technische Probleme zu lösen, sich ständig neue Fertigkeiten anzueignen und Gefahren des Produktionsprozesses zu begegnen. Sie trägt die gesamte gewerbliche und industrielle Produktion auf ihren Schultern und dies seit Bestehen der kapitalistischen Gesellschaft, sie hat im Verlauf dieser Jahrzehnte einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung aller Produktivkräfte, einschließlich ihres eigenen Produktionsvermögens, realisiert. Die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaftsführung und die Revisionisten wissen also recht gut, warum sie sich gerade mit den genannten Argumenten an die Arbeiterklasse wenden, um sie vor ihren Karren zu spannen.

Ein Körnchen Wahrheit – eine faustdicke Lüge

Ihre Argumente verbinden ein Körnchen Wahrheit mit einer faustdicken Lüge. Das Körnchen Wahrheit ist, daß die Arbeiterklasse in der Tat befähigt wäre, die Entwicklung der Produktivkräfte ungehemmt voranzutreiben und zur Hebung des Wohlstandes und der allseitigen Entwicklung der ganzen Gesellschaft einzusetzen. Die faustdicke Lüge ist, daß dies unter den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen möglich wäre.

Jeder Arbeiter hat schon am eigenen Leib erlebt, mit welchen Folgen der technische Fortschritt im Kapitalismus für die Arbeiter, für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, verbunden ist: Steigerung der Arbeitsintensität, Zerstückelung des Arbeitsprozesses, Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit, Ausbreitung der Spalter- und Antreibersysteme des Akkord- und Prämienlohns, ständige Entwertung der erworbenen beruflichen Fähigkeiten und den daraus folgenden Abstieg großer Teile der qualifizierten Arbeiter in schlechter bezahlte angelernte Tätigkeiten, Verlust des Arbeitsplatzes durch Rationalisierung für einen anderen Teil, allseitiger Raubbau an den geistigen und körperlichen Kräften der Arbeiterklasse und der Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Auch das mit der Steigerung der Produktivität verbundene Anwachsen des materiellen Reichtums fällt keineswegs denen in den Schoß, die es mit ihrer Hände Arbeit schaffen. Sie erhalten weiterhin als Lohn gerade das, was sie zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft brauchen, und selbst darum müssen sie einen täglichen Kleinkrieg führen. Die Hebung des materiellen Lebensstandards der Arbeiter, auf die die Kapitalisten und die Sozialdemokraten so gern verweisen, ist nichts anderes als die Entwicklung des zur Erhaltung der Arbeitskraft Notwendigen unter den Bedingungen der ungeheuer intensivierten Arbeit und der fortschreitenden Zerstörung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse unter den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen.

Von den Vorteilen der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus bleibt den Arbeitern gar nichts. Diese Vorteile werden, wie wir es im Programm des Kommunistischen Bundes festgehalten haben,

„von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert, so daß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion sich für den Arbeiter in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung verwandeln. Sie verstümmeln ihn in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, machen die Arbeit zur Qual und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten.

Mit der Ausweitung der industriellen Produktion und der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen durch die Vervollkommnung der Technik werden immer neue Massen in die kapitalistische Produktion gezogen, wie Frauen, Kinder, Arbeiter aus ökonomisch rückständigen Gebieten. Die steigende Produktivkraft der Arbeit bewirkt zugleich einen relativ sinkenden Bedarf der Kapitalisten an Arbeitern, so daß das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage beständig übersteigt und eine industrielle Reservearmee entsteht. Ausbeutung, Abhängigkeit vom Kapital und Unsicherheit der Existenz steigen. Der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol entspricht so die Akkumulation von gesellschaftlichem Elend auf dem anderen Pol." (Programm des KB, Seite 8 - 9)

Daß es sich so verhält, ist keineswegs notwendige Folge der technischen Entwicklung, des Fortschreitens der Entwicklung der Produktivkräfte. Es ist vielmehr die notwendige Folge ihrer Entwicklung als Produktivkräfte des Kapitals. Deshalb kann auch der Standpunkt der Arbeiterklasse nicht der der Ablehnung der Entwicklung der Produktivkräfte wegen ihrer heutigen Folgen sein, sondern muß der Standpunkt des Kampfes um die Aufhebung der Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte sein, des Kampfes um die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, des Kampfes um die Aufhebung der Lohnarbeit, die alle Produktivkräfte in die Ketten der Profitmaximierung legen.

Schon lange hat der Kapitalismus aufge-

Fortsetzung auf Seite 6

DIE GESCHICHTE DER ERKENNTNIS UND NUTZUNG DER ENERGIEQUELLEN DURCH DEN MENSCHEN
(Übersetzung aus der chinesischen wissenschaftlichen Zeitschrift „Scientia Sinica", Nr. 5/1975)
in: Kommunist 4/77, Preis 25,-,

Das Volk will kein Atomkraftwerk ....

Fortsetzung von Seite 1

zur revolutionären Ablösung durch eine Gesellschaftsordnung sind, die die Produktionsmittel ins gesellschaftliche Eigentum nimmt, die Ausbeutung beseitigt und die Entwicklung der Produktivkräfte in den Dienst des Volkes stellt?

Um dem Finanzkapital Extraprofite zu sichern, dem Kampf der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer im Bündnis mit den anderen Imperialisten ihr imperialistisches Energieprogramm entgegenzusetzen und sich im Gefolge des US-Imperialismus und der westlichen Imperialisten an den Vorbereitungen auf den drohenden Krieg der beiden Supermächte um die Weltherrschaft vorzubereiten, ist die österreichische Bourgeoisie entschlossen, mit ihrem AKW-Programm auch über Leichen zu gehen. Der entschlossene selbständige Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes dagegen ist notwendig und gerecht. Im Zwentendorf gilt es, klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Arbeiterklasse und das Volk den Parlamentariern und der Regierung entschieden das „Recht" absprechen, das reaktionäre AKW-Programm gegen ihren Willen und gegen ihre Interessen durchzusetzen. Es gilt, der Bevölkerung im Tullnerfeld und in allen anderen unmittelbar betroffenen Gebieten den Rücken gegen den Druck zu stärken, dem sie ausgesetzt sind. Es gilt, Bewußtheit und Entschlossenheit der ganzen Bewegung zu stärken.

Über Sieg oder Niederlage in dieser Auseinandersetzung entscheiden wird kein Geschwätz und keine „Abstimmung" im Parlament, sondern die Fortführung des selbständigen Kampfs, das geschlossene Eintreten der Arbeiterklasse und des Volkes für die gemeinsamen Forderungen:

*Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf: Kein Nullast-, Teillast-, Probe- oder Vollbetrieb!
*Kein Atomkraftwerk in St.Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!
*Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!
*Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Darüber hinaus ruft der KB Österreichs für den 12. Juni unter den Losungen auf:
*Nieder mit dem parlamentarischen Betrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen!
*Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter – wer gegen das Volk entscheidet, muß weg!
* Technischer Fortschritt im Kapitalismus: Steigerung der Ausbeutung, Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes
*Kampf der imperialistischen Energiepolitik – Unterstützung des Kampfs der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer, Kampf den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte!
*Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und -aufbereitung!
*Sofortiger Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!
*Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Treffpunkte und Abfahrtszeiten zur Sternfahrt

Wien
So 8.30 Uhr Franz Josefs Bahnhof
Linz
So 7.00 Hauptplatz
Graz
Sa 11.30 Uhr Oper
So 6.00 Uhr Oper
Salzburg
Sa 9.30 Uhr Alter Markt, Kundgebung und Abfahrt
So 6.00 Uhr Mirabellplatz
Klagenfurt
Sa 14.15 Bahnhofsplatz
Innsbruck
Fr 17.30 Uhr Rathaus, Kundgebung und Demonstration
Sa 7.00 Landhausplatz
Sa 13.00 Uhr Landhausplatz

PROTEST-MARSCH
ZUM ATOMKRAFTWERK ZWENTENDORF
VERANSTALTER: INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER
12. JUNI 1977

KEINE INBETRIEBNAHME DES ATOMKRAFTWERKES ZWENTENDORF: – KEIN NULLAST-, TEILLAST-, PROBE- oder VOLLBETRIEB !
KEIN ATOMKRAFTWERK in ST. PANTALEON, BOGENHOFEN ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH !
KEIN ATOMKRAFTWERK AN ÖSTERREICHS GRENZEN !
KEINE ATOMMÜLLAGERUNG IM WALDVIERTEL, IN TIROL ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH !

Kampf gegen Atomkraftwerke – Kampf gegen den Fortschritt?

Fortsetzung von Seite 5

hört, ein Motor für die Entwicklung der Produktivkräfte zu sein. Umso verlogener ist es, wenn heute die führenden Sozialdemokraten und die Revisionisten als Sachwalter des technischen Fortschritts auf den Plan treten. Sind sie doch entschiedene Verteidiger des Privateigentums der Kapitalisten und des kapitalistischen Staats an den Produktionsmitteln und ist es doch eben dieses kapitalistische Privateigentum, das längst zur würgenden Fessel der Produktivkräfte geworden ist. Zeigt sich das nicht schlagend darin, daß der Kapitalismus gerade heute wieder Millionen von Arbeitern in Europa auf die Straße wirft, eine Fabrik nach der andern schließt und die Maschinen verrotten läßt, nur weil der kapitalistische Markt zu eng für das geschaffene Produktionsvermögen geworden ist, während es gleichzeitig Millionen Arbeitern am Notwendigsten fehlt? Beweist sich nicht schon allein in diesen Tatsachen die Wahrheit dessen, was Engels schon vor Jahrzehnten gesagt hat: „Einesteils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eigenen Unfähigkeit zur ferneren Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andererseits drängen die Produktivkräfte .... nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte." („Anti-Dühring"). Diese Anerkennung kann in nichts anderem bestehen als in der Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst, in der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit auch der Fesseln für ihre weitere Entwicklung bis zur Schaffung der materiellen Voraussetzungen der klassenlosen Gesellschaft. Darin besteht auch das Ziel der proletarischen Revolution, deren erster Schritt die Zerschlagung des Garanten des kapitalistischen Privateigentums sein muß, des kapitalistischen Staats, und die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse.

AKW – Beweis für die Unfähigkeit zur Verwaltung der Produktivkräfte

Ist die Berufung auf den technischen Fortschritt im allgemeinen von seiten der sozialdemokratischen Regierungs- und Gewerkschaftsspitzen schon ein Hohn angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, so ist sie es noch mehr im Fall der Atomkraftwerke. Bei den Atomkraftwerken zeigt sich noch drastischer die Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zur ferneren Verwaltung der Produktivkräfte.

Die Bourgeoisie ist weit entfernt von der technologischen Meisterung der Produktion von Atomenergie. Oder kann man etwa davon sprechen, daß sie diese Produktion technologisch zu meistern imstande ist, wenn sie den Prozeß der Atomenergieproduktion zwar einleiten kann, aber noch keine Ahnung hat, wohin sie mit dem bestrahlten Uran soll und was mit den ausgebrauchten und hochgefährlichen Atomkraftwerken nach ihrer Stillegung geschehen soll?

Dennoch setzt sie alles daran, um ihr Atomenergieprogramm durchzusetzen. „Nach mir die Sintflut" – ist die Devise des engagierten Finanzkapitals, das fette Extraprofite wittert und dafür skrupellos über Leichen zu gehen bereit ist. „Nach mir die Sintflut" – das ist auch die Devise der ganzen Bourgeoisie und ihres imperialistischen Staates, die sich mit den Atomkraftwerken ihre Energiebasis für die weitere imperialistische Expansion und Aggression, ein Faustpfand für die weitere Ausplünderung der Dritten Welt und die Festigung ihrer materiellen Basis für die Teilnahme am imperialistischen Krieg auszubauen hofft, auf den das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft zutreibt.

Nicht Sicherung der Arbeitsplätze und Steigerung des Wohlstands hätte die Arbeiterklasse vom Bau der Atomkraftwerke in Österreich zu erwarten, sondern eine enorme Gefahr für ihre Lebensbedingungen heute und für die Zukunft, eine direkte Gefährdung der Arbeiter in den AKW-Anlagen, steigende Ausplünderung durch die Abwälzung der enormen Kosten des AKW-Programms über Steuern und die gespaltenen Stromtarife auf das werktätige Volk, eine allgemeine Verschlechterung der Bedingungen für ihren Klassenkampf durch das Erstarken der Bourgeoisie gegen den direkten Verbündeten der Arbeiterklasse, die Dritte Welt, durch die verstärkte Abhängigkeit von den beiden Supermächten, die das Uran liefern, und durch das Fortschreiten der Vorbereitungen auf den imperialistischen Krieg.

All dies sind triftige Gründe für die Arbeiterklasse, sich in die Bewegung gegen das AKW-Programm einzureihen und sich darin an die Spitze zu stellen – nicht im Kampf gegen den Fortschritt und die Entwicklung der Produktivkräfte, wie die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen und revisionistischen Speichellecker heute schreien, sondern im Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, die diesen Fortschritt allseitig hemmen und umschlagen lassen in eine Bedrohung für Gegenwart und Zukunft der Arbeiterklasse und des Volkes. Gerade weil die Arbeiterklasse Repräsentantin des Fortschritts der Produktivkräfte und seine entschiedenste Verfechterin ist und gerade weil die Spaltung der Gesellschaft in Klassen letztlich nur hinweggefegt werden kann durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte, muß sie sich auch am entschiedensten gegen die mörderische „Entwicklung" der Produktivkräfte in der heutigen Gesellschaft wenden und diesen Kampf fortführen zur Befreiung der Produktivkräfte von den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die soziale Revolution des Proletariats.

G.St.

Protestmarsch Salzburg-Zwentendorf: Kundgebung zum Abschluß

Im Laufe des Pfingstmontag-Vormittags sollten die Teilnehmer des Marsches Salzburg-Zwentendorf eintreffen. Davor veranstaltete der Arbeitskreis Atomenergie eine Kundgebung am Kirchenplatz.

In den Gesprächen bei dem Informationsstand wurde verständlich, warum der Widerstand bisher so wenig sichtbar geworden ist. Ein Zwentendorfer: „Es gibt im Ort eine Gruppe von Leuten, die am AKW verdient, die sind dafür und unterdrücken die anderen Leute, die von ihnen abhängig sind. Zum Beispiel der Bürgermeister, er ist gleichzeitig Hauptschuldirektor und hat die Niederlassung der Versicherung über. Die Leute wollen, daß ihre Kinder in der Schule gute Noten bekommen, und sie wollen keine Schwierigkeiten bei der Erledigung ihrer Versicherungsfälle haben."

Ein älterer Herr, der mit seinem Fahrrad vorbeikam um die Ankunft der Marschierer mitzuerleben, erzählte, daß ursprünglich viele Zwentendorfer gegen das AKW unterschrieben hatten, aber ihre Unterschrift dann auf Drängen des Bürgermeisters zurückgezogen hätten.

Zu Mittag, mit einiger Verspätung war es dann so weit. Mit Lautsprecherwagen und Gesang zog eine kleine Demonstration durch den Ort, auch Tullner waren die letzte Etappe von Mitterndorf bis Zwentendorf mitmarschiert. Die Zwentendorfer kamen an die Fenster und vor die Haustüren. Sie winkten den Marschierern zu und nahmen die Flugblätter, die verteilt wurden. Vor einem Gasthaus wurde die Abschlußkundgebung abgehalten und dann heftig weiterdiskutiert.

E.W.

„Gleitende" Arbeitswoche:

In einem längeren Artikel der „Presse" vom 10. April 1977 wurde ausgehend von den „Denkanstößen" des Finanzministers und Vizekanzlers Androsch in ziemlich durchsichtiger Weise das Interesse der Kapitalisten an einer weitgehenden Änderung der bisher geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, an der Zerstörung des Arbeitsschutzes formuliert. Für die Arbeiterklasse ist es nützlich und notwendig, die Ziele und Interessen der Kapitalisten, die in diesem Bourgeoisblatt des öfteren niedergelegt werden, gründlich zu untersuchen. Worin bestanden die „Denkanstöße" des Herrn Androsch? Ausgehend von „einer besseren Ausnützung der Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich", die in einem erst zu diskutierenden mittelfristigen Konzept für die Achtzigerjahre ihren Niederschlag finden sollen, führt er drei konkrete Punkte an: „ - stärkere Zeitverschiebung der Urlaube, - mehr Flexibilität hinsichtlich der weiteren Arbeitszeitverkürzung und günstigere Regelungen bezüglich des Wochenendes". (Die Presse vom 10.4.77).

Für wen stärkere Zeitverschiebung, Regelung des Wochenendes und Flexibilität günstiger sein sollen, wird bei genauerer Untersuchung dieser Vorschläge klar. Dabei dürfen wir uns nicht dadurch verwirren lassen, daß diese Propaganda für den Angriff auf erkämpfte Arbeiterrechte und Einschränkungen der Ausbeutung dargeboten wird als Problem der Versöhnung von Freizeit und Arbeitszeit, als Frage der Verhinderung des „Freizeitstreß". Halten wir uns an das, was die Presse-Journalisten selbst als die „extremen Radikalforderungen" bezeichnen, an das, was wohl der Wunschtraum ihrer Auftraggeber unter der Kapitalistenklasse ist.

Die „Radikalforderungen" der Kapitalisten

Die „extreme Radikalforderung von der Auslastung der durch Investitionen geschaffenen Produktionsmittel wie der Freizeiteinrichtungen her abgeleitet, lautet totale Flexibilität ermöglicht durch Superorganisation." (Presse, 10.4.1977).

Auch bezüglich des Wochenendes gibt es eine Radikalforderung, „nämlich die nach der totalen Abschaffung des generell freien Wochenendes". (daselbst)

Diese „Radikalforderungen" sind natürlich heute nicht „realistisch", kein Wunder, haben doch die internationale Arbeiterklasse, haben die österreichischen Arbeiter seit mehr als 100 Jahren einen Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit geführt, einen Kampf, der zu zeitweiligen Resultaten führte, die sich nicht von einem Tag den anderen abschaffen lassen. Dennoch entsprechen diese „Radikalforderungen" dem Interesse der Kapitalistenklasse „...alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln" (Karl Marx, Das Kapital, S.430). Dennoch orientieren sich die Kapitalisten und ihre politischen Fürsprecher an diesem Interesse. Warum ist das so?

Das Interesse der Kapitalisten an Ausdehnung der Arbeitszeit

In unserer Gesellschaft besitzt die überwiegende Mehrheit der Menschen nichts Anderes als ihre Arbeitskraft. Um die zu ihrer Erhaltung notwendigen Lebensmittel

Erhöhung der Milchkrisengroschen

Ein weiterer Schritt, um den Ruin der Kleinbauern voranzutreiben

Am 27.5. wurde rückwirkend ab 1. Mai eine Erhöhung des Milchkrisengroschens um 10 Groschen je Liter auf 40 Groschen beschlossen. Damit wurde den Milchbauern, die Anfang 1977 18 Groschen Preiserhöhung pro Liter Milch bekamen, nach der Kürzung im Frühjahr um 4 Groschen für Vermarktungsbeiträge nun weitere 10 Groschen gestrichen. Von der Erhöhung der Milchpreise bleiben also nur mehr 4 Groschen übrig. Diese Maßnahme des kapitalistischen Staates richtet sich gegen die Kleinbauern, die von der Milchproduktion abhängig sind. Der kapitalistische Staat will mit der Überproduktion von Milch durch den Ruin der milchproduzierenden Kleinbauern zu Rande kommen.

Dasselbe Ziel verfolgt der Bauernbund, wenn er die Kontingentierung der Milchmengen vorschlägt. Nach diesem Plan soll die Menge der abzuliefernden Milch vorher festgelegt werden. Unter einem bestimmten Mindestquantum sollen die Molkereien die Milchanlieferung ablehnen. Auch diese Maßnahme wird viele kleine Bauern zum Aufgeben ihrer Wirtschaft zwingen.

Einen weiteren Vorschlag haben „Landwirtschaftsexperten" zur Reduzierung des Milchüberschusses parat: 100.000 Rinder sollten geschlachtet werden. Daß durch diese „Lösung" tausende kleine Mittelbauern, sehr viele unter ihnen sind Bergbauern, ihre Höfe verlassen müßten, weil sie wegen der lokalen und klimatischen Bedingungen eine Produktionsumstellung nicht machen können, das wissen diese Landwirtschaftsexperten. Und das ist ja ihr Ziel.

Vor allem die Kleinbauern sind auf die Milchproduktion angewiesen

Die Milch- und Rindfleischproduktion (Anteil am Rohertrag ist 40%) ist die dominierende Produktionssparte in der österreichischen Landwirtschaft: Um den Spezialisierungs- und Konzentrationsprozeß gerade in dieser Sparte schwungvoll anzukurbeln (die großbäuerlichen Wirtschaften zu fördern und die kleinbäuerlichen zu ruinieren), üben die kapitalistischen Molkereien über die Preise und der Staat über die Abgaben starken Druck auf die kleinbäuerlichen Milchproduzenten aus. Im Dezember 1976 wurden 200.253 Rinderhalter gezählt. Die durchschnittliche Stückzahl pro Betrieb betrug 12 Stück (Kühe 5 Stück). Besonders in der Milcherzeugung dominiert der kleinbäuerliche Betrieb. 1974 verfügten neun von 10 Kuhbesitzer über höchsten 10 Kühe. ¾ aller Kühe waren in Beständen bis zu 10 Stück, weniger als 4% aller Kühe in Beständen über 20 Stück. Bei der Milchanlieferung ergab sich daraus folgendes Bild: 1975 entfiel auf 86% aller Lieferanten eine Jahreslieferung von weniger als 25.000 kg. Von ihnen stammten 58 Prozent der gesamten angelieferten Milch. Nur 24% der Bauern lieferten über 50.000 kg im Jahr; ihr Anteil an der Milchlieferleistung betrug 12,6%.

Nach außen hin hat es den Anschein, daß auch die großen Milchbauern belastet werden. In Wirklichkeit erhalten jedoch diese für den weiteren Ausbau ihrer kapitalistisch geführten Milchwirtschaften großzügige Stützungen vom Staat. Außerdem haben sie auf Grund der großen Mengen, die sie bei den Molkereien anliefern, bessere Lieferbedingungen. Weil sie über Maschinen und chemische Hilfsmittel verfügen, können sie eine weitaus bessere Qualität erzielen als die kleinbäuerlichen Milchlieferer. Das wirkt sich natürlich beträchtlich auf den Preis aus.

Das Verhältnis zwischen Kleinbauern und kapitalistisch produzierenden großen Milchbauern soll zugunsten der Großbauern verändert werden. Die Kleinbauern sollen im großen Maßstab zur Aufgabe der Milchproduktion gezwungen werden, die ihre Existenzgrundlage darstellt

Hepu

Propagandistische Einleitung des Angriffs auf den Arbeiterschutz

und Gebrauchsgüter erwerben zu können, um leben zu können also ist sie gezwungen, diese Arbeitskraft an jene zu verkaufen, die im Besitz der Produktionsmittel, der Maschinen, Fabriken usw. sind. Wie bei jeder anderen Ware ist der Wert der Ware Arbeitskraft aber bestimmt durch jenes Quantum an Arbeitszeit, das notwendig ist, um sie herzustellen und zu erhalten, d.h. jene Arbeitsdauer, die zur Erzeugung der diversen Lebens- und Konsummittel notwendig ist und dem Arbeiter in Form von Lohn ausbezahlt wird. Im Unterschied zu jeder anderen Ware hat die Arbeitskraft aber die besondere Fähigkeit, mehr Werte zu schaffen, als zu ihrer Erhaltung notwendig sind. D.h. länger zu arbeiten als notwendig ist, um den Gegenwert des ausbezahlten Lohnes zu erzeugen. Gerade um dieses Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit (d.h. Arbeit um den Gegenwert der Lebensmittel des Arbeitenden zu erzeugen) und Mehrarbeit (Arbeit, die sich die Kapitalisten unbezahlt aneignen) geht es. Ihr Hunger nach unbezahlter Mehrarbeit, der Quelle ihres Profits, ist unersättlich.

Um dieses Verhältnis zu ihren Gunsten zu ändern, haben die Kapitalisten eine Reihe von Methoden entwickelt:

- Die absolute Verlängerung der Arbeitsdauer.
- Die Erhöhung der Produktivität der Arbeitskraft durch Einführung von immer wirkungsvolleren Produktionsmitteln, die denselben Arbeiter in derselben Zeit mehr erzeugen lassen und langfristig den Anteil seines Lohnes an der Gesamtarbeitszeit verringern.
- Die Intensivierung der Arbeit, d.h. die Verringerung von allen Lücken und Verzögerungen im Arbeitsablauf.

Wir können heute voraussetzen, daß der Großteil der Kapitalisten unter dem Druck der Konkurrenz große Maschinerien in umfangreicher Weise zum Einsatz bringt, d.h. einen relativ großen Teil ihres Kapitals in Form von technischen Einrichtungen anlegen muß. Da dieser Teil des Kapitals selbst keinen zusätzlichen Wert schafft - nur die bestehende Arbeitskraft kann den vorhandenen Werten neue zuschießen - also zunächst nur Unkosten verursacht, verringert er den Anteil des Profits am gesamten produzierten Wert.

Gerade dieser Einsatz von Technik und Wissenschaft bringt es daher mit sich, daß ihr Streben nach Verlängerung der Mehrarbeitszeit im Interesse ihres Profits steigt. Wie drückt sich das im einzelnen aus?

-Der Wert der bei der Arbeit angewandten Maschinen wird durch ihren Einsatz auf ihre Produkte, die Waren, übertragen. Je geringer der Anteil dieses Werts am einzelnen Produkt ist, desto größer ist der Profitanteil, bzw. der Anteil der unbezahlten Mehrarbeit am Produkt. Je länger die Maschinen also täglich in Betrieb sind, je mehr Tage sie zur Anwendung kommen, desto gewinnbringender ist ihr Einsatz.

- In je kürzerer Zeit die ganze Maschine mit einem Minimum an Stehzeit abgenützt wird, desto eher wird einerseits ihr Wert umgesetzt, andererseits mit Hilfe der Maschine unbezahlte Mehrarbeit geleistet.

- Auch eine Maschine, die nicht betätigt wird, wird kaputt, „verschleißt sich durch ihren Nichtgebrauch", verrostet und verrottet, ohne daß sie gewinnbringend eingesetzt wird.

- Ein weiterer Grund macht eine bessere Ausnützung des Maschinenparks unbedingt notwendig. Je moderner und komplizierter die Maschinen sind, desto teurer sind sie im allgemeinen. Der Konkurrenzkampf führt aber ständig zur Einführung noch besserer Maschinen, wobei die vorherigen technisch veralten und damit entwertet werden, obwohl sie durchaus noch funktionstüchtig wären. Um dem drohenden Wertverlust ihrer Maschinen beizukommen, versuchen die Kapitalisten die Zeit ihrer Untätigkeit auf ein Minimum herabzusetzen und die Maschinen in möglichst kurzer Zeit durch Arbeit verschleißen zu lassen, sodaß sich ihr ganzer Wert bereits auf die Produkte übertragen hat, wenn neue Maschinen entwickelt und eingeführt werden.

- Außerdem fallen in einer Fabrik Fixkosten an, die gleich bleiben, ob die Fabrik längere oder kürzere Zeit in Betrieb ist (Miete, Heizung, Lagerkosten, Steuern...) Diese Kosten nehmen im selben Verhältnis zum Profit ab, je länger die Produktion läuft.

- Zuletzt: Bei gleichbleibender Arbeitszeit verlangt die Ausbeutung von mehr Arbeitskräften den Einsatz von mehr Produktionsmitteln, während durch Verlängerung der Arbeitszeit die unbezahlte Mehrarbeit ausgedehnt werden kann, Arbeitskräfte eingespart werden, das für Maschinen ausgelegte Kapital aber gleich bleibt.

„Der wachsende Umfang der Maschinerie macht ... eine stets wachsende Verlängerung des Arbeitstages wünschenswet." (Das Kapital, S.428).

Das ist die Interessenslage, von der auch heute die Kapitalistenklasse ausgeht. Diese Interessen stehen auch hinter den „Denkanstößen" des Finanzministers.

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Normierung des Arbeitstages

Das ständige Streben der Kapitalisten nach absoluter Verlängerung der Arbeitszeit hat aber seit mehr als 100 Jahren den verstärkten Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen, der auf eine gesetzliche Festlegung der Normalarbeitszeit abzielte. In der Geschichte stellte sich „die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar, ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten und dem Gesamtarbeiter oder Arbeiterklasse" (Das Kapital, S.249). Den Bestreben der Kapitalisten, sich die Arbeit während aller 24 Stunden des Tages anzueignen, trat schon der „Internationale Arbeiterkongreß" in Genf (1866) mit der Forderung nach dem Achtstundentag entgegen. „Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstags für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müssen. ...Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als legale Schranke des Arbeitstages vor" (Das Kapital, S.319). Die Arbeiter forderten damit als Klasse ein Staatsgesetz, das „sie selbst verhindert durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen."(Das Kapital, S.320)

Unter welchen Bedingungen führen die Kapitalisten heute ihren Angriff

Die österreichische Bourgeoisie ist heute damit konfrontiert, daß sie in einer Zeit der stärksten wirtschaftlichen Krise seit dem Ende des II. Weltkrieges, in einer Zeit, in der die Konkurrenz sich zwischen den westlichen Imperialisten zuspitzt und die Kriegsgefahr steigt, ihre wirtschaftliche Stärke durch verstärkte Ausbeutung erhöhen muß. (Die historischen Erfahrungen zeigen, daß mit den sich weiter zuspitzenden Widersprüchen, steigender Kriegsgefahr, und dem Ausbruch von Kriegen selbst, der Angriff der Kapitalisten bis zur gänzlichen Abschaffung jeder Arbeiterrechte, der Militarisierung der Produktion und der Einführung von Zwangsarbeit geht.) Sie trifft dabei auf gesetzliche Beschränkungen zum Schutz der Arbeiter, die, wenn oft auch in verstümmelter Weise, als Resultat der Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse geistige und körperliche Degradation verhindern, die zur Erhaltung ihrer Kampfkraft beitragen. Sie kann diese Gesetze natürlich nicht einfach negieren ohne den sofortigen Widerstand der Arbeiterklasse herauszufordern. Obwohl die Kapitalisten in ihrer täglichen Praxis durch verschärfte Arbeitshetze, durch Überstundenschinderei, durch Akkord-und Schichtarbeit im Großteil der Betriebe diese Gesetze täglich unterhöhlen, haben sie m e h r vor. Nichts Anderes als die l e g a l e Durchlöcherung und Aufweichung des bestehenden Arbeiterschutzes und die gesetzliche Fixierung ihres Rechts auf schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft. Diesen Angriff bereiten sie jetzt zunächst propagandistisch vor und schalten zu diesem Zweck ihre Schreiberlinge, Ideologen und Politiker ein, um den Boden und das politische Klima für eine Abänderung der ohnehin schon verstümmelten gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen. Sie tun das mit dem Vorschlag der Legalisierung von gleitender Arbeitszeit, variablem Wochenende und stärkerer Zeitverschiebung der Urlaube. Mit diesen Vorschlägen will die Bourgeoisie zweierlei erreichen:

1.) Einführung der Gleitzeit in Ämtern, Büros und Angestelltenberufen überhaupt, was zur Intensivierung der Arbeit in diesen Bereichen, zur stärkeren Angleichung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall führen soll.

2.) Aufhebung der fixen Grenzen der Maximalarbeitszeiten für alle Lohnabhängigen, was ermöglichen soll, mittels Lohndruck und individuellem Druck die Überstundenschinderei zu verstärken, das System der Schichtarbeit auf alle Bereiche auszudehnen, wo dieses bis dahin nicht üblich war.

Ihre Wünsche gehen im einzelnen aktuell dahin:

- Abschaffung des freien Samstags mit dem Argument, daß der zweite freie Tag „flexibel zu halten wäre"
- beliebige Verschiebbarkeit und Zerstückelung des Urlaubs, was für sie „ausschließlich eine Frage des Rechenstiftes anhand der technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten ist" (Presse, 10.4.77) und zu seiner Anpassung der Urlaubszeit an die Interessen der Kapitalisten führt.
- Legalisierung der Gleitzeit, wobei die Presse zugibt, daß die derzeitige Arbeitszeitregelung, „die eine 40-Stundenwoche vorschreibt, „durchaus im Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gelegentlich nicht eingehalten wird." - Ein „wegen seiner permanenten Rechtsunsicherheit" - „höchst ungesunder Zustand". (Presse, 10.4.1977) Was „gesund" wäre, liegt dabei auf der Hand: gesetzliche Verbürgung der schrankenlosen Ausdehnung des Arbeitstages.

Denn die derzeitige Situation führt (lt. Presse) dazu, daß „Arbeitnehmer soweit gehen, die vollen 12 Stunden durchzuarbeiten.." Was sie heute aber nur „illegal und um den Preis des permanenten schlechten Gewissens ihrer Arbeitgeber" (!) tun können (Presse, 10.4.1977).

Insgesamt laufen sich die Vorstellungen darauf hinaus, daß kontrollierbare Schranken der Arbeitszeit abgeschafft werden, die 6-Tage-Woche wieder offen und überall praktiziert werden kann, „das Durcharbeiten" gefördert wird. Daß sich dann genügend „freiwillige" Arbeitskräfte finden, „die soweit gehen, die vollen 12 Stunden durcharbeiten zu wollen", ist klar, denn „Das Wachstum im Preis der Arbeit mit der Verlängerung des Arbeitstages über eine gewisse Normalgrenze gestaltet sich ...so, daß der niedrigere Preis der Arbeit während der sog. Normalarbeitszeit dem Arbeiter die besser bezahlte Überzeit aufzwingt, will er überhaupt einen genügenden Arbeitslohn herrausschlagen." (Das Kapital, S.569) Erst gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages kann dem ein Ende setzen, wie Marx schon 1867 meinte, dem der Zusammenhang zwischen langem Arbeitstag und niederem Lohn aus der damaligen britischen Industrie bekannt war.

Was bedeutet dieser Angriff für die Arbeiterklasse und alle anderen Lohnabhängigen?

Langfristig gesehen bedeutet das aber die Zerstörung der Arbeitskraft und damit der geistigen und körperlichen Kampfkraft der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen, ihre Zersplitterung durch scheinbare Individualisierung der Arbeitszeit (wie bei der Gleitzeit) oder durch Herstellung unterschiedlicher und unerträglicher Arbeitsbedingung, - wie bei allen anderen Methoden der intensivierten und ausgedehnten Schweißauspressung.

Er bedeutet weitere Einsparung von Arbeitskräften, was die Möglichkeit der Kapitalisten, den Arbeitsdruck und die Verlängerung der Arbeitszeit der in der Produktion verbleibenden Arbeitskräfte weiter verbessert, denn „Verrichtet ein Mann das Werk von 1 1/2 oder 2 Männern, so wächst die Zufuhr der Arbeit, wenn auch die Zufuhr der auf dem Markt befindlichen Arbeitskräfte konstant bleibt. Die so unter den Arbeitern erzeugte Konkurrenz befähigt, den Preis der Arbeit herabzudrücken, während der fallende Preis der Arbeit ihn umgekehrt befähigt, die Arbeitszeit noch weiter heraufzuschrauben."(Das KapitalS.571).

Die Arbeiterklasse muß diesen Plänen entgegentreten, unter Forderungen, die die Schwächung ihrer Kampfkraft verhindern. Sie muß für die Durchsetzung von staatlichen Zwangsgesetzen eintreten, die den Kapitalisten die schrankenlose Zerstörung und Degradierung der Arbeitskraft erschweren. Die unmittelbaren Ziele des Kampfes um Arbeiterrechte, die Arbeitszeit betreffend, hält das Programm des KB fest:

„ - 7-Stunden-Tag; 5-Tage-Woche; Verbot von Überstunden.
- Verbot von Nacht- und Schichtarbeit außer in Fällen, in denen sie aus technischen, vom Betriebsrat, wo dies nicht möglich ist, von der Gewerkschaft, anerkannten Gründen unvermeidbar ist; Beschränkung der Nachtarbeitszeit auf die Hälfte des Normalarbeitstages.
- Mindesturlaub von 8 Wochen jährlich."

Der Kampf entlang dieser Forderungen und auf der Linie wird geführt, um der Arbeiterklasse jene Fähigkeiten und Kräfte zu erhalten und zu verschaffen, die sie braucht, um sich ein für alle Mal von jeder Ausbeutung zu befreien, die Herrschaft der Ausbeuter abzuschütteln und eine solche gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, in der die Arbeit nicht mehr zu einer Geisel für die Arbeiter, sondern zu derem eigenen Bedürfnis wird.

Kommunist 5/77 erschienen



Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei

Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen

Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfs gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel – Materialien zur Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung

„Für die demokratische Republik!" – Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich



Preis 25,-

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

Maschinenfabrik Andritz/Graz:

Kampf gegen Prämiensystem mit Leistungsbeurteilung

Die MFA-Kapitalisten wollen heuer so wie im Vorjahr eine Leistungsbeurteilung und Prämienvergabe bei den Angestellten durchführen. Die Leistungsbeurteilung soll folgendermaßen vor sich gehen: Der jeweilige Vorgesetzte füllt Beurteilungsbögen aus, in denen das Wohlverhalten der Kollegen eingeschätzt wird; danach erfolgt mit einem Punktesystem die Prämienvergabe.

Ziel der Leistungsbeurteilung ist es, die Kollegen verstärkt an das Auf und Ab der kapitalistischen Produktion zu binden. Beispielsweise werden jene Kollegen in der Beurteilung besser abschneiden, die recht viele Überstunden machen, wenn ein Auftrag termingerecht behandelt werden soll. Nicht die Erhaltung ihrer Arbeitskraft und ihrer Gesundheit sollen die Kollegen anstreben, sondern sich möglichst unbegrenzt für das Wohl und Wehe der Firma schinden.

Auf der anderen Seite werden die Kollegen durch die Leistungsbeurteilung untereinander aufgespalten. Vertieft wird diese Spaltung noch durch die Prämienvergabe. In einem Flugblatt, das der Angestelltenbetriebsrat zur Leistungsbeurteilung herausgegeben hat, heißt es: *„Um eine gerechtere Verteilung zu erreichen, wurde ein Limit gesetzt, so daß in den niederen Verwendungsgruppen mindestens ein Drittel, und in den höheren Verwendungsgruppen höchstens zwei Drittel etwas erhalten sollen."*

Diese Spaltung kann aber nur dann überwunden werden, wenn für alle die gleiche Prämie ausgezahlt wird!

Schon im Vorjahr stieß die Geschäftsführung mit ihrer Leistungsbeurteilung und dieser Art der Prämienvergabe auf große Empörung; viele Kollegen sahen, daß diese Maßnamen die Spaltung und das Konkurrenzdenken unter ihnen ankurbeln würden; sie sprachen sich dagegen aus. Die Abteilung Papiermaschinenbau versuchte die Spaltung zu unterlaufen, indem sie die Prämien zusammenlegte und gleichmäßig aufteilte.

Aus den Vorkommnissen des vergangenen Jahres haben die Angestellten einiges gelernt. Nun haben sie Schritte gesetzt, um auf einer Versammlung aller Angestellten die Leistungsbeurteilung und Prämienvergabe zu diskutieren und darüber Beschlüsse zu fassen. Deshalb sammelten sie Unterschriften für die Einberufung einer Versammlung und widerlegten die Meinung des Betriebsrates, daß das Interesse der Kollegen an dieser Sache zu gering sei. Über 100 Kollegen haben bisher diese Liste unterschrieben!

All diese Aktivitäten sind aber den MFA-Kapitalisten ein Dorn im Auge, weil sie die Leistungsbeurteilung unter allen Umständen durchführen wollen. Sie müssen mit allen Mitteln versuchen, diese Bewegung zu spalten, einzuschüchtern und zu diffamieren.

Tatsache ist aber, daß schon über 100 Kollegen für die Versammlung unterschrieben haben.

Da es nicht im Interesse der Arbeiter ist, daß die Belegschaft, wie hier im konkreten Fall die Angestellten durch die Leistungsbeurteilung und Prämienvergabe, aufgespalten wird, sollte auch der Arbeiterbetriebsrat die Aktivitäten der Angestellten und deren Forderung nach Einberufung einer Gruppenversammlung unterstützen. Auf dieser Versammlung geht es trotz aller Spaltungsmanöver der MFA-Kapitalisten darum, die Kollegen für die Forderung „Weg mit der Leistungsbeurteilung" und „Gleiche Prämie für alle" zu gewinnen.

Zelle MFA/Graz

Kapsch/Wien

Gleitzeit durchlöchert Arbeitszeitregelung

Erst jüngst haben wir im „Klassenkampf" von der Einführung der gleitenden Arbeitszeit bei den Kapsch-Angestellten berichtet und anhand der Gleitzeitvereinbarung gezeigt, daß die Kapitalisten die Arbeitszeit an den Rhythmus der kapitalistischen Produktion anpassen wollen. Durchlöcherung der von den Werktätigen erkämpften Arbeitszeitregelungen – darum geht es. Genauso wie bei der von den Kapitalisten diskutierten gleitenden Arbeitswoche und der von ihnen angestrebten Lockerung der Bestimmungen der Arbeit am Wochenende.

Jetzt wird bei Kapsch auch bereits praktisch spürbar, was die Kapitalisten mit der Gleitzeit vorhaben. Die Gleitzeitvereinbarung wurde nämlich abgeändert, so daß während der Sommermonate Zeitguthaben nicht mehr zweimal, sondern „im Einvernehmen mit dem zuständigen Vorgesetzen viermal im Monat auch während der Kernzeit ausgeglichen" werden können. Das ist ja gut, werden manche sagen, so kann mehr zusammenhängende Freizeit geschaffen werden, die dringend notwendig ist, um sich von der Plackerei zu erholen. Also ein Zuckerl für die Angestellten? Ja, aber ein vergiftetes. Denn nicht jeder kann so ohne weiteres ein größeres Zeitgut haben aufhäufen. Wie soll zum Beispiel eine Mutter, die vor und nach der Arbeit ihre Kinder versorgen muß, ihren Arbeitstag ausdehnen? Oder die Pendler? Sie müssen sich nach den Abfahrtszeiten der Werkbusse richten. Für andere mag die Neuregelung vorteilhafter sein und viele Kollegen buddeln jetzt schon wie wild, um im Sommer früher heimgehen zu können. Das Ergebnis: die Kollegenschaft wird aufgespalten und der Aufbau einer gemeinsamen Kampffront für eine einheitliche Regelung für mehr zusammenhängende Freizeit – etwa mehr Urlaub oder einen kürzeren Arbeitstag – wird erschwert.

Die Sache hat aber noch einen Haken: Die Neuregelung soll nämlich die alte Hitzeregelung ersetzen. Früher konnte man eine halbe Stunde früher gehen, wenn auf der Hohen Warte 30 Grad gemessen wurden. Es wurde schon öfters im Betrieb darüber diskutiert, daß diese Regelung völlig unzureichend ist; bei 28 Grad zu Mittag Arbeitsschluß – wie bei der Post – das wäre akzeptabel. Und jetzt sollen die Angestellten um diese halbe Stunde auch noch umfallen! Denn wenn sie früher heimgehen, müssen sie die Zeit ja wieder einbringen. Heiß sein darf es einem in Zukunft nur mehr viermal im Monat; und nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Vorgesetzten. Den Pendlern etc. darf überhaupt nicht mehr heiß sein. Man sieht, daß die Kapitalisten in der Tat vorhaben, jene Arbeitszeitregelungen auszuhöhlen, die die Werktätigen erkämpft haben, um der Ausbeutung Schranken zu ziehen. Weil die Nachteile der neuen Gleitzeitregelung nicht alle gleich treffen, wird die Front für eine Verbesserung der Hitzeregelung aufgeweicht. In unserem Fall insbesondere auch die Einheit von Arbeitern und Angestellten. Aus all diesen Gründen muß erreicht werden, daß die Angestellten um die halbe Stunde nicht umfallen; und langfristig: daß die Gleitzeit wieder abgeschafft wird.

sch.,Zelle Kapsch/Wien

Klagenfurt/Celovec: Resolution von Universitätsbediensteten an Gewerkschaftsvorstand

Brief an den Vorstand der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Herrn Sommer:

Die unterzeichneten Bediensteten der UNI für Bildungswissenschaften Klagenfurt (wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal) fordern den Vorstand der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten auf, angesichts der stattgefundenen Preiserhöhungen und der enormen Steuerbelastungen auf der erhobenen Forderung „9,75 %, mindestens jedoch S 600,-" bei den Kollektivvertragsverhandlungen zu beharren. „9,75 %, mindestens S 600,-, jedoch keinen Groschen weniger".

Dem Brief liegen 60 Unterschriften, das ist mehr als die Hälfte der Angestellten, bei.

Nonntal/Salzburg: Brief der Volksschullehrer an das Verhandlungskomitee der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten

Alle 9 auf der Konferenz der Volksschule Nonntal/Salzburg anwesenden Lehrer unterstützten nachfolgenden Brief an das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee, die 5 gewerkschaftlich organisierten Lehrer unterzeichneten ihn:

AN DAS VERHANDLUNGSKOMITEE DER GEWERKSCHAFT DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN!

Das Angebot der Regierung von 6,5 % (S 500,- mindestens) Gehaltserhöhung für die öffentlich Bediensteten ab 1.1.78 ist entschieden zu niedrig und wird von uns zurückgewiesen.

Auf eine Dauer von 12 Monaten ist nicht einmal das 9,75 %-Angebot des gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees ausreichend, wenn man bedenkt, daß

- der offizielle Index zwischen 6-7 % jährlich steigt,
- die lebenswichtigen Güter sich aber viel rascher verteuern
- die Lohnsteuerprogression durchschnittlich ein Drittel der Erhöhung wegfrißt
- und die Schere zwischen Spitzengehältern und niedrigen Gehaltsklassen noch weiter aufgerissen wird.

Die Forderungen wurden leider bereits aufgestellt ohne ausführliche Diskussionen auf unterster Gewerkschaftsebene darüber.

Wir fordern die Gewerkschaftsvertreter auf, keinerlei Abstriche von den 9,75 % zu machen und sich irgendwo „in der Mitte" mit der Regierung zu treffen.

Wir fordern sie weiters auf, wie das Verhandlungskomitee der 3 anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes einen Mindestbetrag aufzustellen, der aber höher als der zu niedere von S 600,- liegen sollte.

Wir sind der Meinung, daß als Wirkungsbeginn des neuen Abkommens der 1.1.78 zu spät ist.

Die letzte Gehaltserhöhung vom Juli 76 (10,5 % bis 6,5 %) und die 1,5 % vom 1.1.77 sind bereits durch die Teuerung und Lohnsteuerprogression weggefressen. Nun soll die neue Gehaltserhöhung nicht wie bisher am 1. Juli, sondern erst 6 Monate später, am 1.1.78 in Kraft treten. Wir meinen, daß die Gehälter nicht weitere 6 Monate gleich bleiben dürfen, und fordern das Verhandlungskomitee auf, das laufende Gehaltsabkommen sofort zu kündigen und für den Beginn des neuen Abkommens ab 1. Juli 77 einzutreten!

Gehaltsverhandlungen im

Staat plant Lohna

Am 3. Mai haben die Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst begonnen, nachdem schon seit Jahresanfang davon gesprochen wurde, daß ein baldiger Abschluß nötig sei. Bei der ersten Verhandlungsrunde war es zu keinem Ergebnis gekommen und die Verhandlungen wurden auf den 31. Mai vertagt, mit denkbar ungünstigen Ausgangsbedingungen für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst auf Grund der viel zu niedrig angesetzten Gewerkschaftsforderungen.

Bei den Verhandlungen am 31. Mai haben es die Gewerkschaftsführer allerdings noch nicht gewagt, unter die 9.75% bzw. S 600.– mindestens zu gehen. Laut „Presse" vom 1. Juni wurde zwar bekannt, daß Pöder, der Verhandlungsführer von Gemeinde, Post und Bahn 8% anpeilt, laut gesagt hat er das aber noch nicht. Vielmehr wird verschleppt, um zähe Verhandlungen vorzutäuschen. Daß der Reallohn aber nicht gehalten wird, ist bereits ausgemacht. Allein durch die niedrige Ausgangsforderung.

Die nächste Verhandlungsrunde wird erst am 20. Juni stattfinden. Es ist so gut wie sicher, daß die Gewerkschaftsführung dem Druck der Regierung nachgeben wird, deren provokantes 6.5%-Angebot um eine weitere Provokation „aufgebessert" wurde: Androsch sei bereit, bei 7.9% und mindestens S 500.– abzuschließen, aber nur unter der Bedingung, daß zugleich der Pensionsbeitrag im öffentlichen Dienst um 1% erhöht wird, erklärte der Sprecher des Verhandlungskomitees auf Regierungsseite, der designierte Verkehrsminister Lausecker.

Da wären also 7.9% minus 1%, um 0.4% mehr als das alte Angebot! Es gehört schon einiges an Unverfrorenheit dazu, als „Gegenleistung" für ein derart offenes Lohnraubangebot gleich eine Erhöhung der Pensionsbeiträge einzufordern! Seitens der Gewerkschaftsführer wurde dieser Vorschlag zwar abgelehnt, man müsse aber die „neuentstandene Situation erst überdenken", wurde gesagt. „Neu überdenken" kann aber für Leute wie Pöder und Sommer wohl nur heißen: überlegen, wo zurückgewichen wird. Bei der Prozentforderung, beim Mindestbetrag oder bei der Laufzeit.

Der Ausgang der laufenden Verhandlungen ist für die Regierung von großer Bedeutung bei ihrem Bemühen, den Staatsapparat gezielt durchzurationalisieren und zu reorganisieren

Auffallend bei diesen Gehaltsverhandlungen ist die Härte, mit der die Regierung bisher vorgeht. Nach einer massiven Hetze auf die „faulen Beamten" in der bürgerlichen Presse vor Beginn der Verhandlungen hat sie ein Schandangebot gemacht und ist offenbar nicht bereit, auch nur einen wesentlichen Abstrich davon zu machen. Tatsächlich ist der Ausgang dieser Verhandlungen für die Bourgeoisie von großer Bedeutung.

Der öffentliche Dienst ist Jahr für Jahr ausgeweitet worden und gewachsen. Der Staat hat immer mehr gesellschaftliche Funktionen an sich gezogen, immer mehr Lohnabhängige in seine Dienste und unter die Peitsche des besonderen Dienstrechts gepreßt, je stärker die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche der Ausbeuterordnung die Gesellschaft zerrütteten, je stärker sich die ausgebeuteten Massen gegen diese Ordnung zusammenschlossen und erhoben. Vor allem seit dem Antritt der SP-Regierung ist eine wahre Flut von Gesetzen beschlossen worden, in denen sich geringfügige Zugeständnisse mit einer Verschärfung der Knebelung des Volkes verbanden. Zugleich wird der be-

öffentlichen Dienst

...bbau um den Weg für weitere Rationalisierung zu bereiten

waffnete Gewaltapparat ständig ausgebaut. Die Aufblähung des Staatsapparats und seiner Tätigkeiten läßt sich allein schon an der Dienstpostenentwicklung der Bediensteten des Bundes (Grafik) ablesen.



Zum Vergleich: 1938 hatte noch der Bund 202.000 Bedienstete.

Ablesen läßt sich an dieser Grafik aber nicht nur die absolute Ausweitung des Staatsapparats, sondern auch wie sich die Wirtschaftskrise 1967/68 und die gegenwärtige Wirtschaftskrise auf den öffentlichen Dienst auswirken: in beiden Fällen folgt ein Knick nach unten, wurde eingespart bzw. entlassen, rationalisiert und den Angehörigen des öffentlichen Dienstes gewaltige Mehrleistungen aufgezwungen.

Unter dem Titel „Mehr Gesetze - mehr Beamte" schreibt die „Arbeit und Wirtschaft" 1/77:

„Der Dienstpostenstand in der Bundesverwaltung stieg in den letzten sieben Jahren um durchschnittlich 2000 Posten pro Jahr an. Noch stärker wuchsen die Aufwendungen des Bundes für Mehrleistungen (zum Beispiel Überstundenvergütungen).."

Auch gegenwärtig geht eine scharfe Rationalisierungswelle durch den öffentlichen Dienst, allerdings unter Bedingungen einer weit tiefergehenderen politischen und wirtschaftlichen Krise als es die von 67/68 war und unter Bedingungen eines sehr verengten Spielraumes der Bourgeoisie angesichts explodierender Kosten und außerordentlich hoher Staatsschulden. Die ersten Auswirkungen dieser Rationalisierungen sind bereits merklich spürbar geworden: Unterbesetzung, verschärfter Überstundenzwang, erhöhte Unfallgefahr auf Grund der gesteigerten Arbeitshetze.

Die Verschärfung der Arbeitshetze aber, die die kapitalistische Rationalisierung mit sich bringt, ist bereits seit langem ganz offiziell im Staatshaushalt eingeplant: die Budgetansätze sprechen eine deutliche Sprache: fast in jedem Bereich des öffentlichen Dienstes überschreiten die Anteile der Ausgaben für Mehrleistungen die 10%-Grenze der Personal-Gesamtaufwendungen. So sollen 11% (oder eine Milliarde) des Gesamtpersonalaufwands bei der Post Aufwand für Mehrleistungen sein. 1975 waren es noch 9%. Bei der Bahn werden es 10.3% sein, bei den AHS über 15%, beim Heer 12%.

Allerdings hat das Finanzkapital noch weitergehende Ziele und ist erst der Anfang gemacht bei der Reorganisation und Rationalisierung des imperialistischen Staatsapparates. Rationalisierung der bürokratischen und unterdrückerischen Tätigkeiten des Staatsapparates kann aber nur heißen, diese Tätigkeiten effektiver zu machen, damit, die staatliche Unterdrückung und Ausplünderung der Volksmassen weiter zu verschärfen und dort die staatlichen Ausgaben relativ zusammenzustreichen, wo Versorgungsleistungen zum Zweck der Gewährleistung der Reproduktion der Arbeiterklasse und der Volksmassen wahrgenommen werden müssen. Diesen Weg geht die SP-Regierung mit aller Konsequenz und es vergeht keine Woche, wo nicht verkündet wird, daß die Steuern, die die Massen zahlen, letztlich noch weiter erhöht werden müssen, daß die Energie noch viel zu billig sei, daß die gesundheitliche Versorgung zu teuer sei und daher eingeschränkt werden müsse.

Der Druck auf den Lohn im öffentlichen Dienst bereichert die Kapitalistenklasse unmittelbar und ist Teil der reaktionären „Sanierungspolitik" des Finanzkapitals

Einen Plan zur sogenannten „Sanierung" der Zahlungsbilanz faßt die Regierung derzeit in Klausur. Man kann sicher sein, daß die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst dabei keine unbedeutende Rolle spielen und unter anderem herhalten sollen für die „Sanierungspolitik" der SP-Regierung, deren Kern nichts anderes ist als ein Programm der verstärkten Ausbeutung, Steuerausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen im Innern zugunsten verstärkter ökonomischer Expansion nach außen, zugunsten der Vorbereitungen auf den herannahenden imperialistischen Krieg. Jeder Prozentpunkt, um den das Lohnniveau im öffentlichen Dienst gedrückt wird, bedeutet Umverteilung der Steuergelder zugunsten der Kapitalisten, bedeutet Entlastung der Kapitalistenklasse von fixem Kapital, bedeutet Leistungen vor allem zugunsten der großen imperialistischen Konzerne und Monopole und deren Stärkung im internationalen Konkurrenzkampf.

Bedeutet aber auch direkten Zustrom von Steuergeldern in die Hände des Finanzkapitals über die Zinsen aus den Staatsschulden.

Jeder Prozentpunkt, um den die Massen der öffentliche Bediensteten im Lohnniveau tiefer hinuntergedrückt werden, schwächt ihre Kampfkraft, bietet die Grundlage für Spaltung und Uneinigkeit und damit gute Bedingungen, das reaktionäre Rationalisierungsprogramm durchzusetzen, das reaktionäre Rationalisierungsprogramm durchzusetzen, das von einer Verschärfung des besonderen Dienstrechts begleitet wird, deren erste Etappe gerade abgeschlossen wurde, und dessen Peitsche es bedarf, um die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ruhig zu halten, die zunehmend in Widerspruch zu dieser Politik geraten und immer häufiger in Versammlungen, Diskussionen und Resolutionen ankündigten, daß sie sich nicht so ohne weiteres diesem Programm unterwerfen werden, dessen erste Auswirkungen für sie drastisch genug schon ausgefallen sind. Die Korrespondenzen, die wir nebenstehend abdrucken, zeugen von den Unruhen im öffentlichen Dienst, wenn sie auch nicht die Breite dieser Unruhe vollständig widerspiegeln können.

Auf diesem Hintergrund betrachtet, kann man einerseits ermessen, wieviel der Regierung daran liegt, den Lohndruck im öffentlichen Dienst zu verschärfen, das ohnehin äußerst niedrige Lohnniveau weiter zu senken. Zugleich wird aber auch klar, wie schädlich die viel zu niedrigen Ausgangsforderungen der Gewerkschaftsführer waren und wie notwendig es jetzt ist, daß die Gewerkschaft keinen Schritt mehr zurückweicht und Schluß macht mit den Verschleppungsmanövern, die einzig der Regierung Vorteile bringen, indem sie die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verunsichern. Ebenso wird klar, wie schädlich es ist, sich auf einen Abschluß zu orientieren, der nicht nur zu niedrig ist, sondern auch erst 1978 in Kraft treten soll.

Jede einzelne Stimme unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die sich während dieser Verhandlungen erhebt, die gegen die Verschleppung der Verhandlungen und gegen jedes Heruntergehen von den derzeitigen Gewerkschaftsforderungen Stellung nimmt, sowohl was die Prozentforderung als auch den Mindestbetrag und die Laufzeit betrifft, ist ungemein wichtig. Zumindest kann erreicht werden, daß die bürgerlichen Gewerkschaftsführer nicht zu weit zurückweichen. Denn die Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben allen Grund, sich für die kommenden harten Auseinandersetzungen in allen Punkten der Rationalisierungsprogramms der Bourgeoisie zu rüsten.

H.H.

Resolution zu den Gehaltsverhandlungen

In der letzten Maiwoche sammelten mehrere Bedienstete der Anstalt unter ihren Kollegen Unterschriften für eine Resolution, die an den Betriebsrat, an die Fachgruppe Humanitätsanstalten der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und an den Vorsitzenden des Verhandlungsausschusses der öffentlich Bediensteten bei den laufenden Gehaltsverhandlungen, R.Pöder, gerichtet war. In dieser wurden die Gewerkschafter aufgefordert, gegenüber dem provokanten Regierungsangebot von 6,5% bzw. mindestens 500,- S von der Gewerkschaftsforderung (9,75%, aber mindestens 600 S) keine Abstriche mehr zu machen, die Laufzeit des Abkommens mit längstens 12 Monaten zu befristen und kein Stillhalteabkommen zu beschließen.

Die Forderungen wurden erhoben, obwohl vielen Kollegen klar war, daß auch die Gewerkschaftsforderung nicht geeignet ist, für die meisten von uns einen Reallohnabbau zu verhindern. Das zeigte sich auch beim Sammeln der Unterschriften. Ein Großteil der Kollegen hielt es prinzipiell für sehr gut und richtig, daß man bei den Verhandlungen eingreift. Allerdings liegt das zu erwartende Ergebnis, das auf Grund der vielzu tief angesetzten Gewerkschaftsforderung überhaupt noch erreichbar ist, so niedrig, daß es für viele Kollegen einfach zu wenig Anreiz darstellte, angesichts eines ständig drohenden Drucks und dienstrechtlichen Repressionen von Seiten des Dienstgebers dennoch für ihre Interessen einzutreten.

Trotzdem haben 32 Bedienstete die Resolution unterzeichnet! Das ist als ein positives Zeichen zu werten, bedenkt man, daß sich seit Jahren zum erstenmal Teile des Personals in unserem Betrieb anläßlich von Gehaltsverhandlungen zu Wort gemeldet und versucht haben, an der Gewerkschaftspolitik aktiv teilzunehmen! Es wird sicher nicht das letztemal gewesen sein.

P.Z.
Zelle AKH/Wien

Wenn es nach den Vorstellungen der Gemeinde ginge, sollte das Pflegepersonal noch weitere 5 Überstunden schuften

Nachdem es vor einigen Jahren dem Pflegepersonal am „Steinhof" (so wird das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe genannt), gestützt auf seine Personalvertretung, gelungen war, die ärgsten Auswüchse der Überstundenschinderei in unserem Krankenhaus einzudämmen (48 Wochenstunden waren die Untergrenze!) und der Gemeinde schließlich die 43-Stundenwoche mit dem 6er-Radl abgetrotzt werden konnte, hegte so mancher von uns die Hoffnung, daß der Tag der Einführung der 40-Stundenwoche für uns nicht mehr fern sein könnte.

Gerade unter den schwierigen Arbeitsbedingungen am „Steinhof" (die Krankensäle müssen in psychiatrischen Kliniken immer besetzt sein, überfüllte Krankensäle, keine oder veraltete Arbeitsgeräte, etc...), belastet jede einzelne Überstunden unser physisches und psychisches Befinden enorm.

Die Gemeinde aber beweist, daß ihr unsere Arbeitsbedingungen ziemlich egal sind, Hauptsache, die Spitalskosten können gesenkt werden!

War es zwar gelungen, die 43-Stunden-Woche gegen die Gemeinde durchzusetzen, so erhöhte die Gemeinde ohne mit der Wimper zu zucken Jahr um Jahr die Arbeitsbelastung durch schleichenden Personalabbau, drückte unser Lebensniveau durch Reallohnabbau. Anfang Mai dieses Jahres sah sie den Zeitpunkt gekommen, auch in der Frage der Arbeitszeit zuzuschlagen. „Den Personalmangel könnte man am besten durch die Einführung des 5er-Radls und der 48-Stunden-Woche beheben", schlug uns die Magistratsabteilung 17 zynisch vor. Als Köder dafür, diese ärgen Verschlechterungen hinzunehmen, sollten die paar hundert Schiling mehr im Monat dienen.

Die Empörung unter dem Personal erreichte fast den Siedepunkt. Niemand fiel auf die Gemeindevorschläge hinein. Jeder wußte, daß er durch mehr Überstunden in Wahrheit nur verlieren würde. so ergab eine Unterschriftensammlung dann auch, daß mit Ausnahme von zwei Kollegen, die mehr als 400 Bediensteten des Pflegepersonals eine Ausdehnung der Überstundenarbeit ablehnten!

Mit so breitem Widerstand hatte die Gemeinde offensichtlich nicht gerechnet. Durch eine so einheitliche Ablehnung des Gemeindevorschlages ist selbst dem sozialdemokratischen Betriebsrat gründlich „der Rücken gestärkt worden". Er ließ verkünden, daß, sollte die Gemeinde von ihren Plänen nicht ablassen, er gewillt sei, das Personal zu mobilisieren, wenn nötig auch einen „Spitalsstreik" zu organisieren.

Mit dieser klaren Stellungnahme konnte der Angriff der Gemeinde vorerst einmal zurückgeschlagen werden. Allerdings hat es mittlerweile schon Verhandlungen zwischen Gemeinde und Betriebsrat gegeben, deren Ergebnisse nicht bekannt geworden sind. Das allerdings geht nicht an! Ist es jetzt doch ganz besonders wichtig, daß wir die Pläne und Schachzüge der Gemeinde wachsam verfolgen, damit wir, sollte der Betriebsrat bei den Verhandlungen weich werden, rechtzeitig unsere ganze Kraft einsetzen können, um jede Verlängerung des ohnehin schon zu langen Arbeitstages zurückzuschlagen.

ein Steinhofbediensteter

Innsbruck:

Ausweisung des türkischen Arbeiters Isa Kavun verhindert!

„Der Genannte hat mehrmals seine Firma gewechselt (2×), es besteht der begründete Verdacht, daß der Genannte während seines Aufenthaltes im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. Darüber hinaus besteht der begründete Verdacht, daß sich der Genannte im Bundesgebiet politisch betätigt und dadurch die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet."

Das ist der Kern eines Bescheides der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, der am 11.5. zur Verhaftung des türkischen Kollegen Isa Kavun führte. Die Verhaftung wurde als „Schubhaft" begründet und die Behörde plante, Isa Kavun bei Nacht und Nebel über die Grenze abzuschieben. Was ist der Grund dafür?

Isa Kavun war der Behörde bekannt geworden, als Mensch, der sich für die Interessen der Arbeiter einsetzt. Vor zwei Jahren war er mit seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Österreich gekommen, arbeite zuerst eineinhalb Jahre bei der Firma Steinbock, dann bei der Firma Fulliplast in Hall, zuletzt bei den Tiroler Röhren- und Metallwerken, wo er noch im Probemonat auf Wink der Behörde entlassen wurde.

Bei Steinbock setzte er sich gegen die ständige Verschärfung der Arbeitshetze und die damit einhergehende Senkung des Reallohnniveaus zur Wehr, und versuchte gemeinsam mit anderen Kollegen eine Einheit aller Beschäftigten gegen die Steinbock-Kapitalisten herzustellen. Er trat den zahllosen Schikanen und der Hetze der Firmenleitung und ihren Handlangern entgegen. Er ließ sich das Recht nicht nehmen, am 1.Mai unter den Fahnen des Klassenkampfes und der sozialen Revolution auf den Maiveranstaltungen und Maiaufmärschen des KB für seine Interessen einzutreten.

Unmittelbar nach der Verhaftung Isa Kavuns schalteten sich seine Freunde ein und die Behörde mußte den oben genannten Bescheid herausrücken. Als so die beabsichtigte Ausweisung bekannt wurde, mußte die Behörde auf Grund der wachsenden Proteste Isa Kavun vorerst freilassen. Trotzdem wollte der Staat seine Pläne durchsetzen. Die Aufenthaltsgenehmigung Kavuns wurde für ungültig erklärt und dem Kollegen ein „Abreiseauftrag" ausgestellt, der die freiwillige Ausreise aus Österreich bis zum 27. 3., 24 Uhr, verlangte. Als in der Folge bekannt wurde, daß diese erste politische Ausweisung auf Grund des Ausländerbeschäftigungsgesetzes von langer Hand vorbereitet und Auftakt einer Reihe von Ausweisungen fortschrittlicher ausländischer Kollegen sein sollte, als bekannt wurde, daß bereits weitere acht türkische Kollegen auf der Abschußliste seien, begann eine Unterschriftensammlung für die Erfüllung der Forderungen:

Rücknahme des Ausreiseauftrages! Keine Ausweisung von Isa Kavun! Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für Isa Kavun!

Diese Unterschriftensammlung – verbunden mit einer Spendenaktion für die Anwaltskosten Kavuns – begann vorerst in den Betrieben, in denen Isa Kavun gearbeitet hatte. Trotz Einschüchterungsversuchen der TRM-und der Steinbock-Kapitalisten unterstützten viele Kollegen in den Betrieben die Aktion und wächst die Empörung über das Vorgehen der Behörde. Daran kann nicht einmal der von der Firmenleitung initiierte Polizeieinsatz vor dem TRM-Werk etwas ändern. Die Aktion weitet sich über die Betriebe hinaus auf die Stadt und auf die Universitäten aus. Ein großer Teil der Studenten unterstützt die Unterschriften- und Geldsammlung, eine Hörerversammlung beschließt eine Resolution an die Bezirkshauptmannschaft; Studentenvertreter der Architektur, Germanistik und Romanistik fordern vom Hauptausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft die Unterstützung des Kampfes. Auch in der Stadt stößt der Kampf auf Sympathie und viele Menschen beteiligen sich aktiv an ihm, indem sie so wie etwa der Betriebsrat von Elin/Innsbruck Unterschriftenlisten mitnehmen und an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Wohnhaus, unter ihren Freunden und Bekannten Unterschriften und Spenden sammeln.

Vom 23. bis zum 25.35. fanden in Innsbruck Besprechungen verschiedener Organisationen mit dem Ziel durch organisierte öffentliche Aktionen die aufgestellten Forderungen durchsetzen, statt. In Abwesenheit von Vertretern der revisionistischen KPÖ, deren Landessekretär Kavun ausrichten ließ, er müsse, um ein öffentliches Auftreten der KPÖ zu erreichen, selbst einmal bei ihm vorbeikommen, wurde der Text der Unterschriftenliste als gemeinsame Resolution an Bezirkshauptmannschaft und Innenministerium beschlossen und zu einer gemeinsamen Kundgebung und Demonstration am 26.5. aufgerufen.

An dieser Kundgebung und Demonstration in der Innsbrucker Innenstadt nahmen trotz strömenden Regens 100 Menschen teil.

Aufenthaltsgenehmigung für Isa Kavun! Rücknahme des Abreiseauftrages! Sofortige Auszahlung der Arbeitslosen! Weg mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz! Gleiche Rechte für Ausländer und Inländer!

waren die Parolen, die das Bild des kämpferischen Demonstrationszuges prägten. Die Ziele der Demonstration stießen überall auf breite Sympathie und Zustimmung. Bis zur Schlußkundgebung hatte die Bewegung insgesamt 850 Unterschriften, davon ca. 200 von türkischen Kollegen und 2.500,- gesammelt. Die erfolgreiche Demonstration hatte die Bewegung weiter verbreitet. So stellte etwa „Amnesty International" einen Anwalt für das Berufungsverfahren zur Verfügung und wurden Funktionäre der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft Textil-, Bekleidung, Leder zur Rede gestellt und so weit unter Druck gesetzt, daß sie die Unterschriftensammlung unterstützten und sich bei der Bezirkshauptmannschaft einschalteten.

Am 27.5. schließlich mußte die Bezirkshauptmannschaft aufgrund der breiten Bewegung kapitulieren. Sie zog den Abreiseauftrag zurück und stellte Isa Kavun eine Aufenthaltsgenehmigung aus. Diese gilt allerdings nur bis zum 26.September, dem Termin an dem Isa Kavuns Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt. Spätestens dann hat die Behörde wieder die Möglichkeit, das reaktionäre Ausländerbeschäftigungsgesetz gegen Kavun einzusetzen.

Die Bewegung gegen die Abschiebungsversuche der Behörde haben klar in den Mittelpunkt gestellt und vielen Menschen gezeigt, daß die reaktionäre Ausländergesetzgebung ein Mittel des bürgerlichen Staates zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse ist, daß dem einheitlichen Zusammenschluß der in- und ausländischen Arbeiter im Wege steht. Gleichzeitig hat die Bewegung aber auch gezeigt, daß es möglich ist, die Anwendung dieser Gesetze zu verhindern. Und sie hat den Weg gezeigt, wie diese Gesetze insgesamt zu Fall gebracht werden können: Durch den einheitlichen Kampf der Arbeiter und Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat.

(Nach Berichten aus Innsbruck)

Vergangene Woche beschlossen die Bundesregierung und der Hauptausschuß des Nationalrates (SPÖ ÖVP und FPÖ) drei Verordnungen zur Durchführung des Volksgruppengesetzes. Diese beinhalten die Regelung der Zweisprachigkeit der Ortstafeln und die Zulassung des Slowenischen bei den Ämtern und Behörden in kleinen Teilen des zweisprachigen Gebietes.

Die Regierung, die sich auf die Dreiparteieneinigung stützt, ist mit diesen Verordnungen hinter ihrem Zeitplan um fast ein halbes Jahr im Verzug. Dies ist in erster Linie Folge der Niederlage der herrschenden Klasse bei der Minderheitenfeststellung, die für ihre Regierung nicht nur keine Ergebnisse brachte, sondern es auch unmöglich macht, gestützt auf Zahlen, den Schein einer demokratischen Legitimation für die Minderheitenpolitik aufrecht zu erhalten.

Nachdem am Beginn des Jahres die Versuche der Regierung scheiterten, die Vertreter der Minderheiten in die Volksgruppenbeiräte zu bringen, mußten die drei Parteien diese Verordnungen ohne diesen demokratischen Schleier aushandeln.

Freilich hat die Regierung den Versuch noch nicht aufgegeben, die Minderheitenorganisationen zu zwingen, Vertreter in die Beiräte zu schicken und vor allem die Kärntner Slowenen zur Aufgabe ihrer konsequenten Haltung zu bewegen.

Ab 1. Juli: Amtssprachenregelung

Den Kampf geg

Diesem politischen Zweck dienen auch die großangelegten Prozesse, die im letzten Monat mit Vorerhebungen und ersten Verfahrensfragen begonnen haben. Diese Prozesse, die sich gegen prominente Vertreter der Kärntner Slowenen und slowenische Aktivisten richten, zielen auf die Einschüchterung, Spaltung und Verleumdung der Kärntner Slowenen ab und sind ein Mittel der Regierungspolitik zur Durchsetzung ihrer reaktionären Minderheitengesetze und Verordnungen. Auch die Prozeßwelle stieß bereits auf beträchtliche Gegenwehr. Die Rechnung der Regierung ging bisher nicht auf.

Auf der anderen Seite ist die Regierung gezwungen, irgendwelche praktische Schritte zu setzen. Im Inneren steht die österreichische Sozialdemokratie unter beträchtlichem Druck; sie muß der herrschenden Klasse zeigen, daß sie tatsächlich fähig ist, das Problem der Minderheiten im Sinne des Chauvinismus so zu lösen, daß die Unterdrückung der Kärntner Slowenen und Burgenländischen Kroaten aufrechterhalten bleibt, daß er nicht als ständiger Unruheherd in Erscheinung tritt und damit den Klassenkampf im Inneren zuspitzt und im internationalen

Wien: Initiativgruppe für die Rechte der Minderheiten

Nach dem Aktionstag gegen die Prozesse am 23.Mai hat sich in Wien eine Initiativgruppe gebildet, die sich zum Ziel setzt, aktiv für die Rechte der in Österreich lebenden Minderheiten einzutreten. Diese Gruppe wird in der Stadt, in Schulen und Hochschulen in Jugend- und Gewerkschaftsgruppen arbeiten. Die erste Nummer eines regelmäßig erscheinenden Informationsblattes berichtet über die Prozesse gegen slowenische und deutschsprachige Aktivisten sowie über die Kampfschritte, die gegen diese Verfahren unternommen wurden.

Im „Info" wird auch erklärt, daß sich die Initiativgruppe keineswegs gegen das bestehende Wiener Solidaritätskomitee richtet, sondern daß sie anstrebt, in dieses aufgenommen zu werden, wenn im Gegensatz zu bisher in diesem aktive, regelmäßige Arbeit jeder interessierten Person, die für die Minderheitenrechte eintritt, möglich sein wird.

In der Initiativgruppe kann jedermann mitarbeiten, der für die Rechte der Minderheiten eintritt. Die Ausrichtung der Arbeit bestimmen die regelmäßig und aktiv tätigen Mitglieder. Die Arbeit wird aus Mitgliedsbeiträgen und aus Spenden finanziert.

Kontaktadresse: Bernhard Perchinig, Hildebrandgasse 24/14, 1180 Wien. Telefon: 43 20 863.

Regierung hat kein Glück mit den Beiräten

Gerade jene Einrichtung des Volksgruppengesetzes, die von der Regierung in den höchsten Tönen gelobt wurde, will auf keinen Fall funktionieren - nämlich die Volksgruppenbeiräte (VGB). Diese VGB sollten der Regierungspolitik ein demokratisches Mäntelchen umhängen, die Zustimmung der Minderheiten zum Volksgruppengesetz vortäuschen. Außerdem haben die Vertreter der Volksgruppen in den Beiräten absolut nichts zu reden; sie sind sogar verpflichtet, positiv an der Verwirklichung der Minderheitengesetze mitzuwirken. Somit richteten sich diese Beiräte insbesondere gegen die Slowenenorganisationen, die daher die Mitarbeit immer ablehnten.

Die Regierung bemühte sich, auch für die anderen Minderheiten in Österreich solche Beiräte einzurichten, vor allem um die Slowenen zu isolieren, wenn sie nicht in den Beirat gehen, sie sozusagen als die „Sturen und Unruhestifter" hinzustellen, die als einzige das österreichische Schlaraffenland der Volksgruppen ablehnen. Am 1. Februar ist schon die Verordnung in Kraft getreten, die u.a. die Zahl der Mitglieder für die jeweiligen Beiräte bestimmt. Doch so sehr sich die Regierung bisher auch abgestrampelt hat, es existiert bis heute kein einziger Beirat.

Vor allem ist wichtig, daß die *Kroaten* die Teilnahme am Beirat ablehnen. Sie lehnen die Teilnahme am Beirat als indiskutabel ab, solange die Regierung auch die „Assimilanten" um Robak drinnen haben will. Das sind jene selbsternannten Kroaten„vertreter", die gegen die Rechte sind, die für die Germanisierung und für die Unterdrückung der Eigenart der Kroaten sind. Herr Robak hatte die Kroaten aufgerufen, bei der Minderheitenfeststellung Deutsch anzugeben, um „die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln zu verhindern". Da die Regierung auch auf diesem Standpunkt steht, will sie die „Assimilanten" drinnen haben.

Bei den *Ungarn* finden die Parteien keine Ungarn in den eigenen Reihen, also gibt es auch nichts.

Auch bei den *Tschechen* und *Slowaken* kam bisher nichts zustande, weil die Regierung auch die KP-nahe „Vereinigung der Tschechen und Slowaken in Österreich" drinnen haben will, dies aber von dem SP-nahen „Minderheitsrat der tschechischen und slowakischen Volksgruppen" abgelehnt wird. Die KP-nahe „Vereinigung" wäre nicht abgeneigt, in den Beirat zu gehen. Dies ist erstaunlich, da sie sich dem Boykott der Zählung angeschlossen hat, unter anderem auch aus Solidarität mit den Slowenen. Wenn sie im Beirat sitzen, haben sie nichts gewonnen, außer daß sie mit ein wenig „Förderungs"geld belohnt werden. Umso übler ist es, wenn einige Revisionisten von der KPÖ die Haltung der „Vereinigung" zu den Beiräten damit „rechtfertigen", daß die Regierung die „Vereinigung" damit als Minderheitenorganisation „anerkennt" (bisher hat die Regierung nur den SP-nahen „Minderheitsrat" anerkannt).

Solche „Anerkennungen" haben nur den Zweck, die Slowenen zu isolieren und schwächen damit die gesamte Bewegung für die Rechte der Minderheiten.

vs

und Ortstafelaufstellung in Kraft

en die Verordnungen zum Volksgruppengesetz führen

Maßstab die österreichische Bourgeoisie in Schwierigkeiten bringt, abgesehen vom ständigen Konflikt mit Jugoslawien darüber.

Dazu kommt noch, daß die Supermächte gerade in letzter Zeit der Entwicklung der Slowenenfrage in Österreich größere Aufmerksamkeit schenken und sie diese jederzeit dazu benutzen können, um die österreichische Bourgeoisie und den Staat unter Druck zu setzen. Die US-Imperialisten haben erst jüngst durch Vizepräsident Mondale „Erkundigungen" über die „Fortschritte" der Regierung in dieser Frage eingezogen. Die österreichischen Revisionisten bereiten offensichtlich der Einmischung des Sozialimperialismus als „Garantiemacht" des österreichischen Staatsvertrages propagandistisch den Boden, während Kreisky sich bei seinen Menschenrechtskampagnen von der tschechischen „Rude Pravo" sagen lassen muß, daß er ja mit der slowenischen Minderheit auch nicht fertig wird und sich daher nicht so über die Unterdrückung in der CSSR ereifern soll.

Die Verordnungen festigen die Diskriminierung der Minderheiten

Die verordnete Amtssprachenregelung sieht folgendermaßen aus:

In nur weniger als der Hälfte der Gemeinden des zweisprachigen Gebietes wird der Gebrauch des Slowenischen bei den Behörden zugelassen. Das Slowenische ist dort nur Hilfssprache, die örtlichen Behörden sind nicht verpflichtet, zweisprachige Beamte einzustellen, sie werden sich meist auf die Heranziehung eines Dolmetschers – mit allen Möglichkeiten der Schikane – beschränken. Aber der Gebrauch des Slowenischen im Kontakt mit den Behörden ist in diesen Gemeinden nicht garantiert, denn schon das Volksgruppengesetz sieht verschiedene Vorwände vor, die es den Behörden gestatten, den Gebrauch des Deutschen bei bestimmten Amtshandlungen verbindlich vorzuschreiben.

Somit schließt die „Amtssprachenregelung" fürs erste die Mehrheit der Slowenen Kärntens überhaupt vom Gebrauch ihrer Muttersprache im Kontakt mit Ämtern und Behörden aus. Für alle Kärntner Slowenen aber gilt, daß die Weigerung von Menschen slowenischer Herkunft, im Kontakt mit Behörden nicht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache zu verzichten, materiellen Schaden und unter Umständen sogar einen Straftatbestand darstellt.

So wie die Amtssprachenregelung nichts ist als die Fortsetzung der herrschenden Diskriminierung so auch die Ortstafelregelung:

In einer geringen Zahl von Gebietsteilen – nicht einmal ganzen Gemeinden – sollen zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden. Bei der Ortstafelregelung ist die Regierung voll und ganz der chauvinistischen Theorie gefolgt, daß „Ortstafeln etwas über die Zusammensetzung der den Ort bewohnenden Bevölkerung" aussagen sollen und nicht den Namen des betreffenden Ortes in den gängigen Sprachen beinhalten sollen. Dazu kommt noch, daß die Regierung bei allen Verordnungen, aber insbesondere bei dieser, das Vorhandensein einer „verhältnismäßigen Zahl von Slowenen" zur Voraussetzung der Aufstellung der Ortstafeln gemacht hat.

Der wirkliche Hauptgesichtspunkt bei der Bestimmung der Ortstafelgemeinden war aber, auf keinen Fall den Eindruck zuzulassen, daß es – was die Wirklichkeit ist – ein relativ geschlossenes, zweisprachiges Gebiet gibt, sondern die „Streulage der slowenischen Besiedlung" zu unterstreichen und geschlossene Lebensgebiete der slowenischen Minderheit nur im äußersten Süden Kärntens anzuerkennen, um so der Minderheit praktisch ihre „Bedeutungslosigkeit" und „Geringfügigkeit" vor Augen zu führen.

Dieser Chauvinismus, die Verachtung des Slowenischen durch die herrschende Klasse in Österreich kommt in der dritten Verordnung besonders deutlich zum Ausdruck. Hier legt sie die slowenischen Namen für die zweisprachigen Ortstafeln fest.

Im Gesetz heißt es dazu, daß dabei „auf örtliche Übung und auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung Bedacht zu nehmen" ist. Man war bei dieser Bedachtnahme sehr gewissenhaft: wo es nur möglich war, wurde der slowenische Name irgendwie verfälscht: zum Beispiel wird für „-dorf" konsequent der slowenische Dialektausdruck „ves" verwendet an Stelle des schriftslowenischen „vas". Nach dieser Logik müßte man auch konsequent „Schdurf" schreiben und Klagenfurt müßte „Klognfurt" heißen. Dabei folgt sie der langjährigen chauvinistischen Übung, die slowenische Kultur und Sprache herabzusetzen, und in einige Dialekte aufzusplittern, das Deutsche zur kultivierten Sprache in diesem Gebiet zu erklären.

„Für die Einstellung der politischen Prozesse!" – Unter dieser Forderung fand am 24.5. ein Streik der Schüler und Lehrer am slowenischen Gymnasium in Klagenfurt statt.

Die Durchführung des Volksgruppengesetzes führt zu einer Welle der chauvinistischen und deutschnationalen Hetze

Dies geschieht gerade jetzt durch das breite Auftreten des Kärntner Heimatdienstes, der eine Kampagne gegen die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln und gegen die Anerkennung des Slowenischen bei den Behörden führt. In zwei Orten führt er eine Unterschriftenaktion gegen die Aufstellung der Ortstafeln bzw. gegen die Einführung der Amtssprachenregelung durch.

Der Kärntner Heimatdienst (KHD) überschüttet ganz Kärnten mit antislowenischen, antikommunistischen Hetzschriften. Er tut dies mit Billigung und Unterstützung der Behörden. Diese ständige Hetze des Kärntner Heimatdienstes ist für die Durchsetzung der Minderheitenpolitik von großer Bedeutung. Der KHD ist an viel weniger Rücksichten gebunden als die großen bürgerlichen Parteien. Er kann den Chauvinismus viel unverfrorener vertreten. Und ohne die tagtägliche Berieselung Südkärntens, ohne die Organisierung der am meisten chauvinistischen Elemente der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie im KHD könnte die herrschende Klasse ihre Minderheitenpolitik gar nicht ideologisch und politisch absichern.

Zugleich ist der Regierung, der Sozialdemokratie und der ÖVP die Hetze des KHD willkommen, weil sie diese als einen Gegenpol zum berechtigten Kampf der Kärntner Slowenen aufbauen und damit ihre Variante des Chauvinismus und der Diskriminierung als den Weg der „politischen Realität" nach innen und nach außen anpreisen können.

Vor allem aber muß man die ideologische Verwandtschaft zwischen der KHD-Hetze und der sozialdemokratischen Regierungspolitik und der Politik der anderen bürgerlichen Parteien sehen.

Sie propagieren die Überlegenheit des Deutschen und der österreichischen Kultur gegenüber der der Slowenen und Kroaten. Sie betreiben aktiv die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Propagierung der Unterscheidung von „Österreich-Treuen" und von außen gelenkten „Nationalslowenen", berufsmäßigen Unruhestiftern. Damit betreiben sie die Fesselung der Arbeiter und Volksmassen durch den Chauvinismus an die Bourgeoisie und den Imperialismus.

Politisch drückt sich dieser ideologische Gleichklang in der gemeinsamen Befürwortung der Minderheitenfeststellung durch alle diese politischen Kräfte seit mehr als 20 Jahren, in der Ablehnung des Territorialprinzips als Grundlage für die Lösung der Minderheitenfrage, in der Anwendung des Prinzips der verhältnismäßigen Zahl für die Regelung der Zweisprachigkeit und in der Weigerung, eine slowenische Hochsprache in Kärnten als existent anzuerkennen. Gegensätze zwischen Regierungspartei, den anderen großen Parteien und dem Kärntner Heimatdienst, resultieren vor allem aus der relativen Ungebundenheit des KHD und den Bemühungen der Parteien, diesen auf die Linie der Rücksichtnahme auf internationale Schwierigkeiten zu vergattern.

Die Bewegung muß sich von allen Illusionen freimachen und vorwärtsgehen

Die KPÖ-Revisionisten, die politischen Vertreter der Bourgeoisie in der Bewegung gegen die Diskriminierung der slowenischen und kroatischen Minderheiten, greifen diese Sache anders auf. Getreu ihrer Linie, von der Regierung und dem System der bürgerlichen Demokratie abzulenken, die Aussöhnung der Bewegung mit der Minderheitenpolitik der Regierung zu erwirken, verkündet die Volksstimme am 3.6.:

„Wird die Regierung nun regieren oder wieder zurückweichen, ihre Rumpfverordnung als nicht exekutierbar erklären und sagen, daß 'die politische Realität' (Kreisky) die Erfüllung des Staatsvertrages nicht zuläßt?"

Die Minderheitenbewegung kämpft für die „Regierungsfähigkeit" der SP-Regierung – dieser Wunschtraum der Revisionisten und Reformisten darf und wird nicht aufgehen! Dies hieße nichts anderes, als die Bewegung gegen die Diskriminierung der Minderheiten, gegen die reaktionären Minderheitengesetze und Verordnungen in eine Bewegung für deren Durchsetzung zu verwandeln. Unterstützung für die reaktionären Gesetze und Verordnungen bleibt Unterstützung – ganz gleich unter welchen Phrasen sie sich versteckt. Diese Politik der Revisionisten ist die konsequente Fortsetzung ihrer Politik anläßlich der Minderheitenfeststellung, die hauptsächlich im vergeblichen Versuch bestand, die Aktivität und Selbständigkeit bei der Durchführung des Boykotts zu bekämpfen. Die KPÖ-Revisionisten haben an einer selbständigen, auf den Klassenkampf ausgerichteten Minderheitenbewegung kein Interesse. Was sie wollen ist eine Bewegung, die in Verfassungsillusionen schwelgt, auf internationale Verträge und den „Geist" der Schlußakte von Helsinki vertraut und sich auf der Grundlage dieser bürgerlichen Illusionen auch noch als Manövriermasse der internationalen Politik der KPÖ anbietet.

Die nächsten Wochen und Monate werden die Auseinandersetzung zwischen der reaktionären Minderheitenpolitik der Regierung und der Parlamentsparteien und den Kräften, die diese Politik bekämpfen, weiter zuspitzen. Die Regierung und mit ihr die ganze herrschende Klasse wollen in dieser Zeit einen entscheidenden Schritt weiterkommen bei der Durchsetzung ihrer „Minderheitenproblemlösung". Insbesondere am 1. Juli, an dem die Verordnungen in Kraft treten, wird die Regierung ein propagandistisches Trommelfeuer auf die Massen niedergehen lassen. Der Chauvinismus wird ebenfalls einen Höhepunkt seiner Hetze zu feiern versuchen.

Vor allem aber wird der Widerstand gegen die Regierungspolitik und der Kampf gegen den Chauvinismus wieder aktiv werden. Die Kärntner Slowenen lehnen diese Verordnungen und ihre Durchführung scharf ab; sie werden sicher nicht zusehen, wie die Regierung eine diskriminierende Amtssprachen- und Ortstafelregelung in Kraft setzt, die mehr als die Hälfte der Minderheit ihrer Rechte beraubt.

In ganz Österreich wird es nötig sein, den politischen Protest gegen diese Maßnahmen zu dokumentieren, der chauvinistischen Hetze entgegenzutreten, um so Kräfte für den weiteren Kampf zu sammeln. Die Komitees und andere Zusammenschlüsse von Menschen gegen die Minderheitendiskriminierung werden unbedingt auftreten müssen, um die Breite und Heftigkeit der Bewegung unter Beweis zu stellen. Überhaupt werden alle politischen Kräfte, die die Bedeutung der Frage erkannt haben, den ganzen Sommer und Herbst hindurch große Aufgaben im Kampf gegen die Durchführung der Verordnungen und gegen die Prozesse haben.

Die Bewegung wird in dem Maße dabei ihren Aufgaben gerecht werden, in dem sie noch klarer und konsequenter ihre Ziele erkennt, Klarheit über den Gegner erwirbt und sich auf einen heftigen und langandauernden Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in dieser Frage einstellt. Sie wird den Manövern und Maßnahmen der herrschenden Klasse nur begegnen können, wenn sie die auf eine Versöhnung oder auf einen Ausgleich mit der Regierung und Staat hinauslaufenden Illusionen überwindet. Sie wird den Manövern und vor allem den Maßnahmen der Regierung dann dahaft und mit Aussicht auf Erfolg begegnen können, wenn sie diesen klare Forderungen nach politischer Gleichberechtigung der in Österreich lebenden Slowenen, Kroaten und Ungarn entgegenhält:

Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.

Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.

Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.

Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.

Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten.

Ge.Fi.

Urteil gegen Manfred Hubmann in 2. Instanz bestätigt
Solidarität mit den Verurteilten des Iberia-Prozesses!

M. Hubmann wurde anläßlich der beiden Protestaktionen gegen die brutale Ermordung von 5 Revolutionären durch das faschistische Franco-Regime am 2. Oktober 1975 zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten, bedingt auf 3 Jahre, verurteilt. M. Hubmann hat dagegen Berufung eingelegt. Nun hat er sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt:

Das Berufungsgericht hat das Urteil gegen mich aus der ersten Instanz wegen „versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung" bestätigt.

Am 2. Oktober wurde ich im Verlauf einer Demonstration gegen das faschistische Franco-Regime vor dem Büro der staatlichen spanischen Fluggesellschaft, Iberia, festgenommen. Die Polizei beschuldigte mich, Widerstand geleistet und zwei ihrer Leute verletzt zu haben. Ein Polizist hätte durch einen Schlag oder durch einen Wurf mit einem 20 × 20 cm großen Betonstück eine kleine Beule am Hinterkopf erlitten. Obwohl der Schlag so stark war, daß der Polizist zu Boden ging, war er sofort wieder dienstfähig. Der zweite verletzte Polizist ließ seine Verletzung vom rechten Unterschenkel über das Knie bis zum linken Oberschenkel wandern. Auch erlitt er einmal einen Knochenriß, einen Sprung in der Kniescheibe, dann einen Verdacht auf eine Verletzung. Der Untersuchungsbericht vom Wilhelminenspital konnte keinerlei Verletzung feststellen. Der Polizist „.... glaubte, verletzt gewesen zu sein." Grund genug für ihn, 2½ Monate in den Krankenstand zu gehen.

Im Laufe des Prozesses gab eine Reihe von Augenzeugen an, daß ich keinen Polizisten angegriffen und verletzt habe, sondern einem Mädchen, das von Polizisten niedergeknüppelt worden war, aufhalf. Die ausgiebigen Verletzungen dieses Mädchens waren dem Gericht bekannt.

Meine Verhaftung wurde von einem ORF-Team gefilmt und noch am 2. Oktober in 'Zeit im Bild 2' gesendet. Hier war deutlich zu sehen, daß nicht ich die Polizisten mißhandelte, sondern sie mich. Dieser Film konnte allerdings nicht als Beweismittel in den Prozeß eingebracht werden, da er auf unerklärliche Weise, nach einer Visite durch die Staatspolizei, beim ORF verschwand und trotz aller Bemühungen durch das Gericht nicht mehr herbeigeschafft werden konnte.

Für die Richter war die Lage klar. „Ohne die Polizeibeamten glorifizieren zu wollen, kann wirklich nur den Polizeibeamten geglaubt werden."

Dieser Glaube rechtfertigt eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten, bedingt auf 3 Jahre.

Mit diesem Urteil wurde ich, stellvertretend für alle Demonstranten, zum Kriminellen. Staatsanwälte und Richter waren einer Meinung darüber, daß „....... Leute, die solche Übergriffe machen (gemeint sind die Steinwürfe auf das Iberia-Lokal), alle Glaubwürdigkeit verloren haben, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Sie sind ausschließlich Kriminelle." Es ging also gar nicht mehr um mein Verhalten während der Demonstration, sondern um meine Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration. Meine Aburteilung ist stellvertretend für die Verurteilung der gesamten Demonstration.

Über die Haftstrafe hinaus belastete mich dieser Prozeß durch hohe Anwaltskosten. Insgesamt wurden von mir 49.000 Schilling verlangt. Um die Folgen dieses Verfahrens aufzuheben, rufe ich zu einer Spendensammlung auf und bitte alle Organisationen und Menschen, diesen Aufruf zu veröffentlichen und zu verbreiten und die Spendensammlung zu unterstützen. Sollte die Spendensammlung den von mir ausgegebenen Betrag übersteigen, schlage ich vor, ihn für die Unterstützung der ebenfalls gerichtlich verfolgten Antifaschisten, T.Matzer und O.Schell zu verwenden.

Manfred Hubmann e.h.

Spendenkonto: Villacher Sparkasse 0001-324375. Zahlungszweck: Spenden gegen die Verurteilung von Manfred Hubmann.

M.Hubmann verdient unsere Unterstützung und Solidarität. Er wurde verurteilt stellvertretend für die Solidarität mit dem spanischen Volk gegen Faschismus und für politische und soziale Befreiung in Spanien. Der Kommunistische Bund Österreichs wird den Versuch der Bourgeoisie, M.Hubmann finanziell zu vernichten, vereiteln. Das werden wir so machen, daß wir uns an die Arbeiterklasse und die Volksmassen wenden und sie zu Spenden für M.Hubmann aufrufen. Der Bourgeoisie wird es nicht einmal gelingen, einen finanziellen Erfolg gegen die Spaniensolidaritätsbewegung zu landen. Einen politischen Erfolg konnte sie ohnehin nie verzeichnen.

G.Sch.

700 Studenten demonstrieren gegen die Gemeinde Wien

Vor einigen Wochen kündigte die Gemeinde Wien im Anschluß an einen erfolgreich durchgeführten Boykott der letzten Heimpreiserhöhung sämtlichen 700 Bewohnern des Internationalen Studentenheimes in Wien.

90 dieser Heimbewohner wurde sofort mitgeteilt, daß ihre Wiederaufnahme im Herbst nicht in Frage käme. Diese 90 Bewohner waren der direkte Kern der Bewegung gegen die Heimpreiserhöhung und der Bewegung für die Heimselbstverwaltung, die sich die Studenten seit zwei Jahren erkämpft hatten. Nun soll mit dem Rausschmiß der 90 Kollegen auch die Heimselbstverwaltung beseitigt werden. Diese Absichten machte die Gemeinde klar, als sie von den restlichen Bewohnern im Herbst verlangte, daß sie eine Erklärung unterschreiben, mit der sie von vorneherein mit jeder kommenden Heimpreiserhöhung einverstanden erklären und auf die Weiterführung der Selbstverwaltung verzichten.

Nach einer Demonstration der 700 Studenten am 7. Juni findet nun ein Hungerstreik von Vertretern der Heimbewohner statt.

Linz: Burschenschaftentreffen gestört

Zum Abschluß des aus dem gesamten deutschsprachigen Raum zusammengetrommelten Burschen- und Altherrentreffens in Linz veranstalteten die Großdeutschlandchauvinisten einen Fackelzug.

Das Spektakel der offenen Reaktionäre konnte jedoch nicht ungestört ablaufen. 50 Antifaschisten traten in spontanen Kundgebungen mit Sprechchören und einem Transparent gegen die chauvinistische Kriegshetze auf.

Als ein Säbelrassler mit gezücktem Degen die Antifaschisten provozierte, schritt die Polizei ein und prügelte zum Schutz der reaktionären Brut auf die Passanten ein. Die Sprechchöre und Kundgebungen konnte sie jedoch damit nicht verhindern.

P.K., Ortsgruppe Linz

Demonstration gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten in Salzburg



Unter den Losungen: GEGEN DIE FASCHISTISCHE PROPAGANDA UND IHREN SCHUTZ DURCH POLIZEI UND JUSTIZ! EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN DIE ANTIFASCHISTEN! fand am 26.5. in Salzburg eine Demonstration statt, an der sich ca. 750 Menschen beteiligten (die größte seit 1972 gegen den Nixon-Besuch). Ausgelöst durch den brutalen Polizeieinsatz gegen Antifaschisten, die entschlossen gegen einen Neonazistand aufgetreten waren, war es schon vorher zu einer unangemeldeten Demonstration von 250 Menschen gekommen (wir berichteten im Klassenkampf 11/77). Ihre Forderungen „Für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten" und „Verbot von ANR und NDP" fanden sofortige und breite Unterstützung in der Bevölkerung. Unter dem Druck der Empörung mußte der NDP-Stand, wo unter dem Deckmantel einer „humanitären Unterschriftensammlung" für den Hitlerstellvertreter Heß unverhüllt Verherrlichung des Nationalsozialismus betrieben wurde, von der Polizei geräumt. Durch die Aktionseinheit der Massen auf richtiger Grundlage wurde auch die Führung der KPÖ und die ÖH gezwungen, die Demonstration unter den obigen Losungen zu unterstützen; die sozialdemokratischen Jugendorganisationen wurden zwar im letzten Augenblick vom Landesparteivorstand zurückgepfiffen, namen aber dennoch zahlreich an den Aktionen teil.

Angesichts der Breite und der Entschlossenheit der Bewegung wird es dem Staatsanwalt schwerfallen, Anklagen gegen ca. 10 Antifaschisten zurechtzuzimmern. Daß es dem bürgerlichen Staat um die gezielte Kriminalisierung der entschlossensten Antifaschisten geht, zeigt sich unter anderem auch daran, daß unter den ursprünglich 5 Inhaftierten vier Genossen der Ortsgruppe Salzburg bzw. des Marxistischen Studentenbundes waren, aber die Einstellung aller Verfahren kann durchgesetzt werden, wenn die Bewegung weiterhin an richtigen Forderungen und der Linie des entschlossenen Kampfes festhält.

„Polizist, auf welcher Seite stehst Du?"

So lautete der Titel eines Flugblattes, das wir nach den Auseinandersetzungen beim faschistischen Propagandastand in Salzburg herausgaben. Darin heißt es nach einer Zusammenfassung der Ereignisse: „Ihr habt den Einsatzbefehl erhalten, diese faschistische Kundgebung zu schützen" und „wenn die Mehrheit der am Alten Markt Anwesenden sich eindeutig gegen die faschistische Provokation ausspricht und die Kommunisten dabei in der vordersten Linie stehen, so ist es nicht verwunderlich, daß es zu scharfen Auseinandersetzungen kommt." Es wird der brutale und volksfeindliche Charakter des Faschismus dargestellt und aufgezeigt, daß „der einfache Polizist – im Gegensatz zu Biringer, König, Kitzmantel und Co. (= Polizeispitzen von Salzburg) in Wirklichkeit dieselben Interessen wie die Masse der werktätigen Bevölkerung" hat.

Dieses Flugblatt stieß bei den einfachen Polizisten auf reges Interesse. Auf diesen Anstoß hin überlegten sich viele zum erstenmal in wessen Dienst sie stehen und wessen „Ruhe und Ordnung" sie aufrechterhalten, was man deutlich in den Gesprächen merkte. Wie groß das Interesse war, sah man an den Reaktionen der angesprochenen Polizisten: „Ja, gib mir auch eins, von dem hab' ich schon gehört, das interessiert mich". Einer sagte, daß er „bei sowas (Verhaftung von Antifaschisten) sowieso nicht mitmachen" würde und daß es „schon damals bei der Räumung des besetzten Petersbrunnhof (Offenes Haus in Selbstverwaltung) auf der Wachstube Diskussionen über die Richtigkeit des Polizeieinsatzes gegeben" habe. In einer Wachstube war das Flugblatt sogar am Schwarzen Brett angeschlagen.

ohz./Salzburg (MSB)

Polizist: „Ich bin gegen Zwentendorf, muß es aber beschützen"

Nach der Kundgebung gegen die Wehrgesetznovelle am Grazer Hauptplatz gab es eine relativ lange Diskussion mit einem Polizisten, der den Auftrag hatte, während der Kundgebung „aufzupassen". Eine Genossin fragte ihn, was er denn tun würde, wenn er – der selber gegen Atomkraftwerke ist – den Befehl erhalten würde, gegen die Demonstranten in Zwentendorf mit Gewalt vorzugehen. Der Polizist gab zu, daß er sich in einer argen Zwickmühle befindet. Einerseits halte er den Widerstand gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf für gerecht, andererseits müsse er aber nach den Befehlen seiner Vorgesetzten handeln, will er nicht seinen Posten und somit seine Existenzgrundlage verlieren. Überzeugen konnten wir ihn zwar nicht, daß es für ihn und für die werktätigen Menschen notwendig ist, wenn er sich auf die Seite des Volkes stellt und mit ihm zusammen gegen den gemeinsamen Feind kämpft; aber es tat sich eine große Kluft auf zwischen diesem einfachen Polizisten und seinen Vorgesetzten, die nur im Interesse der Kapitalistenklasse befehlen. Außerdem stand während der ganzen Diskussion ein Mann der Staatspolizei ca. zwei Meter hinter dem Polizisten und machte sich, immer wenn dieser seine Meinung äußerte auf die Fragen der Genossen und anderer Leute antwortete, eifrig Notizen. Nach dieser Diskussion fischte sich der „unauffällige" Staatspolizist den Polizisten zur Seite und stauchte ihn nach allen Regeln der Kunst zusammen. Ob er denn nicht wisse, daß man im Dienst nicht „plaudern" dürfe und daß man eben laut Dienstrecht überhaupt kein Recht habe, seine Meinung frei zu äußern!

R.W./Ortsgruppe Graz

Gegen das Komplott der Belgrader Konferenz!

Fortsetzung von Seite 2

tiger als 1975 - Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten zu erwarten. Ob an der „Menschenrechtsfront" oder vielleicht auch an Nebenfronten wie der Berlinfrage, die der Sozialimperialismus gegebenenfalls zur Entlastung ins Spiel bringen könnte, wird um die Isolierung und Infiltration des Gegners gerungen werden. Man wird sich gegenseitig die bereits bekannten spektakulären „Vorschläge" an den Kopf werfen, die ohnedies in der Hauptsache nur demagogische Bedeutung haben, um den anderen als „Friedensadvokaten" ausstechen zu können. Dadurch soll auch im Hinblick auf die SALT- und MURFAAMCE-Verhandlungen entsprechende Arbeit geleistet werden. Die USA werden größtes Augenmerk auf die Sammlung und Ausrichtung des Westens hinter ihnen legen. Der Sozialimperialismus wird umgekehrt alles tun, um sich die Trumpfkarte der westlichen Beschwichtigungspolitik zu erhalten und zu nutzen. Das werden hervorstechende Züge auf der Belgrader Konferenz sein.

Mit welcher Situation und Haltung der österreichischen Regierung ist in Belgrad zu rechnen?

Auch hier müssen wir einen Blick auf die Konferenz von Helsinki zurückwerfen. Die österreichische Regierung hat sich dort in besonderer Weise als Vorreiterin der Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik hervorgetan. Wir wissen, welche Grundlagen das in der ganzen internationalen Stellung der österreichischen Bourgeoisie hatte und nach wie vor hat (siehe dazu „Klassenkampf" Nr. 10/74, S. 2/3). Es handelte sich keineswegs um eine „Gschaftlhuberei" Kreiskys, sondern um eine durchaus ihren imperialistischen Interessen adäquate Politik. Es ist auch eine Tatsache, daß mit dieser Politik in Wirklichkeit den Supermächten, ihrem Hegemoniestreben und ihren Kriegsvorbereitungen, Vorschub geleistet wurde. Nicht nur, daß dementsprechend keine tatsächliche Initiative für den Frieden gesetzt wurde, stimmte die österreichische bürgerliche Öffentlichkeit auch noch voll etwa in die Hetze gegen Malta ein. Was als besonderes Engagement und als besonders eifriges Wirken für den Frieden aussehen könnte, ist daher in Wahrheit eine durch und durch reaktionäre und schädliche Politik.

Alles spricht heute dafür, daß die österreichische Regierung auch in Belgrad wieder einer der eifrigsten Verfechter der Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik sein wird (siehe dazu „Klassenkampf" Nr. 10/77, S. 2/3). Allerdings wird sie dabei unter - im Vergleich zu Helsinki - wesentlich stärkeren Druck geraten. Einmal durch die USA, deren Wendung zu einer Politik der offeneren Konfrontation sie sich - selbst wenn sie wollte - nicht ganz entziehen können wird. Andrerseits wird der Sozialimperialismus solchen Entspannungs- und Beschwichtigungsaposteln wie der österreichischen Regierung sein besonderes Augenmerk zuwenden, sind sie doch für ihn eine starke indirekte Reserve. Schließlich wird der ganze Verlauf der Konferenz den Widerspruch zwischen einer solchen Politik und der Realität deutlicher als in Helsinki spürbar machen.

Unter diesen Umständen weist alles darauf hin, daß die österreichische Regierung in Belgrad eine besonders üble Politik betreiben wird, indem sie eine krasse Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik, das Festklammern und Beschwören des „Geistes von Helsinki" und ein vielfältiges Entgegenkommen gegenüber dem Sozialimperialismus kombiniert mit dem Engagement für die Carter'schen Menschenrechtseskapaden und der Lobhudelei auf den „neuen Geist" in der US-Politik vertritt. Das ist wohl die nach innen und außen reaktionärste Form des Auftretens, die die österreichische Regierung auf der Grundlage der Interessen der Bourgeoisie, die sie vertritt, einschlagen kann. Übrigenends weisen auch die Ergebnisse der jüngsten Tagung der Sozialistischen Internationale in Rom in diese Richtung: Der „Kampf um Entspannung" und der „Kampf um Menschenrechte" - so wurde dort festgestellt - widersprächen einander nicht, sondern seien beide notwendig.

Gegen das Komplott von Belgrad den Kampf der Völker für Frieden und Sozialismus!

Vor dieser Aufgabe stehen in den nächsten Tagen und Wochen alle europäischen Völker. Die Arbeiterklasse jedes Landes, jedes Volkes hat dabei speziell die Aufgabe, gegen die Politik der eigenen Regierung aufzutreten. Dadurch kann die größtmögliche Krafte entwickelt und dem Komplott von Belgrad entgegengestellt werden. Vielleicht werden auch revolutionäre Kräfte in Jugoslawien Wege und Mittel finden, um an Ort und Stelle dagegen aufzutreten. Natürlich wäre das ein ganz besonders wichtiger Beitrag zum gemeinsamen Kampf der europäischen Völker gegen Imperialismus und Krieg.

Wir unsererseits werden unser Möglichstes tun, um die Pläne der Supermächte und der gesamten internationalen Reaktion zu durchkreuzen. Wir werden das Feuer auf die den Plänen der Supermächte entgegenkommende Politik der österreichischen Regierung konzentrieren. Das tun wir, indem wir ihre Politik mit unserer konfrontieren. Das können wir am besten, indem wir unsere Forderungen an sie richten. Wir haben nicht die Illusion, an der Politik der Regierung in und zu Belgrad noch etwas ändern zu können, aber das macht den Kampf gegen diese Politik nicht überflüssig. Würde die Regierung eine tatsächliche Friedenspolitik betreiben wollen, dann müßte sie in Belgrad die internationalen Friedensforderungen der Völker vertreten, mit ihnen und auf deren Linie gegen die Pläne der Supermächte auftreten und ihr Komplott enthüllen und angreifen: - Auflösung der aggressiven imperialistischen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt!
- Abzug aller im Ausland stationierten Truppen! Insbesondere: Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder!
- Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder!
- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer!
- Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte - insbesondere der beiden Supermächte - niemals als erste und insbesondere nicht gegen kernwaffenlose Länder und kernwaffenfreie Zonen Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!
- Keine Militärmanöver von NATO und Warschauer Pakt in souveränen europäischen Ländern und an deren Grenzen!

Dabei gilt es, diese Forderungen für Österreich zu konkretisieren (z.B. gegen Militärmanöver an Österreichs Grenzen, Überfliegen des österreichischen Luftraumes, u.a.m.)
- jede echte Friedensinitiative auf der Belgrader Konferenz (wie z.B. die seitens Maltas in Helsinki) unterstützen;
- sich nicht gegen die Friedenspolitik des sozialistischen Albaniens stellen, sondern sich vielmehr positiv dazu verhalten, sich allen Versuchen entgegenstellen, die Belgrader Konferenz zur Verstärkung der imperialistischen Hetze und Einkreisung gegen Albanien zu nutzen;
- erklären, sich in Zukunft nicht mehr an Komplotten und Schwindelaktivitäten der Supermächte zu beteiligen und auch nicht mehr „Gastgeber" für SALT, MURFAAMCE und anderes mehr zu sein;
- auch für sich selbst die notwendigen Konsequenzen aus den oben genannten Forderungen ziehen (z.B. Abzug der österreichischen Soldaten von Zypern und vom Golan, Einstellung der Zusammenarbeit mit der NATO, u.a.m.).

In diesem Sinn bzw. mit diesen Forderungen werden der österreichischen Regierung entgegentreten. Wir werden demgegenüber ihre tatsächliche Politik anprangern und die imperialistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie als Grundlage dieser Politik aufzeigen. Wir werden auf die Unvereinbarkeit dieser Interessen und einer echten Friedenspolitik hinweisen und zeigen, daß von der Regierung diesbezüglich nichts, und nur vom Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus etwas zu erwarten ist.

W.L.

Die Lüge vom US-Truppenabzug aus Südkorea

Während seines Präsidentschaftswahlkampfes hat Carter viel Wind um einen angeblich geplanten Abzug der US-Truppen aus Südkorea gemacht. Er hat außerdem erklärt, seine Regierung würde kein Regime, wo auch immer auf der Welt, unterstützen, das die Menschenrechte mißachtet.

Seither sind einige Monate vergangen, keine sehr lange Zeit. Offenbar allerdings meint der neugewählte Häuptling der US-Imperialisten, diese Zeit müsse für die Menschen der Welt hinreichen, um seine Versprechungen zu vergessen. Denn mittlerweile ist keine Rede mehr davon, alle US-Truppen aus Südkorea abzuziehen. In einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren sollen die Bodentruppen der USA aus Südkorea abgezogen werden. Das Luftwaffenpersonal, die in den koreanischen Küstengewässern operierende US-Marine, die sogenannten „Militärberater" - sie alle werden weiterhin in Südkorea stationiert bleiben. Sind das etwa keine US-Truppen?

Das Gerede von der „Verteidigung der Menschenrechte" dient den US-Imperialisten als neuer Vorwand, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und ihre Infiltrationsbemühungen gegen ihren Hauptrivalen im Kampf um die Vorherrschaft auf der Welt, den sowjetischen Sozialimperialismus, zu verstärken. Wie weit es Carter mit dieser „Verteidigung der Menschenrechte tatsächlich ernst ist, veranschaulicht das Beispiel Südkorea sehr gut. Kaum ein Regime der Welt wird man finden, das die elementarsten menschlichen Rechte und Bedürfnisse so unverhüllt und zynisch mit Füßen tritt wie das der südkoreanischen US-Marionette Pak Dschong Hi. Verschleppungen aus dem Ausland, bestialische Folterungen, Hinrichtungen und Morde kennzeichnen die tagtägliche Politik dieses Regimes. Von den Kürzungen der sogenannten Auslands-„Hilfe" der USA, die von Carter gegen einige von ihm dazu erklärten „Diktaturstaaten" verhängt wurde, um auf diese politischen Druck auszuüben und sie zu erpressen, ist Südkorea allerdings „mit Rücksicht auf die militärische Lage" ausgenommen.

Südkorea ist heute der letzte Stützpunkt der US-Imperialisten in Ostasien. Die Herrschaft über Südkorea ist entscheidend für die Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses in Japan. Schon einmal haben die US-Imperialisten versucht, Südkorea als Brückenkopf für eine militärische Aggression gegen die sozialistische nördliche Landeshälfte und weiter gegen die Volksrepublik China zu benützen. Niemals werden die US-Imperialisten daher freiwillig auf Südkorea, das sie als ihre rechtmäßige Kolonie betrachten, verzichten. Trotz aller schönen Worte unterstreichen die bisherigen Handlungen Carters das nur noch mehr.

Vor wenigen Wochen wurde der bisherige Oberkommandierende der US-Truppen in Südkorea von seinem Posten abberufen, weil er sich öffentlich gegen den Plan einer Reduzierung der US-Bodentruppen ausgesprochen hatte. Ist das nicht ein Zeichen, daß es Carter mit seinen Versprechen ernst meint? Lassen wir die US-Imperialisten selbst zu Wort kommen: „Das Weiße Haus begründet die Abberufung Singlaubs vor allem mit der Befürchtung, jedes Schweigen hätte in Südkorea wie in Nordkorea die Vorstellung erwecken können, daß Carter seine Politik geändert habe." (Neue Zürcher Zeitung, 24.5.1977) Worin diese Politik besteht, zeigte Carter schon einige Tage zuvor: Er richtete unverschämt eine sogenannte „Warnung" an die Koreanische Volksdemokratische Republik, die USA würden eine „Störung des Friedens" nicht akzeptieren. Wer anders stört denn den Frieden in Korea als die USA, die rechtswidrig die südliche Landeshälfte besetzt halten, den Henker Pak Dschong Hi zu immer neuen Verbrechen anstacheln, die Reichtümer des Landes rauben und sich beharrlich weigern, einen Friedensvertrag an die Stelle des Waffenstillstandsabkommens von 1953 treten zu lassen, wie es die Regierung der KVDR erst im Vorjahr vorgeschlagen hat?

Die USA halten beharrlich an ihrer Politik fest, ihre südkoreanischen Marionetten bis an die Zähne zu bewaffnen und die Situation in Korea an den Rand eines neuen Krieges zu treiben. Sie setzen auf ihre technische Überlegenheit und versuchen einmal mehr die Taktik anzuwenden, „Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen", mit der sie schon in Indochina kläglich Schiffbruch erlitten haben. Diese Politik wollen sie mit dem Gerede von einem angeblichen „Truppenabbau" bemänteln. Daß sich ein General wie Singlaub, der bisherige Oberkommandierende in Südkorea, dieser Taktik in den Weg stellt, kann die Regierung Carters nicht hinnehmen. Nicht friedliche, sondern aggressive kriegerische Absichten kommen in Singlaubs Abberufung zum Ausdruck.

Die militärischen Kriegsvorbereitungen gegen die KVDR werden immer weiter vorangetrieben. Die Unterdrückung der südkoreanischen Bevölkerung wird weiterhin verschärft, weil deren Kampf gegen Faschismus und Diktatur für die Demokratie, gegen Imperialismus und Krieg für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung nicht abreißt, sondern sich im Gegenteil verstärkt. Unter dem Deckmantel des „Eintretens für die Menschenrechte" wird in den USA selbst versucht, die Bevölkerung ideologisch auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Die Situation ist ernst. Es ist daher wichtig, daß sich alle fortschrittlichen Menschen Klarheit über die aggressiven Absichten der US-Imperialisten in Korea verschaffen und daß sie entschiedener als bisher den gerechten Kampf des koreanischen Volkes gegen Faschismus und Diktatur, für die Demokratie in Südkorea und für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas unterstützen. Die koreanische Revolution, deren unmittelbar nächstes Ziel die Wiedervereinigung des Landes darstellt, besitzt in der sozialistischen nördlichen Landeshälfte eine feste revolutionäre Basis und in Genossen Kim Ir Sen einen großen, klugen und kampferprobten Führer. Das koreanische Volk wird den US-Imperialismus sicherlich bezwingen und sein Land wieder vereinigen!

H.W.

Nord-Süd-Konferenz gescheitert

An den Forderungen der 3. Welt werden sich die Imperialisten noch die Zähne ausbeißen

Nach wochenlangem Bangen und Hoffen der Imperialisten auf eine 'kompromißbereite' Haltung der Entwicklungsländer ist die Nord-Süd-Konferenz nun zu Ende gegangen. Den Imperialisten ist es nicht gelungen, die Front der Länder der Dritten Welt zu durchbrechen und ihre reaktionären 'Alternativen' durchzusetzen. Sogar das Kapitalistenblatt 'die Presse' mußte feststellen, daß es der Dritten Welt gelungen ist, „gegen alle westlichen Spaltungsversuche ihre Einheit (zu) bewahren." (31.5.77)

Der Ablauf der Verhandlungen enthüllte vor aller Welt die reaktionären Machenschaften der Imperialisten, die von den Entwicklungsländern geschlossen zurückgewiesen wurden. Gleichzeitig bekräftigte die Dritte Welt ihre Entschlossenheit, die gemeinsame Front gegen den Imperialismus zu bewahren und zu verstärken.

Die Forderungen der Entwicklungsländer:

Kern ihrer Forderungen ist ein 'integriertes Rohstoffprogramm', das bereits auf der IV. Session der Unctad (UNO-Weltwirtschaftskonferenz) in Nairobi vergangenen Mai festgelegt wurde. Damit wollen die Entwicklungsländer gerechtere Preise für ihre Rohstoffe auf dem Weltmarkt durchsetzen. Durch die Schaffung eines allgemeinen Rohstoffonds sollen Interventionen an den 18 wichtigsten Rohstoffmärkten finanziert werden, um Preisschwankungen in Grenzen zu halten. Wenn etwa der Zinnpreis stark sinkt, soll der Fonds auf eigene Rechnung Zinn kaufen und Rohstofflager anlegen, um so einen weiteren Preisverfall zu verhindern. Weiters fordern die Entwicklungsländer den Abschluß langfristiger Kaufverträge, den Abbau der Monokultur durch verstärkte Rohstoffbearbeitung in den Entwicklungsländern selbst und eine Verbesserung des Marktzugangs für ihre Produkte in den imperialistischen Staaten.

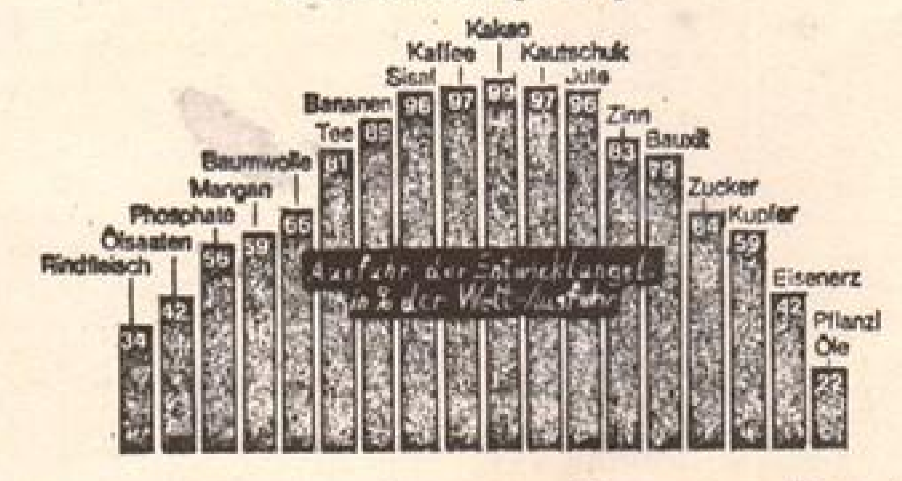
Eine weitere wichtige Forderung ist die nach einer generellen Streichung der Schuldenlast. Dadurch könnte die verzweifelte Lage dieser Länder, durch Anhäufung eines immer größer werdenden Schuldenbergs in immer stärkere Abhängigkeit zu geraten, verbessert werden.

Die bestehende Weltwirtschaftsordnung – Reichtum für die Imperialisten, Armut für die Entwicklungsländer

Die Entwicklungsländer beherbergen rund 70 % der Weltbevölkerung, sie verfügen über ungeheure Reichtümer, ihre Völker jedoch leben in Hunger und Elend. Durch Kolonialismus und Neokolonialismus sind sie in wirtschaftlicher Rückständigkeit gehalten und in die Rolle von Rohstofflieferanten für die Imperialisten gezwungen worden. So stellen sie z.B. 42 % des Eisenerzes, das die kapitalistischen Länder verbrauchen, können jedoch nur 4,5% des Stahls produzieren. Sie sind daher gezwungen, den Hauptteil solcher Produkte von den Imperialisten zu immer höheren Preisen wieder zu importieren. Durch den ungleichen Tausch und die ungeheure Ausplünderung verhindern die Imperialisten den Aufbau einer selbständigen Wirtschaft in diesen Ländern und wollen sie auf ewig vom Export ihrer Rohstoffe abhängig machen.

Ende 1974 betrugen die Schulden der Länder der Dritten Welt insgesamt 150 Milliarden Dollar, das bedeutete einen Anstieg innerhalb eines Jahres um 24,2 %. Inzwischen ist die Schuldenlast auf 200 Milliarden Dollar angestiegen. Darin sind jedoch nur die von den Regierungen der Entwicklungsländer aufgenommenen Auslandskredite, nicht jedoch die Kredite enthalten, die von Privaten aufgenommen wurden, so daß die Gesamtverschuldung zur Zeit schätzungsweise 250 Milliarden Dollar beträgt (Welt der Arbeit, 29.4.77). Die Entwicklungsländer sind auf Grund ihrer riesigen Verschuldung zu immer höheren Kreditaufnahmen bei den Imperialisten gezwungen, wobei sie jeweils einen (oft großen) Teil der neuen Kredite zur Bezahlung der Schulden verwenden müssen.

Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr von Rohstoffen (in %)



Für diese 18 Rohstoffe soll das integrierte Rohstoffprogramm zunächst gelten. 75 % der Rohstoffexporte gehen an die USA, Westeuropa und Japan. Auf die Ausplünderung der unterdrückten Nationen angewiesen, setzen die Imperialisten alles daran, den Aufbau einer nationalen Wirtschaft in den Entwicklungsländern zu verhindern und sie weiter in Abhängigkeit zu halten. So war der Anteil (der Entwicklungsländer an der Industrieproduktion Ende 1975 7 % – trotz ihrer ungeheuren Reichtümer und sie 70 % der Weltbevölkerung stellen.

Aber nicht nur die westlichen Imperialisten, sondern auch die Sozialimperialisten beteiligen sich kräftig an der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt.

Die Tatsache, daß die SU, als sie noch ein sozialistischer Staat war, solidarische und brüderliche Beziehungen zu den vom Imperialismus unterdrückten Ländern unterhielt, dient heute den imperialistischen Machthabern in der SU dazu, sich genauso kräftig durch die Ausplünderung dieser Länder zu bereichern, wie es die Imperialisten immer schon getan haben. Die SU vergibt ihre sogenannte 'Entwicklungshilfe' fast ausschließlich bilateral, gebunden an Projekte und an den Kauf von sowjetischen Ausrüstungen. Eine solche projektgebundene 'Hilfe' hat die Konsequenz, die Empfängerländer auch in Zukunft an die SU zu binden, da die Kredite meist durch Lieferungen von Produkten aus den errichteten Werken, teilweise über Jahrzehnte hinweg, zurückgezahlt werden müssen .... „Der Iran hat mit sowjetischer Hilfe ein Stahlwerk gebaut und seine Erdgasindustrie entwickelt; ein Teil der iranischen Erdgasproduktion wird dafür von 1983 an 25 Jahre lang zur Rückzahlung der sowjetischen Kredite und deren Zinsen in die Sowjetunion geliefert werden." (Handelsblatt, 13.4.77). Die Kreditbedingungen sowjetischer Entwicklungskredite sind z.T. noch drückender für die Entwicklungsländer als die der westlichen Imperialisten: Die Laufzeit der sowjetischen Kredite beträgt 10 bis 12 Jahre mit 2,5 bis 3 % Zinsen bei 2 bis 4 rückzahlungsfreien Jahren. Die Kredite der westlichen Imperialisten haben durchschnittlich eine Rückzahlungsfrist von 30 Jahren bei 7 Freijahren und 2,8 % Zinsen (Die Zeit, 20.5.77).

Die SU zieht mit den westlichen Imperialisten am gleichen Strang, wenn es darum geht, die Rohstoffpreise noch tiefer herabzudrücken. Ja, sie nützt sogar ihre Machtstellung aus, um in den Entwicklungsländern Rohstoffe zu niedrigen Preisen einzukaufen, die sie danach um vieles teurer weiterverkauft. Der sowjetisch-irakische Freundschaftsvertrag im Zusammenhang mit sowjetischen Waffenlieferungen hat es der UdSSR im Dezember 1973 ermöglicht, Erdöl im Irak für 6 Mio. Pfund einzukaufen und dasselbe Öl noch vor seiner Lieferung für 18 Mio. Pfund an die BRD weiterzuverkaufen. Roheisen kaufte die SU für 30 Rubel pro Tonne in Indien, und verkaufte es im selben Jahr an Pakistan für 169 Rubel pro Tonne (Economical and political Weekly).

Um dieser räuberischen Ausplünderung ein Ende zu bereiten, stellen die Entwicklungsländer direkte Forderungen an die SU, die Bilateralität zu lockern, Guthaben der Entwicklungsländer in konvertibler Währung zu bezahlen und den Reexport von Waren aus Entwicklungsländern zu unterbinden. (NZZ, 26.11.76). Sie fordern, daß sich auch die RGW-Länder an den Verhandlungen um den Rohstoffond beteiligen.



Die Schuldenlast auf der Dritten Welt

In allen Bereichen, wo die Entwicklungsländer ihre gerechten Forderungen erheben, stoßen sie auf massiven Widerstand der SU.

Vor den Vereinten Nationen hat die SU dieses Vorgehen so begründet:

„Es gibt keinen Grund, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern die Forderungen zu präsentieren, die die Entwicklungsländer den entwickelten kapitalistischen Ländern vorlegen. ..... Erstens tragen die sozialistischen Länder keine Verantwortung für die ökonomische Rückständigkeit der Entwicklungsländer, die diese aus ihrer kolonialen Vergangenheit erbten. Zweitens haben die sozialistischen Länder nie andere Länder wirtschaftlich ausgebeutet." (Die Zeit, 20.5.77)

Die Nord-Süd-Konferenz zeigt die Schwäche der Imperialisten und die Stärke der Dritten Welt

Die EG-Imperialisten haben vor der Abschlußrunde der Nord-Süd-Konferenz im Einverständnis mit den USA den Entwicklungsländern ein gemeinsames reaktionäres 'Alternativprogramm' vorgelegt (siehe Klassenkampf Nr. 11/77). Die Einheit der Imperialisten war jedoch von vornherein auf Sand gebaut. So hat z.B. Frankreich von Anfang an erklärt, es würde den Abschluß einzelner Rohstoffabkommen anstreben, die dann auch einzeln finanziert würden.

So erklärten sowohl die USA als auch Frankreich trotz der EG-Vereinbarung, eine Milliarde Dollar als 'Sonderaktion' an die ärmsten Entwicklungsländer über die Weltbank zu verteilen, sie würden es vorziehen, ihre Beiträge auf bilateralem Wege zu vergeben. (Presse, 18.5.77)

Solche Zusammenschlüsse der Imperialisten müssen kurzlebig und brüchig bleiben und es ist zu erwarten, daß die hochgepriesene 'Einheit' der EG, die auf der Konferenz zur Schau getragen wurde, bald wieder zerfällt. Ihre 'Einheit' ist eine Einheit von größeren und kleineren Räubern. Sie verbindet das Interesse, die Dritte Welt auszubeuten und auszuplündern. Dabei stehen sie jedoch in harter Konkurrenz miteinander, denn jeder ist bestrebt, für sich selbst den größten Anteil bei der Ausplünderung zu ergattern. Ganz anders steht es mit der Einheit der Länder der Dritten Welt. Sie verbindet die jahrzehntelange Unterdrückung durch das Joch des Imperialismus und der Wille, die Abhängigkeit zu lockern. Hier steht nicht ein Räuber dem anderen gegenüber sondern es handelt sich um vom Imperialismus unterdrückte und ausgeplünderte Länder, die durch eine geschlossene Front im Kampf gegen den Imperialismus ihre Lage ändern können. Das zeigte der Zusammenschluß der arabischen Staaten, als sie zum ersten Mal einheitlich die Erdölpreise anhoben und damit das Erdöl als Waffe gegen die Imperialisten einsetzten. Diesem Beispiel sind auch andere Staaten der Dritten Welt gefolgt und haben sich in verschiedenen Rohstoffkartellen zusammengeschlossen.

Damit waren die Rohstoffe der Dritten Welt nicht mehr nur Plündererobjekt der Imperialisten sondern wurden eine Waffe im Kampf der Völker zum Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft und zur Erreichung der vollen nationalen Unabhängigkeit. Die Nord-Süd-Konferenz hat gezeigt, daß die Länder der Dritten Welt diesen Weg entschlossen weitergehen und daß die Imperialisten mit ihren Erpressungsversuchen, ihren Betrugs- und Spaltungsmanövern immer mehr an Boden verlieren.

E.K.

Die neue Verfassung der Sowjetunion: Legitimation der imperialistischen Expansion und faschistischen Unterdrückung

Nach Stalins Tod gelang es Chruschtschow, den Revisionismus in der Partei- und Staatsspitze des ersten Staates der Diktatur des Proletariats durchzusetzen und damit eine neue Bourgeoisie an die Macht zu bringen, die die Sowjetvölker der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung unterwarf und die Sowjetunion rasch in eine imperialistische Supermacht verwandelte. Chruschtschow war auch der erste Vertreter der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion, der eine Neuformulierung der Verfassung vorschlug. Breschnew übernahm nach seinem Machtantritt den Vorsitz der „Verfassungsänderungskommission" und setzte sich die Veröffentlichung der neuen Verfassung zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution zum Ziel. Jahrelang hörte man dann nichts mehr von dem großen Projekt, das laut Breschnew die „Grundzüge einer entwickelten, sozialistischen Gesellschaft fixieren sollte." Jetzt will er das Vorgehen offensichtlich anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution über die Bühne jagen, um damit der faschistischen Diktatur, die die Sozialimperialisten über die Arbeiterklasse und die Völker der Sowjetunion errichtet haben, einen neuen Aufputz zu verleihen.

Zwangsläufig muß das Vorhaben, das schwer zerschlissene Aushängeschild „Sozialismus" beizubehalten, und gleichzeitig die Wiedererrichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die reaktionäre Theorie und Praxis des Sozialimperialismus in Gesetzesform zu fixieren, eine schwere Geburt sein. Streichen die sowjetrevisionistischen Machthaber zu offen die Grundsätze der noch geltenden sozialistischen Verfassung von 1936 aus dem neuen Machwerk, haben sie mit dem Widerstand und der Opposition der Arbeiter- und Volksmassen zu rechnen. Demnach müssen sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus umlügen, um ihr sozialfaschistisches Wesen in die neue Verfassung zu schmuggeln. Die Periode der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion sei historisch abgeschlossen, es gäbe nur mehr den „Staat des ganzen Volkes", behauptet die geänderte Verfassung.

Der konterrevolutionäre Unsinn vom „Staat des ganzen Volkes"

Einen „Staat des ganzen Volkes" gibt es nicht. In jeder Gesellschaft, die in Klassen gespalten ist, und in der es Klassenkampf gibt, ist die Staatsmacht die Waffe der herrschenden Klasse, mit der sie die Diktatur gegenüber ihren Feinden ausübt. Schon Chruschtschow versuchte mit dieser demagogischen Formel zu verschleiern, daß mit der Machtergreifung des Revisionismus in Partei und Staat eine neue Bourgeoisie die Staatsmacht der Sowjetunion dem Proletariat entrissen hat. Seitdem hat diese neue Bourgeoisie Partei- und Staatsapparat benützt, um in einem System der faschistischen Unterdrückung die kapitalistische Ausbeutung neu zu organisieren. Sie mußte diese Konterrevolution unter dem Mantel des „Sozialismus" und bisher auch unter dem Namen der Diktatur des Proletariats bestreiten. Erst nach 18 Jahren haben es die sowjetrevisionistischen Machthaber jetzt geschafft, ihre Machtergreifung „verfassungsmäßig" zu machen.

Es ist ein alter Trick der Bourgeoisie, die staatliche Unterdrückung im „Namen des ganzen Volkes" auszuüben. Gerade im Faschismus propagiert sie stets den sogenannten „Volksstaat", in dem es keine Klassengegensätze gibt, sondern bloß einzelne „Staatsfeinde", die es zu vernichten gilt. Gerade eine solche Theorie stellt die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion jetzt auch in der neuen Verfassung auf. Indem sie darin ausdrücklich die Unterdrückung jeder „antisowjetischen Tätigkeit" aufgenommen hat, will sie sich die Legitimation verschaffen, ihre faschistische Diktatur „im Namen des ganzen Volkes" auszuüben.

Die Sowjetvölker werden dieser plumpen Lüge nicht auf den Leim gehen. die Wirklichkeit ist die, daß immer größere Teile des Volkes sich zum Protest und Widerstand gegen die sozialfaschistische Unterdrückung erheben und diesen „Staat des ganzen Volkes" bekämpfen.

Verfassungsmäßige Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten

Auf derselben Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU, bei der von Breschnew vorgelegte Verfassungsentwurf gebilligt wurde, mußte auch Podgorny seinen Abschied nehmen. Seine Macht war Breschnew im Weg, der seinerseits „uneingeschränkten Einfluß der Partei in den Staatsorganen und eine 'Verschmelzung' der Nationalitäten in ein 'Sowjetvolk' anstrebt." (Neue Zürcher, 28.5.). Mit Podgorny wurde auch ZK-Sekretär Katuschew aus dem Machtzentrum der Sozialimperialisten geworfen. Katuschew zeichnete für die Beziehungen zu den Bruderparteien des Ostblocks verantwortlich. Seine Entfernung „dürfte nicht zuletzt die Unzufriedenheit der Moskauer Führung mit den im vergangenen Jahr in verschiedenen Ländern Osteuropas aufgetretenen oppositionellen Unruhezeichen widerspiegeln." (Neue Zürcher, 26.5.). Sein Nachfolger Rusakow wird seine Aufgaben sicherlich „energischer" erfüllen. Bekannt ist sein enges Verhältnis zu KGB-Chef Andropow, der ihm sicher mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß im Rahmen der Verfassungsänderung der Sozialimperialismus alle seine Kräfte zusammenfaßt für seine Politik der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung: Zentralisierung des Staats- und Parteiapparats und offene Propagierung des großrussischen Chauvinismus, der im Innern zur Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten und nach außen zum offenen Anspruch über die Weltherrschaft unter der Fahne des „Weltsozialismus" herhalten muß.

Auch ohne die neue Verfassung haben die sowjetischen Unionsrepubliken ausreichende Erfahrungen mit der Politik der neuen Zaren, die Nationalitäten der Sowjetunion gewaltsam zu russifizieren, um sie für die Ziele der sozialimperialistischen Expansion auszuplündern. „Verschmelzung in ein Sowjetvolk" bedeutet in der Praxis Vernichtung der Kultur der nichtrussischen Nationalitäten, Zwangsumsiedlungen, Raub der Rohstoffe und Ressourcen, Zerstörung der Wirtschaften dieser Völker und Ausbeutung ihrer Arbeit.

So reduzierte sich etwa in Moldawien laut Statistischem Jahrbuch der sowjetischen Volkswirtschaft die Zahl der in moldauischer Sprache erscheinenden Zeitungen von 1960 bis 1974 um 50%. Die in dieser Republik herausgegebenen Bücher betrugen 1950 noch 64%, im Jahr 1974 nur mehr 33%. Die Kremlbehörden erheben offen Einspruch gegen die Verwendung moldauischer Begriffe und bezeichnen das als „Versuch, die einheitliche internationalistische wissenschaftliche Terminologie durch Ausdrücke zu ersetzen, die mit der Natur gegenseitiger sprachlicher Beziehungen zwischen allen Nationalitäten in der Sowjetunion unvereinbar" seien. Vertreibungen der Nationalitäten aus ihrer Heimat laufen gewöhnlich unter der Bezeichnung „Kaderaustausch".

Bei der Volkszählung von 1970 stellte sich heraus, daß 14,6% der moldauischen Nation gezwungen waren, Moldawien während der letzten Jahre zu verlassen, weil sie in der zugrundegerichteten nationalen Wirtschaft keine Verwendung finden konnten. Wie unter den alten Zaren ist Moldawien auch unter den neuen Zaren Anbaufläche für Wein, Gemüse und Tabak. Die Getreideproduktion 1974 war um ⅓ niedriger als im Jahr 1913. Die industrielle Produktion steht an letzter Stelle in der Sowjetunion.

Breschnew: Hitler als Vorbild, Lenin als Hülle

„Faschistische Diktatur von der Art Hitlers"

Die in der ursprünglichen und auch in der neuen Verfassung allen Sowjetbürgern zugesicherten Rechte der Redefreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Versammlung, Freiheit von Straßenumzügen und Demonstrationen tritt die revisionistische neue Bourgeoisie tagtäglich mit Füßen. Seit sie an die Macht gekommen ist, hat sie sich eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen zusammengezimmert, um jede revolutionäre Aktivität der Massen zu unterdrücken. Dazu hat sich die neue Bourgeoisie einen gewaltigen Apparat von Überwachungs- und Kontrollorganen geschaffen, der dem Sowjetvolk im Nacken sitzt. Jeder Widerstand, der sich in der Sowjetunion gegen die Herrschaft des Sozialimperialismus erhebt, sieht sich diesem konterrevolutionären Instrument einer faschistischen Diktatur gegenüber.

Schon im November 1958 haben sich die neuen sowjetrevisionistischen Machthaber ein sogenanntes „Dekret über die kriminelle Verantwortlichkeit bei Verbrechen gegen den Staat" geschmiedet. Im Mai 1972 nahmen Breschnew und seinesgleichen u.a. auch „schweren Ungehorsam", „Widerstand gegen Vorgesetzte", „Verleitung von Vorgesetzten zur Pflichtverletzung" und „Gewaltanwendung gegen Vorgesetzte" in die Liste derjenigen Vergehen ein, die schärfste Verfolgung oder Todesstrafe bedeuten. Im Juli 1969 trat eine „Haftbestimmung" in Kraft, die ausdrücklich verlangt, eines Verbrechens Beschuldigte oder Verdächtigte, ohne vorherigen Schuldspruch zu verhaften, zu durchsuchen und auch in Einzelhaft zu behalten. Im Juni 1973 verkündeten die Kremlherren das „Dekret über die grundlegenden Pflichten und Vollmachten der sowjetischen Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung", der „Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung", das der Polizei erlaubt, nach Gutdünken Menschen zu verhaften. Große Anstrengungen hat die sowjetrevisionistische Bourgeoisie auch darangesetzt, die Organe zu schaffen und auszubauen, die, die genannten Dekrete, die ausschließlich dem Schutz der Angehörigen der neuen herrschenden Klasse dienen, auch gegen die Arbeiter und das Volk durchsetzen.

Ständig modernisieren sie die „Truppen für die innere Sicherheit", vergrößern sie die Abteilungen des „Staatssicherheitsausschusses" (KGB), der bereits einige 100.000 Leute beschäftigt. In allen sowjetischen Unionsrepubliken, Bezirken und Städten betreibt der KGB Unterabteilungen, seine Agenten, in 11 neu gegründeten Fachschulen ausgebildet, haben ihre Fühler in alle Lebensbereiche ausgestreckt. 1968 wurde das „Ministerium für soziale Sicherheit" als „Innenministerium" reorganisiert, ein „Büro für Spezialabwehr", die „Motorisierte Polizei" und das „Büro der Nachtpolizei" geschaffen. Man fragt sich, wozu ein „Staat des ganzen Volkes" einen derartigen Gewalt- und Bespitzelungsapparat braucht.

Die neue Bourgeoisie unterhält sich überdies unter allen möglichen Namen eine Vielzahl von Hilfsorganen, mit denen sie die Arme ihrer faschistischen Diktatur in jede Fabrik, in jede Kolchose, jede Schule und jede Familie steckt. Seit 1970 sind die sogenannten „Volkskontrollgruppen und Volkskontrollposten" verstärkt worden und umfassen bereits an die 9 Millionen Mitglieder. Teilweise bedient sich die staatsmonopolistische Bourgeoisie der Sowjetunion beim Ausbau dieses faschistischen Kontroll- und Unterdrückungsapparates ehemaliger Organe der Diktatur des Proletariats. So waren z.B. die „Kameradschaftsgerichte" 1921 Organe, mit denen die in den Betrieben organisierte Arbeiterklasse die Tätigkeit der Verwaltungsangestellten und der Techniker kontrollierte, wobei sie über Strafausmaß und Strafvollzug selbst bestimmen konnten. Die Reorganisation dieser Gerichte 1961 unterstellte diese nicht nur der Anleitung durch Organe des inzwischen sorgfältig von Revolutionären gesäuberten Parteiapparates, sondern auch vom Staatsapparat beigestellten und speziell ausgebildeten „Beisitzern". Strafen, die diese Gerichte heute aussprechen, sind Geldstrafen, besonders bei Jugendlichen Zwangsarbeit ohne Lohn, Verweisung aus der Wohnung und ähnliche Schikanen. Bei größeren Vergehen untersteht der Beschuldigte ohnehin den Gerichten der staatlichen Justiz. (Smirnov, Präsident des Obersten Gerichtshofes bei einem UNO-Vortrag 1965. Stockholm, alle übrigen Angaben aus: Peking Rundschau Nr. 36/1976)

„Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers." Diese Aussage Mao Tsetungs trifft genau das Wesen der heutigen Staatsmacht in der Sowjetunion. Die Verfassungsänderung mit den vorgenommenen Fälschungen des Marxismus-Leninismus macht das nur noch deutlicher. Die neue Verfassung ist aber keineswegs ein Zeichen der Stärke des Regimes der neuen Bourgeoisie, sondern ein Zeichen ihrer wachsenden Angst vor dem Widerstand des eigenen Volkes.

M.Z.

Es lebe der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes!

Bei den israelischen Wahlen im Mai hat eine aggressiv-zionistische Partei das Rennen gemacht. Die Imperialisten heucheln „Bedenken" vor. Sie sind unbegründet. Aggression und Landraub sind seit nahezu 30 Jahren die Lebensquelle des israelischen Siedlerstaates. Trotz Siedlergeist hätten die Zionisten das natürlich nie allein geschafft. Von den westlichen Imperialisten errichtet, ist der israelische Stützpunkt heute das Hauptmittel der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, ihr Brückenkopf und Druckmittel gegen die Völker des Nahen Ostens zur Ausplünderung ihrer Naturreichtümer und Absicherung der Kontrolle über die strategisch wichtigen Seeverbindungen. Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen das zionistische Gebilde richtet sich somit direkt gegen den Hegemonismus der Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen. Seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1965 hat der Befreiungskampf den Spielraum der Imperialisten gewaltig eingeschränkt, hat er ihnen gemeinsam mit den anderen arabischen Völkern Niederlagen zugefügt. Den israelischen Satelliten hat der Befreiungskampf in die Isolation getrieben und seine Zersetzung rasch vorangetrieben. Er steht heute so da, wie ihn die Imperialisten sehen wollen: auf ihre Hilfe angewiesen, schwach und deshalb raublüstern und aggressiv. Aber die Geschichte nimmt ihren Lauf. Unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat sich das Volk zusammengeschlossen und die Marschroute festgelegt: Abschüttelung der Fremdherrschaft und Errichtung eines demokratischen Staates auf dem gesamten palästinensischen Boden. In den zwölf Jahren des bewaffneten Kampfes hat das Volk große Schritte dahin zurückgelegt. Der politische und bewaffnete Kampf im besetzten Gebiet nimmt einen Aufschwung. Das Sterben der Kolonialmacht ist langwierig, aber nicht aufzuhalten.



Demonstration am 30. März, dem Tag des Bodens, in Galiläa. Dieser Tag ist zum Kampftag gegen den andauernden zionistischen Landraub geworden. Erst vor einem Monat hat die Regierung ein neues Projekt zur Errichtung 110 weiterer Siedlungen in Palästina, Sinai und den Golanhöhen beschlossen. Am 15. Mai, dem Jahrestag der israelischen Staatsgründung, fanden im gesamten Westjordanland Aktionen gegen die Besatzermacht statt. Alle Läden blieben geschlossen. In mehreren Städten errichteten Jugendliche Barrikaden und bewarfen Militärfahrzeuge.



Im Politischen Kommunique des 13. Nationalrats vom März 77 hat die PLO festgelegt:

„Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß der Widerstand in den besetzten Gebieten in allen Formen, militärisch und politisch, im Zentrum seines Kampfprogramms steht. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Stärkung des bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet, um die Stärkung aller Kampfformen, die ihn ergänzen. Der Palästinensische Nationalrat sorgt für die Bereitstellung aller Formen der moralischen Unterstützung unseres Volkes im besetzten Gebiet, um seinen Kampf zu verstärken und seinen Widerstand zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung."

Die Basen des bewaffneten Kampfes im Inneren liegen in Palästina selbst. Das müssen die Zionisten selber zugeben, wenn sie hin und wieder Waffenlager ausheben können. Vor mehr als einem Jahr schon hat der Widerstand die 'Kommandos im Inneren' vereinheitlicht, d.h. die verschiedenen Widerstandsorganisationen haben einheitliche militärische Führung im besetzten Gebiet. Neben dem politischen Kampf des Volkes hat auch der militärische in den letzten Monaten einen Aufschwung genommen. In mehreren Städten sahen sich die Behörden gezwungen, tagelange Ausgehverbote zu verhängen, um die Lage nicht vollständig aus der Hand zu verlieren.

Besetzte Gebiete: Aktionen im Mai

11. 5.: Eine zionistische Militärpatrouille in Obergaliläa von einer Kommandoeinheit angegriffen.
15. 5.: In Al-Manara (Galiläa) werden bei einer Kommandoaktion zwei Besatzersoldaten getötet.
16. 5.: Sprengstoffaktionen des Widerstandes in Jaffa (Tel Aviv) und Haifa.
18.5.: In Wadi al-Tufa bei Nablus wird ein Patrouillenfahrzeug angegriffen, vier Soldaten getötet, zwei verletzt, feindliche Waffen werden erbeutet. Die Behörden verhängten später ein Ausgehverbot.
26. 5.: Nahe Jaffa fliegen zwei Treibstofflager in die Luft.
28. 5.: Sprengstoffaktionen in Jerusalem

Auszüge aus dem Aufruf des Nah-Ost-Komitees

15.000 S für die politischen Gefangenen

„Von der Entschlossenheit des palästinensischen Volkes in die Enge getrieben, antwortet der Zionistenstaat Israel auf die Massenbewegung in den besetzten Gebieten mit Massenverhaftungen und verstärkt den Terror gegen das palästinensische Volk. Die meisten politischen Gefangenen befinden sich in der sogenannten 'Administrativhaft', d.h. sie werden ohne Anklage und Gerichtsurteil monate- und jahrelang gefangengehalten und haben nicht einmal die Aussicht auf ein Gerichtsverfahren. Derzeit sind im besetzten Gebiet 6000 bis 8000 palästinensische Patrioten und antizionistische Juden in den zionistischen Gefängnissen. Die Haftbedingungen sind menschenunwürdig. Die Gefangenen sind in feuchten und überfüllten Zellen untergebracht (20 - 30 Personen pro Zelle), ausreichendes Essen wird ihnen verweigert, gesundheitliche Betreuung gibt es nicht. Immer wieder hört man von grausamen Folterungen, bei denen die Gefangenen schwere körperliche und geistige Schäden erleiden oder gar ermordet werden .... Aber selbst die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen haben den Widerstandswillen des palästinensischen Volkes nicht brechen können, sie haben im Gegenteil neuen Widerstand hervorgerufen. Seit Dezember 1976 kämpfen Gefangene in allen Gefängnissen des Westjordanlandes, aber auch in einigen Gefängnissen der übrigen besetzten Gebiete mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen. Sie fordern die Beseitigung der Administrativhaft. Sie fordern die Anerkennung als Kriegsgefangene im Sinne der 4. Genfer Konvention. Dies würde die Verbesserung der Haftbedingungen, das Verbot der Folter, Selbstverwaltung in den Gefängnissen usw. bedeuten. Dies würde vor allem aber bedeuten, daß sie als das anerkannt werden, was sie sind: Gefangene Israels als eines fremden Staates, der das Land besetzt hält und mit dem palästinensischen Volk in Kriegszustand lebt. Der Kampf der politischen Gefangenen findet breite Unterstützung bei den palästinensischen Volksmassen.

Um die Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen in Palästina zu verstärken, hat das Nah-Ost-Komitee Wien beschlossen, bis Ende Juni 15.000 Schilling aufzubringen und an den Palästinensischen Roten Halbmond (das dortige Rote Kreuz, Red.) zu überweisen.

WEG MIT DER ADMINISTRATIV-HAFT!
FÜR DIE ANERKENNUNG ALS KRIEGSGEFANGENE!
SPENDET FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN IM BESETZTEN PALÄSTINA!

Das Nah-Ost-Komitee Wien hat sich mit dem Aufruf zur materiellen Unterstützung der politischen Gefangenen im besetzten Palästina an folgende Organisationen gewandt: Amnesty International, Arabische Studentenorganisation, CISNU-FIS, Evangelische Studenten, FÖJ, GRM, IKL, Iranisch-Islamische Studentenorganisation, ISO, ISP, Kath. Arbeiterjugend, KB Österreichs, KPÖ, KSV, SOAK, Union der Afghanen und afghanischen Studenten, Türkischer Studentenverein, Türkischer Arbeiter-Studentenverein. Der KB Österreichs unterstützt diese Spendensammlung.



Selbst im Gefängnis geht der Kampf weiter (Die zum V erhobenen Finger sind das Zeichen der PLO). Die palästinensischen Volksmassen tragen die Forderungen der politischen Gefangenen in Demonstrationen über die Gefängnismauern hinweg und auf die Straße.

SPENDENKONTO: 601 289 903 bei Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

KENNWORT: Spende für die politischen Gefangenen in Palästina